Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

20. März 1974 Jg. 2 Nr. 6 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 37 92 21 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs, Auflage: 46 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 20.2.1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621 / 37 91 21 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellungen durch Einzahlung auf Konto Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 112 985-758 – Die Zeitung wurde am 17.2.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Steuervergeudung

TAUSENDER FÜR ABGEORDNETE, MILLIONEN FÜR DAS KAPITAL. ZWEI BEISPIELE.

1 000 DM pro Tag haben 12 Abgeordnete aus Bundestag und Bundesrat, unter ihnen Bundestagspräsidentin Renger (SPD), Carlo Schmid (SPD), von Hassel (CDU) und Stücklen (CSU) zusätzlich zu ihren Diäten aus Steuergeldern kassiert.

Sie bekamen dies als Mitglieder der Jury "Parlamentsneubau" in Bonn. Diese Jury beschäftigt sich mit den Plänen für einen neuen Bundestags- und Ministerienpalast, der bisher auf 700 Millionen DM veranschlagt ist. Insgesamt sollen die Abgeordneten für diese Tätigkeit 300 000 DM erhalten haben, wie einige Tageszeitungen berichteten. Verantwortlich für diesen Palastbau und die Auszahlung der Gelder an die Jury zeichnet das Wohnungsbauministerium; eben das gleiche Ministerium, das für den Abbau des sozialen Wohnungsbaus verantwortlich ist und mit seiner Politik das Wohnungselend begünstigt: Über 100 000 leerstehende, zu teure Wohnungen, Vernichtung von billigem Wohnraum wie jüngst in Frankfurt und überall steigende Mieten. Sich selbst Paläste hinstellen, den Spekulanten bei der Zerstörung notwendigen Wohnraums mit der Polizei zu Hilfe kommen. Das ist die praktische Politik dieser Bourgeoisknechte. Und für Spesen und Paläste werden dann die Lohnabhängigen zur Kasse gebeten mit ständig steigenden Steuerlasten.

Bundesfinanzminister Schmidt, der am heftigsten gegen Steuersenkungen auftritt, verschenkte ungeplante Millionenbeträge an die Kapitalisten, um den Haushalt ganz zu verbrauchen und noch zusätzlich Schulden aufnehmen zu können.

4 Milliarden waren weniger ausgegeben worden als im Haushaltsgesetz vorgesehen waren. Dafür wurden 5,4 Milliarden nicht vom Bundestag beschlossene Mehrausgaben getätigt. Ungeplante Mehrausgaben waren unter anderem 100 Millionen an die Lufthansa, 100 Millionen an die Vereinigten Industrieunternehmen (VIAG), 672 Millionen für den Ankauf von 51 % der Gelsenberg AG zum Aufbau eines nationalen Ölkonzerns, 1,350 Milliarden für die Deutsche Bundesbahn, 900 Millionen für die Europäischen Gemeinschaften, 480 Millionen für die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau. Als dann immer noch was übrig war, rief sein Staatsekretär Hermsdorf noch spät in der Nacht beim Direktor der Salzgitter AG an, und kündigte eine Überweisung von 100 Millionen DM aus Steuergeldern für eine Kapitalerhöhung an. Diese Ausgabenpolitik folgt der Maxime, wenn wir nicht mehr ausgeben, dann können wir neue Steuererhöhungen nicht rechtfertigen. FDP-Sprecher Lambsdorff hat schon öffentlich erklärt, daß sich alle Parteien im Prinzip einig seien, daß eine Erhöhung der Mehrwertsteuer demnächst vorgenommen werden müsse (Quelle: Wirtschaftswoche Nr.9/74 und Handelsblatt).

Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter; Vergütung ihrer Tätigkeit in einer Höhe, die den Durchschnittslohn eines Facharbeiters nicht übersteigt!

WEG MIT ALLEN INDIREKTEN STEUERN!

1 500 DM MONATLICH MINDESTENS STEUERFREI! –bb–

Der § 218 muss fallen!

ÜBER 300 ÄRZTE BEZICHTIGEN SICH ÖFFENTLICH, ABGETRIEBEN ZU HABEN, UM DAS REAKTIONÄRE ABTREIBUNGSVERBOT ZU FALL ZU BRINGEN

"Mein Herz ist auf Ihrer Seite, aber . . ." Mit solchen Reden versuchte der Intendant des Norddeutschen Rundfunks, Neuffer, sich gegenüber 100 Frauen und Männern zu rechtfertigen, die spontan zum Rundfunkgebäude gekommen waren, um gegen die Absetzung eines Films über eine öffentlich angekündigte Abtreibung zu protestieren. Der Rundfunk- und Fernsehrat hatte beschlossen, daß dieser Film, der über ein neues, fast schmerzloses und die Gesundheit der Frau schonendes Abtreibungsverfahren berichtet, nicht gesendet werden dürfe.

Einige Tage vor der Sendung hatten über 300 Ärzte aus allen Teilen der Bundesrepublik und Westberlin sich öffentlich bezichtigt, Abtreibungen ohne finanziellen Vorteil vorgenommen zu haben und weiter vorzunehmen.

In ihrer Presseerklärung am 7. März begründeten sie ihr Vorgehen:

"Am kommenden Samstag werden wie an jedem Tag voraussichtlich zwei- bis dreitausend Abtreibungen in der Bundesrepublik und Westberlin durchgeführt werden. Eine von diesen Schwangerschaftsunterbrechungen werden wir anwesenden Ärztinnen und Ärzte machen, unter bestmöglichen Bedingungen und kostenlos. Wir tun das, um endlich mit der Heuchelei zu brechen und den § 218 öffentlich ad absurdum zu führen. Gleichzeitig stellen wir uns damit gegen die einseitige Repräsentierung durch die ärztlichen Standesorganisationen, die gegen die Abschaffung des § 218 sind."

Die Reaktion auf dies offene Vorgehen der Ärzte war ein erneuter Hetzschrei von Seiten der Kirchen, der bürgerlichen Politiker und der ständischen Ärzteorganisationen, die Aufforderung dieser Reaktionäre, die Ärzte mit der Justiz zu verfolgen und die Absetzung des schon angekündigten Fernsehfilms.

Kardinal Döpfner forderte rechtliche Maßnahmen, Kultusminister Vogel von Rheinland-Pfalz, schwärzer als ein Pfaff, hetzte, dies sei vorsätzlicher Mord am wehrlosen Leben.

Doch für die Frauen, die gezwungen werden, ein Kind auszutragen, stehen – so sagen die Ärzte in ihrer Presseerklärung – "nicht nur neun Monate Selbstbestimmung über ihren Körper, sondern die nächsten 20 Jahre auf dem Spiel." Sie sagen, die Abtreibung ist ein Recht und keine Gnade. Sie wenden sich dagegen, daß den Familien und Frauen des Volkes das Recht auf freie Entscheidung, ob sie Kinder haben wollen oder nicht, genommen wird. Diese Ärzte wollen sich nicht länger zu Handlangern der Entrechtung und Bevormundung durch Kirche und Staat machen. Sie sagen, daß die Ärzte vielmehr verpflichtet seien, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse in den Dienst des Volkes zu stellen.

Die Bourgeoisie und ihre Staats- und Kirchendiener haben ein dreckiges Interesse an der Aufrechterhaltung der Bevormundung des Volkes und der besonderen Entrechtung der Frauen, während sie selbst ihre "Fehltritte" für viel Geld jederzeit beseitigen können. Die ständischen Ärzteorganisationen wollen das Verbot aufrechterhalten, weil sie dadurch die Preise für Abtreibungen hoch halten können. Sie sagen, daß ein Eingriff wie die Abtreibung abzulehnen sei, weil er nicht medizinisch begründet sei. Aber gegen Schönheitsoperationen der Bourgeoisfrauen, an denen sie viel Geld verdienen, sind sie mit dieser Begründung noch nicht eingetreten.

Der § 218 trifft in seiner vollen Härte die Frauen und Familien der arbeitenden Bevölkerung. Sind sie aus Not gezwungen, eine Abtreibung vorzunehmen, sind sie meist gefährlichen medizinischen Bedingungen ausgesetzt und müssen die Wucherärzte bezahlen, die sich das Risiko einer illegalen Abtreibung entsprechend bezahlen lassen. Können sie das nicht zahlen, so geraten sie ebenfalls in Not, weil das Lohneinkommen nur für die Aufzucht einer begrenzten Kinderzahl ausreicht.

Aufhebung aller Gesetzesbestimmungen, welche die Gleichberechtigung der Frau einschränken! Für die ersatzlose Streichung des § 218!

Gegen die Absetzung des Fernsehfilms und für die ersatzlose Streichung des § 218 gab es in mehreren Städten Protestdemonstrationen. Dabei erklärte in Berlin der Intendant Barsig (SPD) auf die Forderung nach Informationsfreiheit und nach Ausstrahlung der Sendung, er allein habe das Recht, zu entscheiden, welche Informationen für das Volk nützlich sind.

Für die uneingeschränkte Presse- und Informationsfreiheit!

Jederzeitige Abwählbarkeit der Rundfunk- und Fernsehintendanten durch das Volk!

–Red.–

„Unverbindliche Richtgeschwindigkeit"

EINE TYPISCHE GEBURT DER BÜRGERLICHEN POLITIKER UND DER BÜRGERLICHEN STAATSORGANE

Seit Wochen füllen die bürgerlichen Politiker die Zeitungen und beanspruchen sie die Fernsehschirme mit ihrer Auseinandersetzung um die Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Autobahnen. Zuletzt standen sich folgende beiden Auffassungen gegenüber: Einführung einer Höchstgeschwindigkeit von 130 Stundenkilometern (Regierung) auf den Autobahnen oder Einführung einer "unverbindlichen Richtgeschwindigkeit" von 130 Stundenkilometern (Opposition).

Aber wer hat schon ein Auto, mit dem er schneller als 130 km/st fahren kann? Offensichtlich wenige Menschen. Außerdem: Was nützt es einem bei den verstopften Autobahnen während des Berufsverkehrs? Für den größten Teil des Volkes ist der ganze Streit ein Streit um des Kaisers Bart. Schneller als 130 kann er ohnehin nicht fahren, und ob einem einer mit 130 oder mit 140 reinfährt, läuft in den Folgen auf dasselbe hinaus. Für die Masse der Autofahrer ist auch eine "unverbindliche Richtgeschwindigkeit" von 130 km/st höchst verbindlich, denn ihre Autos geben mehr gar nicht her, und wenn sie auf der Autobahn sind, ist diese eh' verstopft.

Belangvoll war die Auseinandersetzung für Teile der Autoindustrie und für die Schickeria mit ihren schnellen Brummern. Die Autoindustrie ist gegen Höchstgeschwindigkeiten, weil sie mit ein paar Stundenkilometern mehr auf dem Tacho Käufer locken will. Die Schickeria will sich austoben können. Nachdem sich die Autoindustrie schließlich mit Hilfe der CDU/CSU-regierten Länder durchgesetzt hatte, richtete sie einen salbungsvollen Appell an alle Autofahrer, sich an die "unverbindlichen Richtgeschwindigkeiten" zu halten. Für die meisten Menschen ist dieser Appell leicht befolgbar. Für die wenigen aber ist die "Freiheit der Straße" erhalten worden. Es ist eine der wenigen Freiheiten, die dieser Staat noch nicht eingeschränkt hat. Aber sie nützt auch nur wenigen etwas.

– G.S. –



Banditen bei Schießübungen, denkt man, wenn man dies Bild sieht. Damit liegt man schon dicht bei der Wahrheit, denn es handelt sich um zwei Angehörige der neugebildeten Polizei-Sondereinheiten. Das sind staatlich organisierte Terror-Banden, deren Tätigkeit jeglicher öffentlichen Kontrolle entzogen ist. **Siehe Seite 2**

Aus dem Inhalt

KBW–SPENDENKONTO
Commerzbank Mannheim
Kto.Nr. 3258589–00

Amis raus aus Westdeutschland

DAS RINGEN DER IMPERIALISTISCHEN SUPERMÄCHTE UND DER EUROPÄISCHEN. IMPERIALISTEN UM DIE VORHERRSCHAFT

In schroffer Form sind erneut die Gegensätze zwischen den Imperialisten von Europa und den USA über die Bewältigung der Ölkrise und die Regelung der Beziehungen zu den arabischen Staaten in Erscheinung getreten. Anlaß dafür war ein umfassendes Angebot der Europäischen Gemeinschaft (EG) für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten, um im Austausch dafür die Ölinteressen zu sichern. US-Außenminister Kissinger beklagte sich über fehlende Konsultation und darüber, daß "die Europäer in einer Krise, die nur durch gemeinsame Zusammenarbeit angegangen werden kann, bewußt die Haltung der Konkurrenz einnehmen", und er fügte die Drohung an, daß Amerika in der Ölpolitik den längeren Atem habe, da es in Kürze voll autark sein könne. "Falls es zu einem solchen Wettbewerb kommt, dann werden wir die Sieger sein", sagte der US-Außenminister (Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Allgemeine vom 13. März).

Die US-Imperialisten wollen gegenüber dem Unabhängigkeitsstreben der arabischen Staaten eine gemeinsame Haltung aller Imperialisten des Westens durchsetzen, um dadurch die alte Vorherrschaft des US-Imperialismus über den Nahen Osten und seine Ölvorkommen und zugleich über die europäischen imperialistischen Länder aufrechtzuerhalten. Mit dieser Politik hatten sie einen ersten Erfolg auf der sogenannten Washingtoner Energiekonferenz im Februar, über die wir in der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 4/74 berichteten. Auf dieser Konferenz hatte allein die französische Regierung ihre Opposition gegen die amerikanische Vorherrschaft geäußert. Der französische Außenminister Jobert wiederholte jetzt seine Kritik an den USA und warf ihnen vor, sie wollten "allen wirklichen Selbständigkeitsbestrebungen der neun EG-Staaten einen Riegel vorschieben." Die Forderungen der USA würden "praktisch zu einer Aufnahme der Vereinigten Staaten in die Beratungen der europäischen Gemeinschaft führen." (Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Allgemeine vom 9. März)

Dagegen begründete US-Außenminister Kissinger die Forderung nach Eingliederung der europäischen imperialistischen Länder in eine Front unter Führung der US-Imperialisten damit, daß "die westliche Zusammenarbeit auf's höchste von der sich abzeichnenden Bewußtwerdung der rohstoffreichen Erzeugerländer der Südhalbkugel gefährdet" sei. (Frankfurter Rundschau vom 9. März)

Es lohnt sich in der Tat, die Äußerungen dieser Vertreter der verschiedenen imperialistischen Interessen so ausführlich wiederzugeben, denn ihre Äußerungen zeigen deutlich die unüberwindlichen Schwierigkeiten, in denen die Imperialisten durch die "Bewußtwerdung der rohstoffreichen Länder der Südhalbkugel" stecken. "Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution, das ist bereits zu einer unwiderstehlichen Strömung der Geschichte geworden" (Tschou En-lai). Die Zeiten sind vorbei, wo die Imperialisten ungestraft unter der allmächtigen Vorherrschaft des US-Imperialismus wie ein Rudel Wölfe die Länder der Dritten Welt ausbeuten und ihre Bodenschätze ausplündern konnten. Überall tritt ihnen Widerstand entgegen und es gelingt den Imperialisten immer weniger, sich gegen die unterdrückten Völker neu zu gruppieren; wo die Beute knapp wird, werden die Gegensätze zwischen den Imperialisten immer heftiger.

Für die europäischen Imperialisten ist prinzipiell klar, daß sie sich, wenn überhaupt, dann nur gemeinsam gegenüber den beiden imperialistischen Supermächten Sowjetunion und USA behaupten können. Gar nicht klar aber ist, ob es ihnen überhaupt noch gelingen kann, eine selbständige imperialistische Gruppierung zu bilden.

Zum einen blockieren sich die europäischen imperialistischen Staaten selbst in der Auseinandersetzung um die Vormachtstellung in Europa, deren Exponenten derzeit Frankreich und die Bundesrepublik sind. Der BRD-Imperialismus ist innerhalb Europas die stärkste wirtschaftliche Macht, die aber politisch und vor allem militärisch ihre Stellung nur im Bündnis mit den USA behaupten kann. Frankreich sieht seine Chance einer Vormachtstellung in Europa in einer selbständigen auswärtigen Politik, die von den USA unabhängig ist und macht dies gegenüber der Bundesrepublik zur Bedingung eines geeinten imperialistischen Europa.

Zum anderen versuchen die beiden Supermächte USA und Sowjetunion die Herausbildung eines selbständigen imperialistischen Europa-Blocks zu verhindern. Denn die beiden Supermächte streben notwendig nach der Vorherrschaft über Europa. Europa ist der strategische Schwerpunkt des Ringens der beiden Supermächte um die Weltherrschaft, denn die imperialistische Vorherrschaft kann nur über die Kontrolle Europas als dem Zentrum der Weltproduktion, das außerhalb des unmittelbaren Wirtschaftsgebiets der Supermächte liegt, entschieden werden. Im Kampf um die Vorherrschaft über Europa muß jeder Zusammenstoß zwischen den beiden Supermächten letztlich enden. Europa ist schon heute die Stelle auf der Welt mit der höchsten Truppenkonzentration. Je mehr von Abrüstung geredet wird, desto mehr vergrößern sich die Truppenkonzentrationen. Das Ringen um Europa wird sich in dem Maße zuspitzen, wie der Bewegungsspielraum der Imperialisten durch den Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt eingeschränkt wird. Der für Europa zuständige stellvertretende US-Außenminister Hartmann sagte zur Präsenz von 300 000 Mann US-Truppen in Europa, wovon allein 280 000 in der Bundesrepublik stationiert sind, folgendes:

"Wir sind nicht in Europa, um die europäische Sicherheit zu gewährleisten, sondern um Amerikas Sicherheit zu garantieren. Es wäre ein Irrtum zu glauben, als handelten wir aus Sorge um die Interessen Europas." (Süddeutsche Zeitung vom 11. März)

Damit das Volk von Westdeutschland unter Führung der Arbeiterklasse seine Geschicke selbst in die Hand nehmen kann, fordern wir den Abzug aller ausländischen Truppen, nicht aber, um damit die Einigungsversuche der europäischen Imperialisten zu stärken, sondern, um den Kampf gegen die Bourgeoisie im eigenen Land zu führen und ihr die Hilfe anderer Imperialisten abzuschneiden. Gegenüber den europäischen Einigungsversuchen unter Führung der Imperialisten sagen wir klar, daß wir dagegen sind, denn der Zusammenschluß dient ausschließlich der Bourgeoisie Westeuropas. Sollte er jedoch Erfolg haben, wird auch der Zusammenschluß des Proletariats in Westeuropa beschleunigt. Die Frage für die Arbeiterklasse ist nicht: Zusammenschluß ja oder nein, sondern: Herrschaft der Bourgeoisie oder Herrschaft der Arbeiterklasse, und' solange es keinen staatlichen Zusammenschluß der westeuropäischen Imperialisten gibt, kämpft das Proletariat eines jeden Landes für die Eroberung der politischen Macht in seinem Land. Das Ringen der imperialistischen Supermächte und der europäischen Imperialisten um die Vorherrschaft über Europa führt notwendig zum Krieg um die imperialistische Vormachtstellung in der Welt. Dagegen haben die Arbeiterklasse und mit ihr die breiten Volksmassen nur die Alternative des Kampfes gegen die Bourgeoisie im eigenen Land. – b.b. –

"Allen sozialchauvinistischen und sozialimperialistischen Versuchen, der westdeutschen Arbeiterklasse irgendwelche gemeinsamen Interessen mit ihrer Bourgeoisie vorzutäuschen und sie dadurch auf deren Seite zu zerren, treten die Kommunisten jederzeit entgegen. Gelingt es dem Proletariat nicht, einem weiteren imperialistischen Krieg durch die Revolution zuvorzukommen, so wird es zu einer Aufgabe, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie zu verwandeln." (Aus dem Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland)

Innenminister beschliessen:

PROGRAMM GEGEN DIE DEMONSTRATIONSFREIHEIT

Am 8. März haben die Innenminister des Bundes und der Länder ein "Konzept gegen Straßenterror, Geiselnahme und Wirtschaftskriminalität" beschlossen. Die Maßnahmen sind als Ergänzung zum Programm für die "Innere Sicherheit" von 1971 zu betrachten, das erklärte der Innenminister von Rheinland-Pfalz, Schwarz (CDU). Die Maßnahmen sehen eine sofortige weitere Aufrüstung der Polizei vor. 7 Millionen DM werden dafür bereitgestellt.

Mit diesen Mitteln soll die Polizei zusätzlich Ausrüstungsmaterial erhalten, um besser den "Straßenterror", wie die Innenminister neuerdings Demonstrationen bezeichnen, in den Griff zu bekommen. Schwarz stellt die Verbindung zu der Frankfurter Demonstration her, die von der Polizei angegriffen und mit der brutalsten Gewalt aufgerieben wurde. Er sagte in dem Interview, Frankfurt habe die mangelnde Ausrüstung bewiesen. Er begrüßte weiterhin die folgende "Unterscheidung", die von den Innenministern einstimmig getroffen worden sei:

"Es sind nur noch 'friedliche Kundgebungen und Demonstrationen' zu schützen. 'Unfreundliche, Gewalt verherrlichende oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdende Veranstaltungen' genießen nicht diesen Schutz." Schwarz verdeutlichte dies an einem Beispiel:

Er sagte, man kenne das ja, daß die Demonstranten so Parolen mitführten wie "Hängt den Bundeskanzler" oder "Hängt den Ministerpräsidenten".

Auf die Frage des Rundfunkinterviewers, was die Polizei mache, wenn solche Transparente entrollt würden, antwortete Schwarz, die Polizei werde dann diese Transparente einziehen und die Demonstration auflösen. Wie das gemacht werden soll, erklärte Schwarz ebenfalls. Diesen Auftrag werden in Zukunft die sogenannten Mobilen Einsatzkommandos (MEK) ausführen. Diese "Spezialeinheiten", die gedrillt werden auf das Killen und in allen bekannten Gangstermethoden ausgebildet sind, haben inzwischen im ganzen Bundesgebiet eine Stärke von über 1 500 Mann erreicht. Sie sollen weiter verstärkt werden, vor allem aber zentral ausgebildet und zusammengefaßt werden für den Einsatz. Die Zusammenarbeit mit der sogenannten Anti-Terror-Truppe des Bundesgrenzschutzes soll besser funktionieren.

Schwarz erklärte, daß diese Einheiten des Bundes und der Länder gegen "politische Gewaltkriminalität" gerichtet seien. Auf die Frage, wie der Einsatz denn erfolge, wenn jedes Land über eine solche Truppe verfüge, sagte er entrüstet, Rheinland-Pfalz habe allein 5 dieser Einsatzgruppen. Man werde so weit kommen, daß man Spezialeinheiten dort stationiert, "wo Kriminalität entsteht", das heißt mindestens in allen größeren Städten in der BRD.

Wir müssen dazu folgendes feststellen: Die Maßnahmen der Innenminister zielen darauf ab, den staatlichen Gewalt- und Terrorapparat voll und ganz auf das Zerschlagen von Demonstrationen auszurichten. Das Demonstrationsrecht soll in großem Maßstab nicht nur eingeschränkt, sondern vielmehr aufgehoben werden. Das macht schon der einfache Umstand deutlich, daß die Innenminister mit dem Ausdruck "Straßenterror" ein neues Wort geprägt haben, das sie offenbar als Bezeichnung für Demonstrationen verwenden wollen. Sie erklären ausdrücklich, daß der Verfassungsschutz legaler Träger der "Inneren Sicherheit" sei und meinen damit nur, daß sie in Zukunft die Bespitzelung des Volkes in Westdeutschland in noch größerem Maßstab durchführen werden. –D.T.–

Francos Mord

BREITE PROTESTBEWEGUNG GEGEN DIE ERMORDUNG VON SALVADOR PUIG / IN FRANKFURT DEMONSTRATIONSVERBOT ERNEUT DURCHBROCHEN



Das Bild zeigt die Berliner Protestdemonstration gegen die Ermordung von Salvador Puig durch das Franco-Regime. Ebenso fanden Demonstrationen in vielen Städten der BRD statt, wie in Hannover, Mannheim und Frankfurt.

In der ganzen Welt fanden Demonstrationen und Protestkundgebungen gegen die Ermordung des Revolutionärs Salvador Puig durch das Franco-Regime in Spanien statt. Allein in Paris demonstrierten 10 000 Menschen. Gegen die Demonstrationen, die in Spanien selber stattfanden – in Barcelona gingen mehrere Tausend Menschen auf die Straße – ging das Franco-Regime mit brutaler Gewalt vor. 6 Universitäten wurden vorübergehend geschlossen. Daraufhin kam es in verschiedenen Fabriken zu Warnstreiks. Bei Siemens streikten 2 000 Arbeiter für mehrere Stunden.

Frankfurt. Am Samstag, den 9.3. demonstrierten ca. 350 Deutsche und Spanier trotz Demonstrationsverbot gegen die Ermordung des spanischen Revolutionärs S. Puig Antich. Die von spanischen Genossen angemeldete und u. a. vom KBW unterstützte antifaschistische Demonstration wurde am Freitag vom sozialdemokratischen Magistrat der Stadt Frankfurt verboten. Als Grund für das Verbot wurden die "**außenpolitischen Belange der BRD**" angegeben, die durch eine solche Demonstration gefährdet seien. Was sind das für Belange? Das sind die Interessen der westdeutschen Großkonzerne wie AEG, Siemens, Hoechst etc., die unter dem Schutz des faschistischen Franco-Regimes das spanische Volk zu Hungerlöhnen ausbeuten.

Außerdem ist dieses Verbot Teil des generellen Demonstrationsverbotes, das nach der Auseinandersetzung um den Abriß der besetzten Häuser, von der Hessischen Landesregierung für Frankfurt verhängt wurde.

Trotz dieses Verbotes der Kundgebung und der Demonstration gegen den spanischen Faschismus sammelten sich auf der Zeil ca. 350 deutsche und spanische Kollegen und Genossen, um durch Flugblattverteilung und Diskussion mit der Bevölkerung gegen die Ermordung von S. Puig und die Unterstützung des Franco-Regimes durch die BRD-Regierung zu protestieren. –B.W., Frankfurt–

Aufruhr in Portugal

Lissabon. Die Krise des portugiesischen Kolonialismus hat sich in den letzten Tagen scharf zugespitzt. Am Freitag, dem 15. März, wurden die beiden höchsten Offiziere des Landes, Generalstabschef Gomes und sein Stellvertreter General Spinola, von Ministerpräsident Caetano aus ihren Ämtern entlassen.

Andere Meldungen berichten von der Entwaffnung einer 200-Mann-Truppe vor der Hauptstadt. Starke Truppenbewegungen wurden auch im Norden des Landes registriert.

Unmittelbarer Anlaß zu den Unruhen in der Armee und zu der politischen Krise der Regierung im Februar war die Veröffentlichung des Buches "Portugal und die Zukunft" von General Spinola, dem ehemaligen Gouverneur und Oberbefehlshaber in Guinea-Bissau, der Mitte 1973 als Nationalheld gefeiert wurde und mit dem höchsten Militärorden "Turm und Schwert" für seine Dienste im Kolonialkrieg gegen die Befreiungskämpfer dekoriert wurde.

Wie aber die militärische Lage in Guinea-Bissau tatsächlich war, zeigte sich wenig später, als das Volk von Guinea-Bissau unter Führung seiner Befreiungsorganisation seine staatliche Unabhängigkeit von Portugal erklärte und von knapp 100 Staaten inzwischen diplomatisch anerkannt wurde. Hervorzuheben an dem Buch ist nun, daß der ehemalige Befehlshaber in Guinea-Bissau dieser Tatsache Rechnung trägt. Er kommt zu dem Schluß, daß Portugal seine Kolonialkriege militärisch nie gewinnen kann. Spinola strebt deshalb eine politische Alternativlösung an, wobei Mozambique, Angola und Guinea-Bissau zwar die Selbständigkeit erhalten, aber in einem festen Verhältnis zum "portugiesischen Mutterland" bleiben sollen. Dieser Vorschlag, der die Unterstützung der meisten imperialistischen Staaten Westeuropas und der US-Imperialisten hat, erzielte große Wirkung, weil er jetzt zum ersten Mal in Portugal, noch dazu von einem hoch dekorierten General, gemacht wurde.

Wir können heute noch nicht absehen, wie lange das portugiesische Regime an der bisherigen Politik festhalten kann. Es scheint, als habe vorläufig die Regierung Caetano mit Hilfe der rechten Armeeführer sich behaupten können.

Tatsache jedoch bleibt: Der Befreiungskampf der Völker in Mozambique, Angola und Guinea-Bissau nimmt derzeit einen weiteren großen Aufschwung. Gleichzeitig ist Portugal selber völlig ausgezehrt von den dauernden Anstrengungen des Krieges. 50 % des Staatshaushaltes gehen in die Kriegführung; der Wehrdienst dauert viereinhalb Jahre, zu Zehntausenden wandern die wehrpflichtigen jungen Männer jährlich aus. Das portugiesische Volk hat keinerlei Interesse an einer Weiterführung des Krieges. Jeder Widerstand in Portugal dagegen wurde bisher mit dem brutalsten Terror erstickt. Jede Form der Opposition in Portugal wurde bisher verboten und unterdrückt. Deshalb wird jeder offene Gegensatz innerhalb der herrschenden Klasse in Portugal die wachsende Rebellion der Volksmassen verstärken.

–H.B., Heidelberg/Red.–

Keine Ausweisung von Vahap Aslan!

Darmstadt. *"Ihr Heimatland – die Türkei – ist, ebenfalls wie die BRD, Mitglied in der NATO. Die Erhaltung der Wehrbereitschaft ist ein vorrangiges Interesse aller im Bündnis zusammengeschlossener Staaten, also auch der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland. Diesem Gesichtspunkt ist vor allen anderen Rechnung zu tragen; zumal sich hier die Interessen der BRD und der Ihres Heimatlandes decken. Schon insoweit würde die Ausstellung eines Fremdenpasses und einer evtl. weiteren Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nicht im Interesse der BRD liegen ... Es ist ein legitimes Recht Ihres Heimatstaates, wenn er durch das Mittel der Paßverweigerung versucht, Sie zur Ableistung Ihres Wehrdienstes Ihre Rückkehr in die Heimat zu erzwingen. Dies gilt auch dann, falls Ihnen Ihre oben angesprochene 'politische Gesinnung' den Dienst an der Waffe verbieten sollte."*

Das stand in dem Ausweisungsbescheid des Landrats, Kreis Darmstadt, der am 18.2.74 dem türkischen Studenten Vahap Aslan zugestellt wurde, der an der TH Darmstadt studiert.

Vahap Aslan ist ehemaliger zweiter Vorsitzender des türkischen Arbeitervereins in Darmstadt, Vorstandsmitglied des ATÖF (Studentenföderation der Türkei in der BRD); er soll bis zum 15. April 1974 die Bundesrepublik verlassen und den faschistischen Henkern in der Türkei ausgeliefert werden.

Das zeigt die Zusammenarbeit zwischen den türkischen Faschisten und den deutschen Behörden: Gemeinsam wollen sie türkische Patrioten mundtot machen.

Sofortige Aufhebung der Ausweisungsverfügung gegen Vahap Aslan!

Die bürgerliche Regierungspolitik der SPD in der Sackgasse

Noch keine anderthalb Jahre ist es her, daß die Regierung Brandt mit großem Stimmenvorsprung die Wahlen gewonnen hat, und schon ist sie zerschlissen. Wie konnte das so rasch geschehen?
Die Regierung Brandt ist vor allem durch die Arbeiter gewählt worden. Aber den Arbeitern hat sie nichts gebracht.
Die Regierung Brandt hat große Hoffnungen geweckt in den Massen. Aber sie hat diese Hoffnungen nicht erfüllt.
Willy Brandt ist im Wahlkampf als Mann des Volkes aufgetreten. Die Arbeiter und ein großer Teil der Jugend haben ihn gerade deshalb gewählt, weil in einer großangelegten Anzeigenkampagne von verschiedenen Kapitalistengruppen gegen ihn gehetzt wurde. Als Brandt wieder in der Regierung war, hat sich schnell gezeigt, daß Brandt kein Mann der Arbeiter und des Volkes ist, sondern eine Politik macht wie jeder andere bürgerliche Regierungschef auch. Er tut es bloß feierlicher.

Brandt ist als Garant gegen die Arbeitslosigkeit aufgetreten. Aber gegenwärtig gibt es 600 000 Arbeitslose.
Die SPD mit Brandt an der Spitze ist als Partei der Reformen aufgetreten, aber von Reformen haben die Arbeiter und das Volk wenig gespürt.
Überall, wo die Arbeiter für ihre Interessen und ihre Rechte auftraten und kämpften, ist ihnen die Regierung nicht nur in den Rücken gefallen: Sie hat sich offen gegen die Arbeiter gestellt. Während der Streiks im August 1973, als Zehntausende von Arbeitern gegen die Kapitalisten streikten für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, ist Brandt im Fernsehen gegen die Arbeiter aufgetreten und hat sie zur "Vernunft" ermahnt. Gleichzeitig ließ der Staat die Polizei gegen die Streikenden vorgehen.
Als die Müllarbeiter in Hannover sich im Herbst des letzten Jahres eine Lohnerhöhung erkämpften, hat sich Brandt gegen diese Lohnerhöhung ausgesprochen. Sie bringe die Tariffront der staatlichen Ansteller ins Wanken.
Als im Februar die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst streikten für mehr Lohn, hat die Regierung mit Brandt an der Spitze beharrlich versucht, die Lohnerhöhung noch unter die 10 % zu drücken.
Das hat Brandt **gegen** die Arbeiter und Angestellten unternommen.

Was aber hat er für die Arbeiter und Angestellten unternommen?
Nichts! Obwohl die Inflation und die durch die Inflation wachsende Steuerbelastung längst zu einer fühlbaren Verschlechterung der Lebenslage der Arbeitermassen geführt hat, hat Brandt Milchmädchenrechnungen aufgestellt und verbreiten lassen, daß es den Arbeitern noch nie so gut gegangen wäre. Mit den ständig steigenden Steuerlasten auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten finanziert die Regierung einen ständig wachsenden Unterdrückungsapparat gegen die Arbeiter und das Volk. Die Arbeiter aber ruft sie zum Maßhalten auf.

Die sogenannte Friedenspolitik Brandts hat sich als Politik der Kapitalistengeschäfte mit der sozialimperialistischen Sowjetunion herausgestellt, wo beide Seiten versuchen, auf dem Rücken ihrer Völker ihre Profit- und Expansionsinteressen zu befriedigen. Für die Völker der Welt bestand diese Friedenspolitik immer nur aus leeren Phrasen, die verbergen sollten, daß die Regierung Brandt wie jede andere Regierung in Westdeutschland auch überall auf der Seite der imperialistischen Aggressoren steht und die einheimischen Unterdrücker unterstützt.
Oder hat sich an der Unterstützung Portugals, Spaniens, der Militärjunten in Griechenland und Chile, des Thieu- oder des Schah-Regimes irgend etwas geändert? **Brandt steht fest auf ihrer Seite.**

Die Regierung Brandt hat der Arbeiterklasse und dem Volk also wenig Gutes gebracht. Ist es da ein Wunder, daß diese Regierung an den Versprechen gemessen wird, die **Brandt** selber gegeben hat ("mehr Demokratie" zum Beispiel) und daß die Hoffnungen wie Blüten im Wind zerstieben, die sich viele Menschen über diese Regierung gemacht haben?
Und ist es ein Wunder, daß in dieser Situation die abgetakelten CDU/CSU-Briganten wieder aus ihren Löchern kriechen und mit ihrer Demagogie gegenüber dem "kleinen Mann" auf Stimmenfang gehen und dabei auch teilweise Erfolg haben? Nein, das ist kein Wunder.

Brandt ist angetreten als einer, vor dem man Achtung haben soll und dem man Vertrauen schenken soll. Statt die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, stellte er selber Forderungen: Eben nach Achtung und Vertrauen in ihn, Willy Brandt, der es gut meint mit den Menschen.
Aber die Zeiten sind nicht gut für Leute wie Willy Brandt, die Illusionen über den Kapitalismus und die Herrschaft der Bourgeoisie verbreiten. Denn die Zeitläufe selber zerstören diese Illusionen. Wenn der Reallohn sinkt, einem die Preise davonlaufen und einem die Steuerschraube immer mehr den Hals zudrückt, dann kann man sich von staatsmännischen Sprüchen noch weniger kaufen als sonst.
Als die Gesellen um Brandt herum, Helmut Schmidt und die anderen Leute seines Schlages, merkten, daß Brandts Sprüche nicht mehr richtig ziehen, da fielen sie ihm natürlich gleich in den Rücken. Ein Haufen von Plünderern und Betrügern wird halt nur durch den **Erfolg** bei der Plünderung und beim Betrug zusammengehalten. Wenn der Erfolg sich nicht mehr einstellt, sondern Mißerfolge die Szene bestimmen, dann gehen sich die Plünderer und Betrüger gegenseitig an den Hals. Das konnte man in den Tagen nach der Wahlniederlage der SPD in Hamburg gut beobachten.
Da war es auf einmal aus mit der "Solidarität der Sozialdemokraten" untereinander. Helmut Schmidt versuchte gleich, aus der Wahlniederlage für sich das Beste zu machen und begann damit, sich als Kanzlernachfolger aufzubauen. Nur mit Müh und Not brachte Brandt seinen Haufen noch einmal zusammen. Daß an allen Ecken und Enden darüber geredet wird, wie man sich seiner entledigen könnte, konnte er jedoch nicht verhindern. Prominente Sozialdemokraten begannen an dem Denkmal Willy Brandt zu kratzen und zu rütteln, und wenn sie es gegenwärtig noch nicht wagen, das Denkmal umzustürzen, dann nur deshalb, weil sie meinen, Brandt hätte von ihnen allen immer noch den besten Ruf im Volk.

DIE ZEITEN FÜR "VOLKSKANZLER" A LA WILLY BRANDT SIND VORBEI

Wenn sich die Klassenkämpfe zuspitzen, dann ist es ganz ausgeschlossen, als "Volkskanzler" an der Spitze einer bürgerlichen Regierung zu stehen und gleichzeitig die Sympathien des Volkes zu behalten. Das "Volk", das sind für Brandt sowohl die Arbeiter als auch die Kapitalisten. Er tut so, als wolle er es beiden recht machen. Da aber die Kapitalisten die politische Macht haben und die Arbeiter nichts, kann er es nur den Kapitalisten recht machen, ob er will oder nicht.
Es ist nun mal nicht so, daß man es den Arbeitern und den Kapitalisten recht machen kann, und wenn sich die Verhältnisse verschlechtern, dann kann man die Klassenspaltung, die die bürgerliche Gesellschaft zerreißt, immer weniger übertünchen.

In dieser Gesellschaft stehen auf der einen Seite die Ausbeuter, die die Fabriken und Maschinen besitzen und sich die Arbeitskraft fremder Menschen **kaufen**, um sich zu bereichern. Auf der anderen Seite die Arbeiter, die keine Fabriken besitzen und keine Maschinen; die ihre Arbeitskraft **verkaufen müssen** und in den Fabriken und an den Maschinen der Kapitalisten den Kapitalisten Profit produzieren müssen. Dieser Klassengegensatz kann nur durch die Eroberung der politischen Macht und die Übernahme der Fabriken und Maschinen durch die Arbeiter aufgehoben werden. In ruhigen Zeiten tritt dieser Gegensatz nicht sehr scharf hervor. Viele Arbeiter haben dann den Eindruck, daß man zur Not mit den Kapitalisten leben kann. In solchen Zeiten können Leute, die den Klassengegensatz leugnen, großartig Politik machen. So war es zum Beispiel mit Erhard, der ein paar Jahre ganz gut dastand. Aber dann verschlechterten sich die Verhältnisse. Es kam die Krise von 1966/67, und auf einmal stand Erhard nicht mehr gut da. Sogar die Leute aus der eigenen Partei wollten ihn möglichst schnell loswerden und sind ihn auch losgeworden.

Nach 1966/67 und während der großen Koalition wuchs der Einfluß der SPD unter den Massen, weil das Vertrauen in die CDU erschüttert war und ihnen niemand so recht die Reformen abnehmen wollte, die ja auch sie und nicht nur die SPD versprach. Die SPD als traditionelle Arbeiterpartei versprach mit ihren Reformen den Klassengegensatz zu überwinden, die "Kluft zwischen Arm und Reich" zuzuschütten und überhaupt endlich die Verhältnisse zugunsten der Arbeiter und der Lohnabhängigen zu verändern. Dazu hatte sie ganze sogenannte Reformpakete geschnürt und Brandt ging mit diesen Reformpaketen hausieren. Mitbestimmung und Vermögensbildung waren die entscheidenden Versprechen. Mit Hilfe von Mitbestimmung und Vermögensbildung sollte eine neue "Lebensqualität" geschaffen werden. Diese neue Lebensqualität sollte die Arbeiter vergessen lassen, daß sie Arbeiter sind durch die Kapitalisten ausgebeutet werden. Sie sollte die Arbeiter vergessen lassen, daß es die Kapitalisten sind, die sie ausbeuten. Aber aus dieser neuen Lebensqualität wurde genausowenig etwas wie aus dem blauen Dunst der Erhardschen Zigarren. Die "soziale Marktwirtschaft" eines Brandt unterscheidet sich von der "freien Marktwirtschaft" eines Erhard wie eine Phrase von der andern. Freiheit und soziale Gerechtigkeit für die Arbeiter bringt die eine sowenig wie die andere. Und wieder, wie schon bei Erhard, bringen die Verhältnisse selber an den Tag, was von den Versprechen und den Phrasen zu halten ist. Die Verhältnisse verschlechtern sich und der Klassenkampf verschärft sich: Schon zeigt sich, daß es mit der neuen Lebensqualität nicht weit her ist, sondern daß es die alte Ausbeutergesellschaft ist, in der wir leben. Nichts Wesentliches hat sich verändert. Wir sehen: So sehr unterscheidet sich der Brandt nicht von dem Erhard. Beide haben den Klassencharakter der Gesellschaft wegreden wollen. Aber er ließ sich nicht wegreden. Er drückt sich in Klassenkämpfen aus. Auf der einen Seite stehen die Ausbeuter und Unterdrücker, auf der anderen Seite stehen die Ausgebeuteten und Unterdrückten. Solange die Ausbeuter und Unterdrücker die politische Macht haben, ist jede Regierung **ihre** Regierung. Daran ändert auch ein Brandt nichts. Wie wollte auch? Und warum sollte er denn? Er und seine Partei wollen an der Regierung bleiben. Also verteidigen sie die Interessen der Bourgeoisie mit Zähnen und Klauen und gehen immer rücksichtsloser gegen die Interessen der Arbeiter vor.

EINZIGE ALTERNATIVE: ORGANISIERUNG DER EIGENEN KRAFT FÜR DIE EIGENEN ZIELE

Wenn die Arbeiter und das Volk nicht immer wieder von irgendwelchen bürgerlichen Helden betrogen werden wollen, dann dürfen sie sich nicht auf irgendwelche Versprechen verlassen, dann dürfen sie in nichts anderes ihre Hoffnung setzen als in ihre eigene Kraft. Diese Kraft ist da und die Arbeiter haben in den Streiks des letzten Jahres und der letzten Monate gezeigt, daß sie diese Kraft einsetzen können. Die Volksmassen haben in zahlreichen Bewegungen und Kämpfen für ihre unmittelbaren Interessen ihre Kraft gezeigt. Die Kraft ist da – sie muß aber politisch organisiert werden, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht erobern will.

Die Verhältnisse, die ökonomischen und sozialen Gegebenheiten in dieser Gesellschaft verhindern, daß die Interessen der Arbeiter durch den Staat und die Regierung erfüllt werden. Der Staat ist der Diener der herrschenden Klasse und die herrschende Klasse sind die Kapitalisten. Also müssen die Verhältnisse geändert werden und muß die herrschende Klasse gestürzt werden. Das sind die Lehren aus der Geschichte der Bundesrepublik und das sind auch die Lehren aus dem Reinfall mit der Regierung Brandt. Diese Lehren müssen gezogen werden, müssen in den Fabriken und Büros, den Krankenhäusern, in den Schulen und in den Universitäten breit und gründlich diskutiert werden. Schon geht die CDU/CSU daran, die Konkursmasse der Regierung Brandt als Startkapital für eine neue Regierung Kohl, Strauß oder Dregger zu beanspruchen. Dadurch würde sich für die Arbeiter und die Volksmassen bestimmt nichts bessern. Zur SPD und zur Regierung Brandt gibt es keine andere Alternative als die: Die Arbeiter müssen ihre Interessen selbst in die Hand nehmen, dürfen sich auf keinen bürgerlichen Politiker verlassen. Sie müssen um die politische Macht kämpfen und müssen in diesem Kampf die Volksmassen gegen den bürgerlichen Staatsapparat organisieren. Die Verhältnisse müssen geändert werden, nicht diese oder jene bürgerliche Partei muß ausgetauscht werden, nicht dieser oder jener bürgerliche Politiker muß durch einen anderen ersetzt werden. Solange es bei solchen Veränderungen bleibt, ändert sich für die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen nichts. Sie bleiben die Betrogenen.

Die Hauptparole des Kommunistischen Bundes Westdeutschland lautet:
Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes
Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!
Diese Parole zeigt, worin die Alternative zu den bürgerlichen Parteien besteht. Der Kommunistische Bund Westdeutschland hat sich zur Aufgabe gemacht, auf der Linie dieser Parole den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutergesellschaft und den bürgerlichen Staat zu organisieren. Er ruft in seine Reihen alle Arbeiter und fortschrittlichen Menschen, die die Notwendigkeit dieses Kampfes erkennen.

Der Kampf der Arbeiter für ihre Rechte und der demokratische Kampf für die Rechte des Volkes findet vor unser aller Augen statt. In diesem Kampf lösen sich die Arbeiter und die breiten Volksmassen von den bürgerlichen Parteien, denn diese Parteien stehen immer auf der anderen Seite der Barrikade. Es hat keinen Sinn, wie das Kaninchen auf die Schlange auf die bürgerlichen Parteien zu starren und die Alternative zwischen den verschiedenen bürgerlichen Parteien zu suchen. In Wirklichkeit müssen alle Forderungen der Arbeiterklasse gegen diese Parteien durchgesetzt werden, welche von ihnen auch an der Regierung sein mag. Oder welche dieser Parteien tritt ein für den Sieben-Stunden-Tag, der notwendig durchgesetzt werden muß, um der ständig wachsenden Arbeitsbelastung zu begegnen? Welche dieser Parteien tritt ein für eine Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von 80 % des vorher bezahlten Lohnes für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit und für Arbeitslosenversicherungen und Arbeitsämter, die nicht willfähriges Instrument in der Hand der Kapitalistenklasse und des bürgerlichen Staates sind? Welche dieser Parteien tritt ein für die Abschaffung der indirekten Steuern und für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben ausschließlich aus einer progressiven Besteuerung von Einkommen und Vermögen, die nicht die Arbeiter zusätzlich ausplündert, sondern die Kapitalisten trifft? Welche der bürgerlichen Parteien tritt wirklich für umfassende Demokratie ein, für einen Staat, in dem die Volksvertreter nicht mehr verdienen als die Facharbeiter; in dem die Beamten und Lehrer durch das Volk gewählt werden und ihm nicht durch irgendeine Behörde vorgesetzt werden;in demdie Waffen in der Hand des Volkes liegen und nicht in der Hand von Spezialeinheiten zur Unterdrückung des Volkes? Keine einzige der bürgerlichen Parteien tritt für diese Forderungen ein. Nur die Kommunisten treten für diese Forderungen ein und nehmen an den Kämpfen teil, die in diese Richtung führen.
Es ist klar, daß die Loslösung von den bürgerlichen Parteien nicht von einem Tag auf den anderen geschehen kann, und daß viele sagen, vielleicht wird es ja auch wieder besser. Aber die gegenwärtigen Kämpfe selber führen zu einem Trennungstrich zwischen der Arbeiterklasse und den Volksmassen auf der einen Seite und der Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Parteien auf der anderen Seite. Damit dieser Trennungsstrich endgültig gezogen wird, muß die Arbeiterklasse nur den Zweck dieser Kämpfe zu ihrem bewußten Ziel erheben: den Sozialismus und schließlich die klassenlose Gesellschaft. –J.S.–

–Schau mal, da steht, die können nicht mehr regieren !
–Na, da wirds Zeit, daß wir uns selber regieren !

DIE BÜRGERLICHEN POLITIKER SEHEN SCHWARZ:

»Die Welt wird unregierbar«

Was Brandt nicht veröffentlicht sehen möchte, vertraut er seinen Tagebüchern an. Manchmal nur in Stichworten, manchmal ausführlich begann er im Wahlkampf 1972, seine geheimsten Gedanken niederzuschreiben, ergänzt durch Zeitungsausschnitte mit Informationen, die seine Überlegungen stützen.
Aus alledem ergibt sich eine düstere, beinahe apokalyptische Vision: Der Kanzler sieht die klassischen parlamentarischen Demokratien westlichen Musters am Ende. Nach seinem Urteil werden sie mit ihren Problemen nicht mehr fertig und können deshalb nicht die Endform des demokratisch verfaßten Staates sein.
(aus: Der Spiegel, 4.3.74, S.23)

Die Währungs- und Wirtschafts-Systeme, die politischen und geistigen Strukturen des Westens drängen der Krise entgegen, wie das Wasser zu seinem tiefsten Punkt. "Die Ordnung dieses Planeten zerplatzt wie eine Nova jenseits der Milchstraße", meint WIRTSCHAFTSWOCHE-Redakteur Protze. Die Welt wird unregierbar.
(Claus Jacobi, in: Wirtschaftswoche, 15.4.74, S.24)

Die Vereinigten Staaten haben jeden moralischen Führungsanspruch verloren. An ihrer Spitze steht ein Mann, von dem eigentlich nur noch einer beteuert, daß er "nicht ein Gauner" sei – er selbst.
(ebenda, S.25)

Die Welt wird unregierbar. Mit unseren derzeitigen Methoden. Deswegen hört sie kaum auf, sich zu drehen. Doch hat eine Zeit des Umbruchs begonnen, mit der verglichen die ersten 70 Jahre dieses Jahrhunderts einschließlich zweier Weltkriege die gute alte Zeit sein werden.
"Wo ist die Lösung, wo der Sinn?" fragte ein Interviewer Walter Lippmann.
"Es gibt keine Lösung", meinte er, "es gibt sie so wenig wie eine Antwort auf die Frage, warum die Fische eines Tages auf das Land krochen."
(ebenda, S.26)

Bruch bei Radbod

SICHERHEIT DER KOLLEGEN WURDE NICHT BEACHTET

Bockum-Hövel. Am Dienstag, 5.3.74, um 10.10 Uhr brach in der südwestlichen 7. Abteilung der Zeche Radbod in ca. 950 m Tiefe die Strecke 794. Diese sehr lange und heiße Strecke führt bis 650 m vor den Streb. Der 40 m lange Bruch begann 60 m vor dem Streb und schloß zwei Wetterleute und einen Elektrosteiger ein. Zu den Eingeschlossenen bestand Verbindung über Telefon und über Rohrleitungen, durch die sie mit Frischluft, Getränken und Nahrung versorgt wurden. Nach knapp zwei Tagen konnten die Kollegen befreit werden.

Es war reiner Zufall, daß das Unglück so glimpflich verlaufen ist. Es war Zufall, daß der Bruch nicht größer war, daß die Rohrleitungen noch intakt waren. Und wäre nicht einige Tage vorher die Kühlmaschine ausgefallen, dann wären noch mehr Kollegen eingeschlossen gewesen, die normalerweise in der Bruchstrecke gearbeitet hätten.

kostenfaktor ist, der so niedrig wie möglich gehalten wird. Denn das Ankern ist billiger im Material, es werden weniger Arbeiter benötigt und es geht zudem noch schneller als jeder andere Ausbau. Dazu kommt noch, daß der dahinter kohlende Streb erst einige Stunden später von der Betriebsleitung stillgesetzt wurde. Das bedeutete für die Kollegen eine zu-



Es war reiner Zufall, daß die Kollegen gerettet werden konnten.

Die Tageszeitungen am Ort schilderten mit Vorliebe die glücklichen Umstände der Rettung und spielten das Unglück zu einem Ausnahmefall herunter. Sie haben sehr schnell vergessen, daß es auf der Nachbarzeche "Sachsen" in Heessen im letzten Jahr zwei Brüche mit mehreren Toten gegeben hat, und daß es auf Radbod vor einigen Wochen gebrannt hat. Sie vergaßen aber nie zu sagen, daß keinerlei Vermutungen über die Ursache beständen und "Experten" sich mit der Klärung befaßten. Das alles dient nur der Verschleierung der Umstände, die diesen Bruch ermöglichten. Jeder Kumpel von Radbod, der die Strecke 794 kennt, aber weiß, woran das lag. Obwohl die Strecke schon im ausgebauten Teil stark zusammengedrückt ist, wurde vor dem Streb kein Glockenausbau gemacht. Das Hangende wurde nur geankert. Hier wird ganz klar, daß die kapitalistische Planung nur das Ziel hat, die Förderung und damit den Profit zu erhöhen; und daß bei dieser Planung die Sicherheit der Arbeiter nur ein Un-

sätzliche Gefährdung, für die Kapitalisten aber einige -zig Tonnen Kohle mehr. Zur Gefährdung der Kollegen durch einen weiteren Bruch befragt, meinte der Pressestellenleiter der Ruhrkohle AG, daß sich ein Bruch rechtzeitig ankündige und die Eingeschlossenen mehrere hundert Meter Bewegungsfreiheit hätte. So einfach ist das anscheinend für die Ruhrkohle AG. Damit die Sicherheit der Arbeiter in der Produktion gewährleistet ist, muß die Übergabe der Kontrolle über die Sicherheit der Belegschaft an den Betriebsrat gefordert werden. Dazu die überbetriebliche Überwachung des Arbeitsschutzes durch Gewerkschaften und die selbstverwalteten Sozialversicherungen; die Auswahl und Einstellung des Sicherheitspersonals durch den Betriebsrat.

–W.R., Ortsaufbaugruppe Hamm–

Strecke = Stollen unter Tage
Streb = Stollen, aus dem Kohle gefördert wird
Bruch = Einsturz eines Hohlraumes
Wetter = Luft unter Tage
Hangende = Decke eines Hohlraumes

Strecke 794 kennt, aber weiß, woran das lag. Obwohl die Strecke schon im ausgebauten Teil stark zusammengedrückt ist, wurde vor dem Streb kein Glockenausbau gemacht. Das Hangende wurde nur geankert. Hier wird ganz klar, daß die kapitalistische Planung nur das Ziel hat, die Förderung und damit den Profit zu erhöhen; und daß bei dieser Planung die Sicherheit der Arbeiter nur ein Un-

ten und die selbstverwalteten Sozialversicherungen; die Auswahl und Einstellung des Sicherheitspersonals durch den Betriebsrat. –W.R., Ortsaufbaugruppe Hamm–

Strecke = Stollen unter Tage
Streb = Stollen, aus dem Kohle gefördert wird
Bruch = Einsturz eines Hohlraumes
Wetter = Luft unter Tage
Hangende = Decke eines Hohlraumes

Betriebsversammlung bei Ford Köln

"WIENTGEN, KUCKELHORN UND LÜCK – ANS BAND ZURÜCK!"

Vorige Woche Montag war bei uns Betriebsversammlung. Gerade für diese Betriebsversammlung standen eine Reihe wichtiger Fragen an. Wir wollten endlich über die Sachen Klarheit haben, die uns auf den Nägeln brennen: Schon seit dem letzten Jahr ist fast allen klar gewesen, daß ein anständiger Tarifabschluß her muß. Die 11 % sind dagegen ein Tropfen auf den heißen Stein. Einige von uns erwarteten, daß auf der Betriebsversammlung vielleicht schon die nächsten Schritte im Lohnkampf zur Sprache kämen.
Eine zweite Frage war genauso wichtig: Was ist wirklich los mit der Kurzarbeit. Denn im März sollten wieder ca. 25 000 Kollegen kurzarbeiten, davon allein 17 000 bei uns in Niehl. Auf der anderen Seite haben wir gesehen, daß die Kurzarbeit eingeschränkt wird, wie zum Beispiel in der Y-Halle. Auf der Betriebsversammlung hätte der Betriebsrat die Möglichkeit gehabt, endlich einmal die Interessen der Kollegen durch ein klares Nein zur Kurzarbeit zu vertreten. Aber nichts dergleichen tat sich.

Nachdem Ford-Direktor Bergemann sich als Sprecher der "kleinen Autobesitzer" aufgespielt hatte und der Bundesregierung "Autofeindlichkeit" vorwarf, ging er dazu über, die Ford-Werke als überaus "sozial" zu preisen. Sie hätten sogar 280 DM Teuerungszulage gezahlt. Das war ein Schlag ins Gesicht der Ford-Kollegen. Wir haben im September für 1 DM mehr pro Stunde gestreikt, und der lobt auch noch die mickrigen 280 DM. Schließlich sprach er die Kurzarbeit an und verkaufte sie als "Maßnahme gegen Massenentlassungen".

Wer jetzt gedacht hatte, die Vertreter der Gewerkschaft würden diese Lügen und Verdrehungen endlich klar stellen und positive Vorschläge für den weiteren Kampf machen, der sah sich getäuscht:
Betriebsrätsvorsitzender Lück und die anderen Gewerkschaftsfürsten fingen wieder an, alles zu vernebeln.

Da wurden plötzlich die 11 % ein Erfolg, weil damit "Massenentlassungen verhindert würden". Der Betriebsrat verlor kein Wort über die Lohnverluste, die die betroffenen Kollegen dadurch haben, kein Wort über die Überstunden, die trotz der Kurzarbeit noch gekloppt werden (zum Beispiel: X-Halle). Deutlicher konnte die Zusammenarbeit zwischen Kapitalisten und Betriebsratsfürsten nicht zutage treten.

Ein Nieheler Betriebsrat verteidigte die "Stabilitätspolitik" der Bundesregierung als nützlich, "um Arbeitsplätze zu sichern". Überhaupt sei, wenn in der Politik was falsch laufe, nicht die SPD, sondern Wirtschaftsminister Friderichs schuld.
Um die "Solidarität" mit der Bundesregierung noch komplett zu machen, verabschiedete man auf die Schnelle einen Antrag, die Steuerreform vorzeitig durchzusetzen. Hier wurde der Unmut vieler Kollegen über die durch und durch arbeiterfeindliche Steuerpolitik ausgenutzt und in die falsche Richtung gelenkt. Denn ob früher oder später, ist die geplante Steuerreform keine wirkliche Verbesserung. In der Presse hieß es am Tag darauf: "Die Ford-Belegschaft sei für eine Vorziehung der Steuerreform".
Manchem Kollegen fiel nach dem Auftritt der SPD-Fürsten wieder der in der letzten Zeit geprägte Spruch ein: "Wientgen (Gewerkschaftsvertreter), Kuckelhorn (Vertrauenskörper-Leiter) und Lück – ans Band zurück!"
Auf der anderen Seite fehlte auf der Betriebsversammlung eine Kraft, die die ganze Verrottung des Betriebsrats und die Verdummung der Geschäftsleitung aufgedeckt hätte.
Zwar kamen in einigen Beiträgen auch die Probleme der Kollegen auf den Tisch. Aber den Gewerkschaftsfürsten gelang es immer wieder, das abzuwürgen.
Trotz aller Verdrehungen und Lügen konnten die SPD-Fürsten aber doch nicht verhindern, daß ein Kollege ausdrückte, was viele schon spüren: "Die 11 % sind jetzt schon wertlos."
Das kommende Jahr wird zeigen, daß der Kampf weitergeht.

–Bericht eines Ford-Kollegen, seit fünf Jahren bei Ford–

GESPRÄCH ZWEIER KOLLEGEN

›Deutschland braucht Netzer‹

Heidelberg. Bei Stotz-Kontakt (BBC-Konzern) werden gegenwärtig reihenweise Kollegen entlassen, obwohl das Arbeitsamt Massenentlassungen nicht genehmigt hat. Der "Kommentar", die Betriebszeitung des KBW, deckte das Vorgehen der BBC-Kapitalisten auf.
Kollege A: *"Mensch, haste schon den "Kommentar" gelesen, die haben wieder an die 50 rausgeworfen!"*
Kollege B: *"Laß mich, ich lese gerade meine "Bildzeitung"!"*
Kollege A: *"Ich glaub' du bist beknackt, meinste da drin steht was über unsere rausgeworfenen Kollegen? Lies doch mal, wie die über die Tarifrunde herziehen – und wie die damals die Kollegen beim ÖTV-Streik 'runtergemacht haben!"*
Kollege B: *"Ach was, lies doch mal: "Deutschland braucht Netzer"! Das ist doch interessant."*
Kollege A: *"Bei dir piept's wirklich. "Deutschland braucht Netzer". Ha, aber ich brauche meinen Arbeitsplatz. Zeig' mir doch mal, ob darüber was drin steht. Und wenn ja, dann lies mal, wie die über uns Arbeiter hetzen: "Wir zeigen kein Stabilitätsbewußtsein" usw. Die spinnen doch, ich brauche mindestens meine 15 %, wenn die schon 1,50 DM weggewischt haben. Meinste, über die lächerlichen 11 % schreiben die was dagegen? Nee, wohl nicht. Die schreiben nur, was für'n guter Abschluß das wäre für uns Arbeitnehmer. Die haben mit Absicht Arbeitnehmer und Arbeitgeber verwechselt. Für die Arbeitgeber ist das nämlich ein guter Abschluß, für uns ist der Abschluß beschissen."*
Kollege B: *"Eigentlich hast du Recht, die wollen uns wirklich zu blöden Affen machen."*
Sagte dies und nahm die "Bild-Zeitung" und warf sie in den Papierkorb.
aus: Kommentar für die Kollegen von Stotz

Mit dem einen Fuß im Gefängnis - mit dem anderen im Grab
GROSSE ARBEITSHETZE BEI DEN FERNFAHRERN
Schon oft habe ich von Kollegen hören müssen, daß Fernfahrer wie die Henker fahren, daß sie die Sicherheit im Straßenverkehr gefährden würden und ähnliches mehr. Im Grunde haben diese Kollegen recht, aber es ist nicht so,
4 Mahlzeiten pro Tag, Unmengen von Wachhaltern wie Kaffee oder Cola, so daß diese Spesen niemals reichen. An Urlaub steht Fernfahrern 21 Tage zu. Das ist aber keine ausreichende Zeit sich wirklich zu erholen, weil der Gesundheitszustand bei Fernfahrern wirklich zu wünschen übrig läßt. Das ist auch kein Wunder; man ist ständig voll konzentriert. 2 Stunden Kasseler Berge allein zerren schon gewaltig an

Mit dem einen Fuß im Gefängnis - mit dem anderen im Grab

GROSSE ARBEITSHETZE BEI DEN FERNFAHRERN

Schon oft habe ich von Kollegen hören müssen, daß Fernfahrer wie die Henker fahren, daß sie die Sicherheit im Straßenverkehr gefährden würden und ähnliches mehr. Im Grunde haben diese Kollegen recht, aber es ist nicht so, daß Fernfahrer Mörder hinterm Steuer sind, die meisten von ihnen sind ganz alte Hasen und verstehen etwas vom Fach. Trotzdem ist die Unfallrate unwahrscheinlich hoch und diese dicken Brummer sind tatsächlich in vielen Fällen zu einer Gefahr geworden. Wie kommt es dazu?
Fernfahrer haben unter einer besonders großen Arbeitshetze zu leiden. Zwar gibt es ein Gesetz, nach dem ein Fahrer am Tag höchstens 8 Stunden hinter dem Steuer hängen und nicht mehr als 450 km zurücklegen darf. Aber für jeden Trampfahrer besteht dieses Gesetz nur auf dem Papier. Warum?

In den meisten Fällen ist es so, daß Trampfahrer sonntags abends um 22 Uhr losfahfen, bis Samstagmittag nur auf dem LKW sind und danach noch daran gehen können, den Wagen wieder auf Vordermann zu bringen. Kilometerleistungen von 6 000 in der Woche sind keine Seltenheit, die Arbeitszeit richtet sich danach, wie lange man auf dem LKW ist, also die ganze Woche. Da man zumeist mit zwei Mann auf dem Wagen sitzt, kann man wohl in Intervallen fahren, also einer kann in der Kabine schlafen, das ist allerdings eine besondere Leistung auf der Autobahn Hamburg-Bremen wirklich zu schlafen, von den Schlaglöchern der Straße und der harten Federung des LKW's wird man in der Kabine herumgestoßen, daß man sich lieber wieder auf den Beifahrersitz setzt und versucht wenigstens die völlig übermüdeten Augen zu schließen. Am Anfang der Woche ist es meist noch ohne Schwierigkeiten möglich, Frankfurt-Hannover in einem Stück zu schaffen; gegen Ende der Woche allerdings werden die Intervalle immer kürzer, bis es dazu kommt, daß man nur noch eine Stunde fahren kann, dann fängt die Bahn an zu tanzen, man sieht nur noch grüne Männchen und ist gezwungen, den Kollegen aus der Kabine zu pfeifen, der ja dann auch nur eine Stunde geschlafen hat.
Die Gesetze über den Berufsverkehr sind nur dazu da, alle Verantwortung auf die Fahrer zu schieben, das Bundesamt für Güterverkehr ist eine Institution der Kapitalisten.
Wen wundert es unter den oben beschriebenen Umständen noch, wenn es immer häufiger vokommt, daß Fernfahrer am Steuer einschlafen und den 38-Tonner in den Graben setzen, oder was viel schlimmer ist in andere Fahrzeuge und Menschen. Die Gesetze über die Fahrzeiten sind gerade der Trick, alles auf die Fahrer zu schieben. Als ich anfing, sagte mein Kollege: "Du mußt dir darüber klar werden, ab jetzt mit einem Fuß im Gefängnis und mit dem anderen Fuß im Grab zu stehen." Und das stimmt. Wenn nun nämlich etwas passiert, dann ist es meistens so, daß der Fahrer vor Gericht kommt und der Richter ihm sagen wird: "Aus Ihrem Fahrtenschreiber ersehe ich, daß Sie Ihre Pausen nicht eingehalten haben, als Kraftfahrer müssen Sie das ja wissen!" Viele Kollegen haben auf diese Weise schon das Gefängnis von innen gesehen oder haben hohe Geldstrafen zahlen müssen. Was interessiert es diese 'Bestrafer im Dienst der Kapitalisten', daß ein Fahrer, der tatsächlich mal den Schlüssel zur rechten Zeit abzieht, dann unter irgendeinem Vorwand die Papiere bekommt, und damit rechnen kann, in der Stadt garantiert keine Arbeit mehr zu bekommen. (Es gibt nämlich tatsächlich schwarze Listen.)
Die Bezahlung ist miserabel und die Fernfahrer gehen körperlich vor die Hunde. Die meisten Fernfahrer werden Gehalt entlöhnt. In meiner Firma bekamen die Trampfahrer 1617,38 DM brutto monatlich. Dazu kamen pro Tag 25,- DM Spesen netto. Aber darüber sollte man sich keine Illusionen machen. Autobahnraststätten sind extrem teuer. Im Schnitt kann man für eine komplette Mahlzeit 10,- DM rechnen, wenn man Glück hat wird man davon satt. Nun benötigt man bei dieser unregelmäßigen Schlaf- und Arbeitszeit ungefähr 4 Mahlzeiten pro Tag, Unmengen von Wachhaltern wie Kaffee oder Cola, so daß diese Spesen niemals reichen. An Urlaub steht Fernfahrern 21 Tage zu. Das ist aber keine ausreichende Zeit sich wirklich zu erholen, weil der Gesundheitszustand bei Fernfahrern wirklich zu wünschen übrig läßt. Das ist auch kein Wunder; man ist ständig voll konzentriert. 2 Stunden Kasseler Berge allein zerren schon gewaltig an den Nerven. Die meisten Fahrer (ich zum Beispiel) haben schon nach kurzer Zeit Magenschäden (Geschwüre und ähnliches). Augenschäden durch ständiges anstrengendes Sehen stellen sich schon nach wenigen Jahren ein.
Was ist nun wirklich zu fordern und durchzusetzen.
Ausbildung aller Kraftfahrer auf Kosten der Kapitalisten mit demselben Lohn, den sie in der Fahrzeit haben.
Sofortige Aushändigung des Gesellenbriefes an alle jetzigen Kraftfahrer mit 3 Jahren Berufspraxis.
Wirtschaftliche Forderungen zu den Arbeitsbedingungen:
7-Stunden-Tag. (Danach muß der LKW stehen.)
Bezahlung nach Stundenlohn, der dem eines Facharbeiters entspricht!
Verbot jeder Überstunde!
Heraufsetzung des Spesensatzes auf 40 DM (auch bei 7 Stunden sind Fahrer meistens in einer anderen Stadt)
Verbot jeder Be- und Entladung durch den Fahrer!
8 volle Wochen Urlaub!

W.R., Osnabrück

Erst 75 Stunden die Woche - dann entlassen

Göttingen. Anfang des Jahres wurde auf der Großbaustelle des Kaufhauses HERTIE Richtfest gefeiert, nachdem erst im Mai letzten Jahres die Baugrube ausgehoben wurde. Bis zum Richtfest arbeiteten die Kollegen, fast nur Ausländer, 70 bis 75 Stunden in der Woche. Nun zum Richtfest wurden rund die Hälfte entlassen (40 Jugoslawen, 15 Italiener), indem man ihnen meist die Entlassung in den Weihnachtsurlaub schickte, sodaß sie gar nicht mehr zurückreisen konnten und auch kein Arbeitslosengeld bekamen. Sie wurden ein halbes Jahr unmenschlich ausgenommen, wohnten in Baracken (2 qm pro Kollege) wie Vieh, mit zwei Toiletten und sechs Waschbecken für 110 Kollegen und wurden nach Verbrauch abgeschoben.

Die Baufirma Berger Bauboag, die seit Jahren im Auftrag von Hertie Kaufhäuser baut, erfüllt ihre Aufträge auf diese Weise in kürzesten vertraglich festgelegten Fristen. Gibt es eine Pause zwischen den Aufträgen, wie jetzt, entläßt sie die ausländischen Kollegen und holt sich neue Arbeitskräfte aus dem Ausland, sobald der neue Auftrag beginnt. Die Baustellen gleichen Arbeitslagern. Die deutschen Poliere bekommen Anweisung, nicht mizuarbeiten, sondern nur aufzupassen, daß keiner in der Kolonne mal Pause macht. Wer die Überstunden nicht bringt, wird gleich entlassen. Überstunden bekommt man erst, wenn 40 Stunden die Woche gearbeitet sind. Ist einer drei Tage krank und arbeitet dann anschließend die restlichen Tage 14 Stunden, bekommt er gerade 2 Stunden als Überstunden bezahlt.

Es gibt Kollegen, die sagen, daß die ausländischen Kollegen selbst schuld seien, die machten halt für Geld alles. Die "Bild"-Zeitung startet derzeit eine Serie über ausländische Arbeiter, die in der BRD angefangen haben und dann mit dem Ersparten große Kapitalisten in ihrer Heimat wurden. Sicher mag es einige geben. Aber sind es die 2,5 Millionen, die in der BRD arbeiten? Über deren Schicksal will "Bild" mit seiner Serie hinweglügen.
Zwei Gründe sind schuld an den oft elenden Zuständen der Ausländer-Arbeiter in der BRD: Erstens die Not und Arbeitslosigkeit in ihren Heimatländern, die von den gleichen Monopolen ausgeplündert werden, die auch hier die Arbeiterklasse ausbeuten. Zweitens die SPD-Führer in den DGB-Gewerkschaften, die die besondere Ausbeutung der ausländischen Arbeiter hinnehmen und billigen. Das schadet nicht nur den ausländischen Arbeitern, sondern der gesamten Arbeiterklasse in Westdeutschland. Gleiche Arbeitsbedingungen und gleicher Lohn für gleiche Arbeit durchzusetzen, ist die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften. Wenn den Kapitalisten erlaubt wird, für einen Teil der Arbeiter die erkämpften Arbeitsbedingungen und Tarife außer Kraft zu setzen, wird damit die Position der gesamten Arbeiterklasse geschwächt und ein einheitlicher Kampf verhindert. Die Vertretung der Interessen der ausländischen Arbeiter durch die Gewerkschaften und die Durchsetzung gleicher Arbeitsbedingungen für alle durch die Gewerkschaften muß im Interesse der gesamten Arbeiterklasse durchgesetzt werden.
Deutsche und ausländische Arbeiter – eine Kampffront!

–M.E./Red.–

C. BEHRENS AG: UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG FÜR MINDESTENS 165 DM

Aalfeld. Ab Dienstag, 12. März, lief in der Firma **Behrens** eine Unterschriftenaktion für die Forderung: mindestens 165 DM bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen der Firmen Behrens und Fagus. Bis Redaktionsschluß waren 80 Unterschriften zusammengekommen. Dieser Aktion waren breite Diskussionen in Teilen des Betriebes über die Art der aufzustellenden Forderung vorangegangen. Dadurch sah sich die Tarifkommission der Gewerkschaft Holz und Kunststoff veranlaßt, wenigstens eine lineare Mindestforderung von 165 DM aufzustellen.

Kommunistische Gruppe Aalfeld

IG-Metall-Führung will mit dem Bremer Streik eine Niederlage organisieren

Obwohl die Bremer Metallarbeiter seit dem 6. März im Streik sind, ist die Tarifrunde in der Metall so gut wie gelaufen.
In den letzten Jahren schickte die IG Metall-Führung immer ein Gebiet als Vorreiter in den Tarifrunden vor, um die volle Kraft aller Metaller aus dem Kampf rauszuhalten. Diesmal schloß sie kampflos in den meisten Bezirken ab und schickte den Bezirk Unterweser/Bremen dann als Nachreiter in den Streik; in einen Streik, der für die anderen Bezirke nichts mehr bringen kann, während für den Streikbezirk selbst die IG Metall-Führung die Niederlage vorprogrammiert hat. Mit jedem Abschluß in den anderen Bezirken fällt sie den streikenden Kollegen ein Stück weiter in den Rücken. Das ist der bisherige Höhepunkt der spalterischen Tarifkampfpolitik der IG Metall-Führung.
Im folgenden der Streikbericht der Bremer Ortsgruppe des KBW.


Vor dem Tor bei Vulkan. Links die Streikposten, rechts die Streikbrecher.

Seit Mittwoch, dem 6. März, streiken in Bremen 56 000 Metallarbeiter in 86 Betrieben. Es ist der erste gewerkschaftlich organisierte und von der IGM-Führung genehmigte Streik in der Bremer Metallindustrie seit 20 Jahren. Der Streik wurde von der IG Metall-Führung angesetzt, nachdem der Schlichtungsspruch für 14 % Lohnerhöhung von den Kapitalisten abgelehnt worden war und in der Urabstimmung 88 % für Streik gestimmt hatten. Die offiziellen Forderungen der IG Metall in diesem Streik sind: 18 % mehr Lohn und Gehalt; für Auszubildende 140 DM; 6 Wochen Urlaub, davon 3 Tage mehr für 1974.

Daß der Streik tatsächlich für diese Forderungen geführt wird, das glaubt ernsthaft niemand unter den Streikenden. In der Schlichtung hatte die IG Metall ja dem 14 %-Spruch schon zugestimmt, den die Kapitalisten ablehnten. Und während schon gestreikt wurde, ließ Otto vom Steeg, Bezirksleiter der IGM, sogar verlauten, daß die Gewerkschaft auf einen neuen Schlichtungsspruch eingehen wolle, "wenn er in der Nähe des ersten Einigungsvorschlages liegt."

Noch schwerwiegender als diese Manöver auf Bremer Ebene sind, ist indes die Politik des Hauptvorstandes der IG Metall. Schon vor dem Streik in Bremen hat er in einer ganzen Reihe von Tarifbezirken 11 %-Abschlüssen zugestimmt. Und **während des Streiks** setzte er diese Politik fort: Bayern, Nordwürttemberg/Nordbaden, die VW-Werke, Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern wurden ebenfalls noch aus der Front herausgenommen, nachdem vorher schon in Berlin, Hessen, Niedersachsen, in Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Nordrhein-Westfalen abgeschlossen war. Nach anderthalb Wochen Bremer Streik für angebliche 18 % haben demnach nur die Bezirke Hamburg, Nordwestliches Niedersachsen und Schleswig-Holstein noch nicht mit 11 % abgeschlossen. Daß auch diese Bezirke keineswegs in den Kampf einbezogen werden sollen, stellte Otto vom Steeg vor 250 streikbereiten Vertrauensleuten der Kieler Howaldt-Werft klar, denen er zu erläutern versuchte: "Solidarität mit Bremen heißt abwarten."
Eine von allen Streikenden getragene, ernsthafte Forderung, hinter der sich die Bremer Metaller sammeln könnten, an der sie sich in den gerade jetzt wieder stattfindenden Schlichtungsmanövern orientieren könnten, gibt es in diesem Streik also nicht, und das ist seine entscheidende Schwäche. Die Ortsgruppe des KBW hat vergeblich versucht, eine Mindestforderung von 185 DM (= 18 % vom Ecklohn) ins Gespräch zu bringen und beschließen zu lassen. Zwar stieß die Forderung bei vielen Kollegen auf Zustimmung, was sich darin ausdrückte, daß sie sich auf einer entsprechenden Unterschriftenliste eintrugen, aber sie wurde in keinem gewerkschaftlichen Gremium und auf keiner Betriebsversammlung durchgekämpft und erfaßte so nicht die gesamten Belegschaften. Die Masse der Belegschaften um diese Forderung zu sammeln, ist uns nicht gelungen.

Wer über das Ziel des Kampfes verfügen kann, der hat die Führung im Kampf inne! – dieser Grundsatz gilt auch für den Metallarbeiter-Streik in Bremen. Und verfügen kann hier über das Ziel des Kampfes gegenwärtig ziemlich ungebrochen die SPD-Fraktion in der IG Metall. Nachdem es nicht gelungen ist, selbständige Forderungen durch die Masse der Kollegen zu beschließen, nachdem zugleich die Forderungen der großen Tarifkommission von der IG Metall als das behandelt worden sind, was sie schon immer waren: als Mittel der Täuschung und als Spielmaterial, werden jetzt die IG Metall-Führer jedes Ergebnis, das auch nur optisch über den 11 % liegt, als bedeutenden Sieg herauszustellen versuchen: Es wird von den Belegschaften an keinem einheitlichen Maßstab gemessen werden können und die Empörung darüber wird zunächst zersplittert und unorganisiert sein.
Man kann nicht um die Feststellung herum, daß die SPD-Fraktion in der IGM die Führung des Streiks von Anbeginn fest in der Hand hatte, das war die Organisierung des Streiks. Insbesondere hierauf und auf die Korrektur von Versäumnissen der IG Metall-Streikleitung konzentrierte sich in den ersten Tagen des Streiks die Aufmerksamkeit gerade der fortschrittlichen Kollegen. Dabei stellte sich allerdings schon schnell heraus, daß in einem Streik, den die Kollegen nicht selbst in der Hand haben und der kein eindeutiges Ziel hat alle Anstrengungen zur Organisierung nur mäßig erfolgreich sind: Zwar gelang es, alle bestreikten Betriebe auch tatsächlich stillzulegen; Streikbrüche von Arbeitern wurden überhaupt nicht bekannt; nur bei den Vereinigten Flugtechnischen Werken (zwei Drittel Angestellte, davon viele außertarifliche, die in den Streik nicht einbezogen waren) und beim Siemens-Hochhaus (Verwaltung, getrennt von den Produktionsstätten) kam es zu größeren und zum Teil erfolgreichen Streikbruchversuchen. – Aber es gelang auch nicht, größere Teile der Belegschaften **aktiv** in das Streikgeschehen einzubeziehen. Die Versuche, Mittwoch vor Streikbeginn Streikversammlungen vor den Werkstoren durchzuführen, scheiterten zumeist. Nach zwei Tagen unterblieben die Versammlungen auch beim Vulkan, wo sie vom selbständigen Streik im Sommer her in guter Erinnerung waren. Zum Zerfall der aktiven Beteiligung am Streik trägt weiter bei, daß die Gewerkschaftsführung ein außerordentlich zersplittertes Netz von Streiklokalen geschaffen hatte, um jede Konzentrierung bei den Werken zu vermeiden. Was die Organisierung des Streiks angeht, ist nach anderthalb Wochen Streik die Lage so, daß von den 56 000 Bremer Metallern noch maximal 1 500 den Streik aktiv tragen.

Das Zentrum der Streikaktivität lag bisher vor den Vereinigten Flugtechnischen Werken. Seit dem zweiten Streiktag fahren hier zusätzlich zu den Streikposten aus der Belegschaft regelmäßig Streikposten vom Vulkan und von der AG Weser Werft zur Verstärkung auf. Die Geschäftsleitung organisiert hier ständig Übergriffe auf die Streikposten. Ausgerüstet mit einer einstweiligen Verfügung, die es den Streikposten untersagt, "Arbeitswillige" anders denn durch gute Worte vom Streikbruch abzuhalten, und mit einer offiziellen Erklärung des IGM-Streikleiters, die das gleiche besagt, läßt hier die Geschäftsleitung allmorgendlich Angestelltenstoßtrupps aufmarschieren, die gegen die Ketten der Arbeiter anstürmen. Die meisten dieser Angestellten haben als Außertarifliche sowieso einen Ausweis, daß sie arbeiten dürfen, zeigen ihn aber nicht, sondern betreiben als Unternehmerstoßtrupp Streikbruch aus Prinzip. Die ständig etwa 250 Arbeiter vor dem Tor haben eine Sauwut auf das geschniegelte Pack. Unterstützung findet die Unternehmertruppe aber beim Betriebsratsvorsitzenden Hertling (IGM) und beim IGM-Ortssekretär Arno Weinkauf, die nicht müde werden, die Ketten der Kollegen aufzulösen und den Streikbrechern eine Gasse zu bahnen. Als ein Streikhelfer sich weigert, den Weg freizumachen, wird er von Hertling abgesetzt und muß Plakette und Helm rausgeben.
Am Freitag, dem 15.3., haben es die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer vollends geschafft: Die Verstärkung vom Vulkan und von der AG Weser wird abgezogen. Unter alle "Arbeitswillige" hat die IGM inzwischen reichlich Ausweise gestreut. Die Geschäftsleitung von VFW hat sich durchgesetzt. Die Auseinandersetzungen vor dem Tor werden jetzt nachlassen: Der letzte offene Brennpunkt des Streiks ist von der IGM durch Zugeständnisse an die Geschäftsleitung geschlossen worden.

Insgesamt ist es damit der IG Metall-Führung nach den ersten anderthalb Wochen gelungen, auch die Formen des Streiks wieder unter Kontrolle zu bringen und den Streik der Bremer Metallarbeiter im engen Rahmen des gesetzlich Erlaubten zu halten. Die Polizei, die sich in den ersten Tagen einige Male in Szene gesetzt hatte – vor dem Siemens-Werk hatte ein übermütiger Zivilpolizist sogar mit der Pistole gespielt – wurde in der folgenden Zeit strikt zurückgehalten. – Die Gerichte erließen die für die Kapitalisten so hilfreiche einstweilige Verfügung gegen die Streikposten. Aber die IG Metall organisierte nicht den Protest der Arbeiter gegen die Verfügung, sondern machte sich selbst zu ihrem Anwalt, womit die Justiz unmittelbar heraus war aus der Schußbahn. Die bürgerlichen Parteien haben weitgehend geschwiegen zum Streik. Bei der SPD sah es so aus, daß Bürgermeister und Senatoren den Mund hielten, während der Landesvorsitzende Brötchen an die Streikenden verteilte. Die DKP lieferte dazu warme Getränke.

In der Öffentlichkeit hat der Streik seit Montag, dem 11.3., nur noch begrenzte Aufmerksamkeit gefunden. Und wenn über ihn berichtet wurde, so zumeist im Hinblick auf die ab dem 13.3. laufende besondere Schlichtung. Wozu es nicht gekommen ist, das ist die Vertretung ihres Streiks in der Öffentlichkeit durch die kämpfenden Metallarbeiter selber. Eine geforderte Flugblattaktion der IG Metall an die Bremer Bevölkerung ist bisher nicht zustandegekommen. Einen Schritt unternommen in diese Richtung haben nur die Vulkan-Arbeiter in Bremen-Nord, die einen Aufruf der IG Metall zur Demonstration am 15.3. durchgesetzt haben, dem 5 000 bis 6 000 Kollegen gefolgt sind, darunter Delegationen verschiedener anderer Bremer Betriebe. Diese Demonstration mit ihrer starken Beteiligung stand indes unter demselben Vorzeichen, unter dem der gesamte Streik der Bremer Metallarbeiter steht: große Bereitschaft zum Kampf, weil die Lage der Arbeiter immer unerträglicher wird, aber kein klares Ziel, für das gekämpft wird.

Dieser Widerspruch kam während der Demonstration darin zum Ausdruck, daß trotz der großen Zahl die Stimmung ratlos blieb, und die SPD-ler, die auf der anschließenden Kundgebung das Wort führten, konnten nur müden Applaus gewinnen für ihr: "Wir kämpfen weiter, für mindestens 14 %!"

Die Ortsgruppe Bremen des KBW hat im Verlaufe des Streiks, aber auch schon während seiner Vorbereitung, den Fehler gemacht, nicht entschieden genug um dessen politische Führung zu kämpfen. Die meisten Genossen sind darin aufgegangen, die besten Organisatoren des Streiks zu sein, während die Versuche, politisch einen Schritt nach vorne zu tun, nur sehr zögernd und unentschlossen gemacht wurden. Dieser Fehler muß unbedingt überwunden werden. Denn schon heute ist abzusehen, daß auch die Bremer Metallarbeiter trotz ihres Streiks nicht besser dastehen werden nach der Tarifrunde als die Kollegen überall in Westdeutschland. Wollen sie auch nur einigermaßen ihr bisheriges Lebensniveau halten, so wird auch für sie schon bald die Notwendigkeit bestehen, selbständige Kämpfe auf der Ebene des Betriebs aufzunehmen unter Forderungen in Mark und Pfennig für alle gleich, die von allen beschlossen sind.

Noch gibt es in Bremen keinen Abschluß in der Metalltarifrunde. Der Abschluß, den die IG Metall ihren Mitgliedern schließlich vorlegt, wird aber erbärmlich sein. Das steht heute schon fest, und keiner, der vor der gezielten Niederlagenpolitik des IG Metall-Hauptvorstandes nicht die Augen verschlossen hat, wird das bestreiten. Wenn jetzt um irgendetwas zwischen 11 bis 14 % verhandelt wird, so kann darauf die Antwort in der Urabstimmung nur ein "Nein" sein, denn 11 bis 14 %, das sind 110 bis 140 DM brutto auf den Ecklohn, also erheblich weniger, als der unzulängliche ÖTV-Abschluß gebracht hat.
Und selbst wenn es dann nicht mehr gelingt, den Kampf unter einer einheitlichen, positiven Forderung unmittelbar fortzusetzen, so wird die Anzahl der "Nein"-Stimmen doch der Gradmesser sein für die Bereitschaft zur Aufnahme des selbständigen Kampfes.

OG Bremen

IGM-Führung setzt Streikposten ab

In diesem Bericht möchte ich schildern, was mir widerfahren ist, als ich das Recht auf freie Information und freie Meinungsäußerung benutzt habe.
Am Montag morgen (11.3.) um 5.30 Uhr erschien ich wie immer am Tor 1 bei Hanomag. Dort treffen sich alle Streikposten, um sich für den jeweiligen Tag einteilen zu lassen. Ich meldete mich bei Udo Richter (soviel ich weiß, Mitglied unserer Streikleitung, DKP-Mitglied und Betriebsrat Er hat mich am Freitag nachmittag im Streiklokal gefragt, wo ich denn meinen Helm und meine Plakette hätte. Auf meine Antwort, daß die Sachen bei mir zuhause sind, sagte er mir, daß ich Helm und Plakette am Montag morgen auf alle Fälle mitbringen solle.
Am Montag morgen sollte ich erfahren, was diese Fragerei zu bedeuten hatte. Udo Richter holte mich 5 bis 6 Meter hinter die Reihe der Kollegen, die auf Busse warteten. Sie sollten nach Alcan und NordMende fahren. Als wir allein waren, teilte Udo Richter mir mit, daß die Streikleitung beschlossen hätte, mich nicht mehr als Streikposten einzusetzen, da ich mich "freundschaftlich" mit Verteilern des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) unterhalten hätte.
Als ich meinen Protest gegen diese Maßnahme anmeldete und forderte, daß die anwesenden Kollegen über diese Angelegenheit entscheiden sollten, teilte er mir gleichzeitig mit, daß ich aus der IG Metall ausgeschlossen würde, wenn ich "Ärger machen" würde. Dann riß er mir den Helm vom Kopf und die Plakette von der Jacke und ließ mich stehen.
Zunächst war ich unsicher und wußte nicht, wie ich dieser Unverschämtheit begegnen sollte. Als dann die meisten Kollegen zu NordMende gingen, schloß ich mich ihnen an und unterrichtete sie über den Vorfall. Die Reaktion war einmal: "Damit will ich nichts zu tun haben, da kann man nichts machen." Viele Kollegen waren aber auch, genau wie ich, über diese Maßnahme empört. Da entschloß ich mich, morgen, Dienstag, von der Streikleitung Rechenschaft zu fordern und zwar vor allen Kollegen.
Kollegen, diese Gesinnungsschnüffelei ist nicht dazu geeignet, die Einheit unter den streikenden Metallern herzustellen. Es ist völlig gleichgültig, welche Weltanschauung ein Streikposten hat, solange er seine Pflicht tut und so zur Durchsetzung unserer Forderungen beiträgt. Ich bin nicht bereit, mir das Recht auf freie Information und freie Meinungsäußerung nehmen zu lassen. Weil man mir hier ein demokratisches Recht als Streikposten nehmen will, halte ich es für notwendig, daß dieser Vorfall öffentlich diskutiert wird. Deshalb schicke ich diesen Brief an die Streikleitung der IG Metall, an die SPD, Unterbezirk Bremen, an die DKP, Kreisvorstand Bremen und an den Kommunistischen Bund Westdeutschland, Ortsgruppe Bremen, mit der Bitte um Veröffentlichung.

Mit kollegialen Grüssen
Achim Raschke

VON VFW-BREMEN

Streikbrecher nach Speyer

Speyer. Die Gesamtgeschäftsleitung von VFW-Bremen ließ auf Firmenkosten eine Reihe von arbeitswütigen Streikbrechern zu uns nach Speyer transportieren (mit der Bundesbahn; Fahrpreis für jeden Streikbrecher etwa 150 DM).
Doch bei uns konnten diese Leute auch keinen Blumenstrauß gewinnen. Auch die Speyerer hätten ja nicht anders gehandelt als die Kollegen in Lemwerder, die mit einem halbstündigen Streik dafür sorgten, daß die aus Bremen zugereisten VFW-Streikbrecher nach Hause geschickt wurden. Deshalb genügte schon das Einschreiten des Betriebsrates, um die Streikbrecher wieder dahin zu schicken, wo sie hergekommen waren.

–Ortsaufbaugruppe Speyer–


Wie ein Dieb steigt ein Streikbrecher heimlich über den Fabrikzaun. Doch er wird nicht wie ein Dieb auf eigene Rechnung tätig, sondern als Knecht seines Kapitalisten im Prämienlohn. Viele werden auch von den Kapitalisten erpreßt, gute Streikposten sind eine Waffe dagegen. Die Arbeitgeberverbände raten den Kapitalisten, sich u.a. durch "Führung einer vollständigen Adressenkartei der Beschäftigten" (Handelsblatt 15./16. März) auf Streiks vorzubereiten. Weshalb, liegt auf der Hand: um sie gegebenenfalls erpressen, als Streikbrecher einsetzen zu können und so zu versuchen, die Kampfmoral der Arbeiter zu schwächen.

Mindestens 200 DM

IG CHEMIE MITGLIEDERVERSAMMLUNG FREIBURG

Freiburg. Auf der Mitgliederversammlung aller Freiburger Chemiebetriebe brachten etwa 120 Kolleginnen und Kollegen ihren Unmut über die augenblickliche Situation zum Ausdruck, und waren der Auffassung, daß die Tarifverhandlungen in diesem Jahr nicht wie üblich über die Bühne gezogen werden dürfen!

Mehrheitlich sprachen sie sich dafür aus, daß es gilt, Forderungen in Mark und Pfennig durchzusetzen. Die Gewerkschaftsführung sah in der aufkommenden Stimmung unter den Kollegen ihre Felle davonschwimmen. Nachdem ein Kollege vertrat, daß es richtig wäre, 250 DM für alle gleich zu fordern, war das Faß für diese Herren am Überlaufen. In demagogischer Art und Weise versuchten sie die Forderung nach 250 DM für alle gleich, die auch in der Betriebszeitung des KBW (dem "Klassenkampf für die Kollegen der Rhodiaceta") gefordert wurde, als "utopisch und unrealistisch" abzutun. Sie nahmen nicht inhaltlich zu dieser Forderung Stellung – konnten auch die Berechtigung dieser Forderung nicht abstreiten. Hetze und Unterstellungen waren das einzige, was sie dieser Forderung entgegenstellen konnten. Nach Meinung des sozialdemokratischen Ortssekretärs Lorenz dürfen nur Kollegen, die sich "auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung stellen", solche Leute, die den Kapitalismus befürworten, bei Tarifverhandlungen und Lohnkämpfen mitreden. Ihm und dem Verwaltungsstellenvorsitzenden Schnable ging es gar nicht mehr darum, berechtigte und notwendige Forderungen aufzustellen und gegen die Kapitalisten den einheitlichen Kampf zu organisieren. Alles abbiegen! das war ihre Parole. Obwohl viele Kollegen den Zweck dieser Hetze erkannten, gelang es keinem Versammlungsteilnehmer, diese Taktik zu entlarven und die Diskussion wieder auf die Forderung und auf Beschlüsse über deren Durchsetzung zu bringen.

Trotzdem zeigt die verabschiedete Forderung nach 200 DM mindestens, daß es den Sozialdemokraten nicht gelungen ist, ihre Linie ganz auf dieser Versammlung durchzusetzen!

—Betriebsaufbaugruppe Rhodia—

Alles wächst hier ins Gigantische – nur unsere Löhne bleiben unten.

IG Bergbau fordert 16%

RESOLUTION DER JUGENDVERTRETUNG VON RADBOD

Die IG Bergbau und Energie (IGBE) war mit den Kohlekapitalisten übereingekommen, die Tarife vorzeitig zum 31. April zu kündigen, um so den Druck der Bergleute nach einer sofortigen Lohnerhöhung abzufangen. In allen Schachtanlagen diskutieren die Kollegen, wie die Forderung aussehen muß, die von der Gewerkschaft aufzustellen ist. Die Jugendvertretung der Schachtanlage Radbod hat am 7. März die folgende Resolution einstimmig beschlossen, die wir unten abdrucken. Inzwischen hat die Tarifkommission der IGBE 16 % als Forderung beschlossen, eine Forderung, die in keinem Bezug steht zu den Diskussionen auf den Schachtanlagen.

"Die Jugendvertretung der Schachtanlage Radbod verfaßte am 7. März einstimmig folgende Resolution zu den Forderungen bei den anstehenden Tarifverhandlungen:

"Die Jugendvertretung der Schachtanlage Radbod ist der Meinung, daß die Tarifforderung der IG Bergbau und Energie sich in keiner Weise an der wirtschaftlichen Lage der RAG orientieren darf. Sie muß sich demgegenüber orientieren an den Arbeits- und Lebensbedingungen der Bergarbeiter. Beides ist nicht miteinander zu vereinbaren.

Es sind besonders hervorzuheben: die enormen Preissteigerungen des letzten Jahres, die zu erwartenden und von der Regierung schon angekündigten Preissteigerungen und die überaus harte und gefährliche Arbeit des Bergmanns. Weiterhin wenden wir uns scharf gegen eine prozentuale Lohnerhöhung. Für alle Arbeiter steigen die Preise gleich schnell! Weswegen soll dann derjenige, der schon am wenigsten verdient, eine geringere Lohnerhöhung bekommen? Dazu, spalten prozentuale Lohnforderungen die Arbeiter, lineare Lohnforderungen aber erleichtern den geschlossenen Tarifkampf. Aus diesen Gründen treten wir für folgende Forderungen ein:

12 DM pro Schicht mehr für alle Arbeiter, 260 DM für alle Angestellten;
Verdopplung der Nachtschichtzulage;
Erhöhung des Urlaubsgeldes auf 1 000 DM für alle;
260 DM mehr für Lehrlinge – mindestens aber 600 DM im Monat;
Abschaffung aller Altersabschläge für Jugendliche;
Laufzeit 9 Monate!

Daneben halten wir die Urabstimmung über das Ergebnis durch die Mitglieder der IG Bergbau und Energie für notwendig."

Die Resolution wurde an den Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie weitergeleitet.

FORDERUNGEN DER IG–CHEMIE–VERTRAUENSLEUTE IN HESSEN

Die Vertrauensleute folgender chemischer Betriebe in Hessen haben für die Tarifrunde Forderungen aufgestellt:

- Frankfurt/M: Casella 16 % / 150 DM mindestens
- Degussa II 6 % + 150 DM oder 18 % und 200 DM mindestens
- Frankfurt/M Hoechst: 15 %; die Abstimmung war 181 zu 61
- Offenbach 150 DM + 5 %
- Kassel 15 %, mindestens 170 DM
- Hanau 18 %, mindestens 200 DM
- Wetzlar Metzeler 15 %, mindestens 195 DM
- Ticona: Sockel + Prozentforderung (Tagschicht) Nachtschicht: 250 DM für alle gleich
- Câltex: 14 %, mindestens 180 DM

ARBEITSNIEDERLEGUNG FÜR MEHR LOHN IM CHEMIEWERK TEROSON HEIDELBERG

Am Dienstag, 26. Februar, legten die Kollegen von der Früh- und Mittelschicht in der Mischerei 6 die Arbeit nieder. Damit versuchten die Kollegen, ihre Forderung nach sofortiger Lohnerhöhung zu unterstreichen. In der Mischerei 6 ist die Arbeit eine der dreckigsten und gefährlichsten im Werk und mit am schlechtesten bezahlt. Von der Geschäftsleitung wurden die Kollegen mit dem Argument zur "Ordnung" gerufen: In zwei Monaten sei sowieso Tarifverhandlung, und dann könnten sie speziell berücksichtigt werden.

Umso mehr gilt es jetzt, im Betrieb eine Forderung aufzustellen wie die 250 DM für alle der Darmstädter Vertrauensleute und sie in der Gewerkschaft durchzusetzen.

—Zelle Chemie der Ortsgruppe Heidelberg—

Metaller demonstrieren

8 000 Bremer Metaller demonstrierten am 15. März durch Bremen-Nord, um ihre Forderungen in die Bevölkerung zu tragen. Vorweg wurde ein Transparent "Gegen Lohnabbau und Preistreiberei den einheitlichen Lohnkampf" getragen, womit die Metaller ihre Entschlossenheit in diesem Kampf zum Ausdruck brachten. Auf der Kundgebung sprach der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Arno Weinkauf, der für seine Rede kaum Beifall bekam. Kein Wunder, wenn er mit keinem Wort die Schlichtung erwähnte und was sie bedeutet. Zu offensichtlich war für viele Kollegen das Eingehen der Gewerkschaftsführer auf die besondere Schlichtung. Die örtliche Tarifkommission, der Vertrauensleutekörper des Bremer Vulkan und viele Kollegen in den Betrieben haben die Schlichtung erkannt als das, was sie ist, ein Manöver der Kapitalisten, um die Metaller in die Knie zu zwingen. Und bei diesem Manöver macht die Gewerkschaftsführung mit und fällt den kämpfenden Kollegen in den Rücken. Gegen jede Abwiegelei und Schlichtungsbetrug stellten sie "Für eine einheitliche Forderung – 185 Mark mindestens". Weiter wurden in der Demonstration Transparente für kampfstarke Gewerkschaften und gegen die von den Metallkapitalisten eingebrachten einstweiligen Verfügungen getragen unter der Parole "Weg mit den einstweiligen Verfügungen – Für uneingeschränktes Streikrecht!".

Am gleichen Tag führten auch die Metall-Kollegen in Norden einen kurzen Streik durch und demonstrierten in einem Protestzug durch die Stadt.

HBV-Kollegen gegen Angebot der Einzelhändler

Karlsruhe. Auf Beschluß der großen Tarifkommission führte die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) am Samstag, 16.3., eine kurze Kundgebung mit anschließender Demonstration durch, an der rund 300 Kollegen teilnahmen. Die Kundgebung stand unter der verwaschenen Parole: "Gegen das Verhalten der Einzelhändler in der Tarifrunde 1974 und für gerechte Gehälter und Löhne im Einzelhandel". Die Löhne und Gehälter im Einzelhandel liegen rund 30 % unter den Tarifen der IG Metall. Die Unzufriedenheit der Kollegen ist daher sehr groß.

Wie üblich versuchen auch hier die SPD-ler in der Gewerkschaftsführung der Bewegung die Stoßkraft zu nehmen. Hier tun sie das, indem sie gar keine Forderungen aufstellen, sondern sich nur gegen das 10 %-Angebot wenden. Was im Einzelhandel aber notwendig wäre, ist zunächst eine Vorweganhebung, die die unterschiedlichen innerbetrieblichen Sonderleistungen abdeckt und darauf aufbauend eine einheitliche Festgeldforderung für alle gleich, die mindestens bei 200 DM liegen muß. Nur mit einer solchen Forderung kann die Unzufriedenheit der Kollegen eine klare Stoßrichtung bekommen.

—OAG Karlsruhe—

Bankkapitalisten wollen Lohndiktat

Die Tarifverhandlungen im privaten Bankgewerbe wurden am 1. März von Seiten des Arbeitgeberverbandes abgebrochen.

Die Gewerkschaft HBV forderte 10 % und einen zusätzlichen Sockelbetrag von 70 DM im Monat, was in der gegenwärtigen Situation zweifellos unzureichend ist. Das "letzte Angebot" der Arbeitgeber heißt 11 %, mindestens jedoch 140 DM. Sie kündigten an, diese Erhöhung bereits im März an die Kollegen auszahlen zu lassen, um, wie es heißt, "die Angestellten nicht länger warten zu lassen".

Was bedeutet das? Die Bankkapitalisten verfügen die Lohnerhöhung und diktieren den realen Lohnabbau. Wenn die Finanzbosse so die Tarifverhandlungen abbrechen, so deshalb, weil sie erwarten, daß die Gewerkschaftsführung ihr Angebot tatsächlich hinnehmen wird. Mit der Auszahlung der "Lohnerhöhung" im März wollen die Bankkapitalisten erreichen, daß ein Großteil der Kollegen nicht bereit ist zu streiken.

Die Kampfbereitschaft der Kollegen zu schwächen und Kampfmaßnahmen zu verhindern, das scheint auch das Ziel der Gewerkschaftsführung zu sein, denn bis jetzt hat sie noch nichts unternommen. Die einzige richtige Forderung kann nur sein:

Sofortige Urabstimmung und Streik!

HBV-Zelle Heidelberg

VERTRAUENSLEUTE VON GLASURIT

15% – 190 DM mindestens

Hiltrup/Westfalen. Am 15.3. tagt die Große Tarifkommission der IG-Chemie für den Bezirk Westfalen. Der laufende Tarif wird zum 30.4. gekündigt. Am 6. 3. fand in Hiltrup aus diesem Anlaß eine Vertrauensleutesitzung von Glasurit BASF/Farben und Faser statt. Im Beisein von Betriebsratsmitgliedern der "Sauerstoffwerke Westfalen" und von "Amstrong Cork International" in Münster wurden 15 % bei 190 DM mindestens beschlossen. Für diese Forderung stimmte auch der Delegierte für die Tarifkommission aus dem Verwaltungsbe zirk Münster/Hilturp, der Kollege Günther Hoge von Glasurit.

Es hat auf der Vertrauensleutesitzung zwei Anträge für eine Forderung in Mark und Pfennig gegeben, der eine mit 190 DM, der andere mit 250 DM. Ein Genosse der Kommunistischen Gruppe Münster forderte 250 DM, er war aber nicht antragsberechtigt, da nur Vertrauensleute Anträge stellen durften. Es gelang nicht, zu einer einheitlichen Forderung in Mark und Pfennig zu kommen – für die zur Abstimmung gestellten 200 DM fand sich schließlich keine Stimme mehr. Wenn sich alle, die in der Diskussion für eine Mark und Pfennig Forderung eintraten, geeinigt hätten, 5 bis 6 Kollegen hätten dafür gestimmt. So hat es 25 Stimmen für 15 % bei 190 DM mindestens gegeben. Zurückgewiesen wurde auch ein Antrag auf 130 DM und 8 %. Er fand nur 4 oder 5 Stimmen. (2 davon stammten von Berthold Schulte und Willi Knispel, 2 freigestellten Betriebsräten von Glasurit in Hiltrup.)

Ede Gorall, ein Vertreter der IG-Chemie-Führung aus Dortmund, gab in der Diskussion zu bedenken, daß es auch höhere Angestellte (K1-4, T1-4 und M1-4) gebe, diese müßten bei der Forderung berücksichtigt werden. Kollegen in den Leichtlohngruppen gebe es 1975 sowieso nicht mehr. Die gemischte Forderung zeigt, daß es der Gewerkschaftsführung bei Glasurit noch einmal gelungen ist, Verwirrung zu stiften. Die 190 DM mindestens zeigen aber, daß es ihr nicht mehr so leicht gelingt, das Geschäft der Kapitalisten zu betreiben.

Aufbauzelle Glasurit der KG Münster/ Sympathisanten des KBW

IG DRUCK KÖLN GEGEN 15%

Köln, 9.3. Auf der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins der IG Druck und Papier fielen bei der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftstag die alten Rechten Rieschik (Mitglied der Tarifkommission und Vorsitzender des alten OV-Vorstandes) und Döppner durch.

Stattdessen wurde mit großer Mehrheit der Kollege Kleinert, dju-Vorsitzender, gewählt, der beim Gewerkschaftstag gegen Eugen Stotz, den verantwortlichen Redakteur des Zentralorgans "druck und papier", kandidieren wird. Stotz kämpft als reaktionärer Vorreiter gegen jede fortschrittliche Entwicklung in der IG Druck. Durch seine Unterdrückung und Verfälschung der Diskussion in der IG Druck hat er sich in weiten Teilen der Mitglieder verhaßt gemacht.

Nach scharfer Diskussion, in der die Ablehnung, der 15 % Forderung, die die Tarifkommission aufgestellt hatte, gefordert wurde, wurde ohne Gegenstimme folgende Resolution verabschiedet:

"Die Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Köln der IG Druck und Papier weist die 15 % Forderung der Großen Tarifkommission zurück und fordert sie auf, in Zukunft nur noch Forderungen in Mark und Pfennig aufzustellen."

—KBW-Druckzelle Köln—

Versicherungs-Angestellte nehmen Lohnkampf auf

Köln. Noch vor wenigen Jahren waren die meisten Versicherungsangestellten der Meinung, daß Rationalisierungen, Leistungskontrollen und Entlassungen bei ihnen nicht möglich wären. Inzwischen hat sich das Bild gewaltig geändert.

Die Angestellten nahmen den Lohnkampf auf. Sie sind kampfbereit, was sich z.B. auf einer Mitgliederversammlung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) kürzlich zeigte. Dort wurden 250 DM mehr für alle gleich im Monat als Tarifforderung erhoben und nur mit knapper Mühe durch den Vorstand abgeschmettert.

Bei der **Colonia Versicherung** hat man begonnen, in großem Umfang Arbeitskräfte einzusparen. Durch "natürlichen Abgang" (Kündigung durch die Kollegen, Pensionierung, Tod) sollen im Laufe der nächsten drei Jahre insgesamt 350 Arbeitsplätze eingespart werden. Eingestellt wird so gut wie keiner. Allerdings – vor kurzem war eine Stellenanzeige der Colonia im Kölner Stadtanzeiger. Gesucht wird ein Betriebswirt, der sich mit Arbeitsoptimierung und Rationalisierung beschäftigen soll.

Das Beispiel zeigt, daß Angestellte keine besondere Stellung einnehmen und genauso ausgebeutet werden wie die Arbeiter. Bisher waren sich dessen aber nur wenige bewußt.

—KBW Versicherungszelle Köln—

Gewerkschaftshaus für Lehrlinge verboten

POLIZEI, JUSTIZ UND GEWERKSCHAFTS-FÜHRUNG GEMEINSAM GEGEN JUGENDLICHE

Kiel. Mit brutaler Gewalt räumte Bereitschaftspolizei den Gerichtssaal im Kieler Strafjustizgebäude. Der Prozeß richtete sich gegen drei Lehrlinge, die sich zusammen mit etwa 80 Kollegen im April 1973 im Gewerkschaftshaus versammelt hatten, obwohl die örtliche IGM-Führung ihnen das verboten hatte. Ankläger war die Gewerkschaftsführung.

Zu der Aktion im Gewerkschaftshaus hatte der Ortsjugendausschuß der IG Metall aufgerufen, weil die örtliche IGM-Führung die Jugendarbeit in den Jugendbetriebsgruppen boykottierte. Die IGM-Führung wollte Ende 1972 für die Jugendbetriebsgruppen neue Richtlinien erarbeiten, da "die Jugendbetriebsgruppen und der Ortsjugendausschuß von Linksradikalen unterwandert seien". (Jugendsekretär Hamann in der ersten Verhandlung) Bis dahin durften die Jugendlichen die Räume im Wilhelm-Leuschner-Heim nicht benutzen. Die Jugendarbeit war von oben für 3 Monate lahmgelegt. Die Antwort der Lehrlinge und Jungarbeiter war dann die Versammlung im Gewerkschaftshaus. Im Haus stellten sie den DGB-Kreisvorsitzenden Kuster zur Rede. Dieser konnte ihren Argumenten nichts entgegensetzen, wurde unsicher und rief die Polizei (die er vorher schon benachrichtigt hatte und die durch Zivilbeamte schon im Hause war).

Als die Polizei kam, verließen die Lehrlinge das Haus. Der DGB-Führer Kuster stellte Strafanzeige gegen drei Lehrlinge, die er aus den 80 herausgegriffen hatte, weil sie ihm als Kommunisten bekannt waren. Die Anklage lautete auf Nötigung (Bedrohung und tätlicher Angriff auf Kuster) und Hausfriedensbruch. Die Anklage wegen Nötigung mußte schon in der ersten Instanz fallengelassen werden, weil Zeugenaussagen Kuster deutlich widerlegten. Blieb also nur noch der Vorwurf des Hausfriedensbruches. Der Polizeieinsatz konnte nur damit begründet werden, daß die Jugendlichen das Gewerkschaftshaus "auseinandernehmen" wollte. Was für ein Unsinn, wenn man sich überlegt, daß die Lehrlinge gekommen waren, weil sie ihr Gewerkschaftshaus für die Jugendarbeit benutzen wollten! Warum sollten sie es also zerstören?

DER PROZESS IST EIN SCHLAG GEGEN DIE GEWERKSCHAFTLICHE JUGENDBEWEGUNG

Konnte also von einem Angriff auf Personen oder Sachen in der Anklage keine Rede sein, so schälte sich die politische Auseinandersetzung, die tatsächlich zur Verhandlung stand, immer deutlicher heraus: es ging in diesem Prozeß um den Versuch der örtlichen Gewerkschaftsführung, die Jugendbewegung in Kiel abzuwürgen. Denn gerade die Jugendlichen haben in Kiel in der letzten Zeit viel Kopfzerbrechen bereitet. Eine breite Bewegung war entstanden zur Lehrmittelfreiheit an den Berufsschulen; die Jugendbetriebsgruppen und andere gewerkschaftliche Gremien wie Ortsjugendausschuß und Kreisjugendausschuß diskutierten die anstehenden Lohnforderungen und beschlossen eigene Forderungen. Der vorläufige Höhepunkt der Arbeiterjugendbewegung in Kiel war dann der Lehrlingsstreik, der sich insbesondere auch gegen den Verrat der Großen Tarifkommission in den Tarifverhandlungen 1972 richtete.

Daß die Gewerkschaftsführung bei ihrem Vorgehen gegen die aktive Gewerkschaftsbewegung vor keinem Mittel zurückschreckt, mit dem Staatsapparat und der Klassenjustiz eng zusammenarbeitet, das hat dieser Prozeß gezeigt. DGB-Führer Kuster steht als Lügner da, der Prozeß offenbart sich als ein Schlag gegen die aufkommende Arbeiterbewegung, der Ankläger ist zum Angeklagten geworden – das war die Bilanz nach der ersten Verhandlung. Das Urteil: Geldstrafen zwischen 70 und 100 DM wegen Hausfriedensbruch, Freispruch in der Anklage der Nötigung.

IN DER BERUFUNGSVERHANDLUNG: KNÜPPEL FREI!

Eine solche Schlappe wollten Klassenjustiz und Gewerkschaftsführung in der Berufungsverhandlung nicht noch einmal einstecken. Sie wollten verhindern, daß auch die zweite Instanz zu einem Tribunal gegen die arbeiterfeindliche Allianz von Gewerkschaftsführung, Klassenjustiz und Staatsapparat wird.

Schon zu Beginn der Verhandlung versuchte der Richter deshalb; durch unwesentliche Fragen wie: "Wie hoch ist Ihr Sold? ", "Sind Ihre Eltern geschieden? " vom eindeutig politischen Charakter des Prozesses ablenken. Die Angeklagten wiesen diese Fragen zurück; die Zuschauer waren über die Taktik des Gerichts ebenfalls empört. Als einzelne Zwischenrufe aus dem Zuschauerraum kamen, fragte der Richter den Staatsanwalt, ob er nicht einen Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit stellen wolle. Der Staatsanwalt verneinte das zu dem Zeitpunkt; selbst ihm erschienen die Zwischenrufe nicht als besonders störend.

Das alles war nur Vorspiel. Als das "Hohe" Gericht sich kurz danach über einen Beweisantrag des Verteidigers zur Beratung zurückzog, fuhren drei Mannschaftswagen Bereitschaftspolizei vor. Polizei marschierte im ganzen Gerichtsgebäude auf. Nach der Beratungspause teilte der Richter den Beschluß des Gerichtes mit, die Öffentlichkeit auszuschließen. Ohne vorherigen Antrag, ohne Begründung und ohne, daß der Verteidiger etwas dagegen sagen konnte. Sofort stürmten 30 bis 40 Polizisten in den Saal, trennten die Zuschauer von den Angeklagten und begannen, die Zuschauer aus dem Saal zu prügeln. Dann die enge Treppe hinunter, und schließlich durch die noch engere Tür nach draußen. Ein Mädchen wurde so schwer getroffen, daß sie einen Schock erlitt und abtransportiert werden mußte. Aber auch das genügte der Polizei noch nicht: vor dem Gerichtsgebäude bildete sie Greiftrupps, die einige Zuschauer bis zur nächsten Straßenkreuzung verfolgten. Die Verhandlung wurde so vollends zur Farce. Wie infaschistischen Staaten wurde sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit, aber mit Polizeibewachung fortgesetzt; selbst zur Toilette durften die Angeklagten nur unter scharfer Polizeibewachung. Am Ende wurde das Urteil aus der ersten Instanz bestätigt.

Insgesamt zeigt dieser Prozeß, daß die Klassenjustiz in Kiel in Zukunft offenbar plant, alle für sie unangenehmen politischen Prozesse unter dem Vorwand von Störern hinter verschlossenen Türen durchzuführen. Er zeigt weiter, wie gut das Zusammenspiel von Polizei und Justiz klappt, und mit welchen brutalen Mitteln der Staat heute schon gegen fortschrittliche Kräfte vorgeht. Der staatliche Unterdrückungsapparat wird nicht nur immer weiter ausgebaut, er wird jetzt auch immer häufiger direkt gegen die Arbeiterbewegung und gegen die Volksmassen eingesetzt.

Ausschlüsse aus ÖTV

WENIGE TAGE SPÄTER ZUR BUNDESWEHR

Wiesbaden. Auf der Sitzung des ÖTV-Kreisvorstandes vom 14. Februar wurde gegen die Kollegen Zettlitz, Personalrat, Riedel und Romig, beide Jugendvertreter und Mitglieder des ÖTV-Kreisjugendausschusses, sowie gegen die Kollegen Schmelzenbach und die Kollegin Wüstemann, beide ebenfalls Mitglieder des ÖTV-Kreisjugendausschusses, Ausschlußanträge aus der ÖTV gestellt. Dies wurde den Kollegen ohne Angabe von Gründen mitgeteilt.

Am Nachmittag des 14. Februar wurde auf einer gewerkschaftlichen Jugendmitgliederversammlung den Kollegen Roland Riedel und Brigitte Wüstemann mit dem Hinweis auf das Ausschlußverfahren eine Kandidatur auf der ÖTV-Liste für die Jugendvertreterwahl bei der Stadtverwaltung von ÖTV-Kreisgeschäftsführer Panek verwehrt. Kollege Riedel, der schon vorher Jugendvertreter war, bekam, nachdem die alte Jugendvertretung zurückgetreten war, sofort die Einberufung zur Bundeswehr. Auf dem Kreiswehrersatzamt wußte man genau, daß Roland Riedel kein Jugendvertreter mehr war.

Die Ausschlüsse sind das letzte Mittel, wenn die Gewerkschaftsführung nicht mehr weiter weiß. In der Ausschlußbegründung steht, die Ausschlüsse wären im Interesse der Mitglieder, ohne daß nur eine einzige Versammlung der Betriebsgruppen einberufen und nach ihrer Meinung gefragt wurde. Weiter wird darin die Forderung nach einer Personalversammlung, auf der über eine Teuerungszulage diskutiert werden sollte und die von 970 Kollegen unterstützt wurde, als gewerkschaftsschädigend bezeichnet. Den 5 Kollegen wird vorgeworfen, sich als Initiatoren der Unterschriftensammlung gegen einen Beschluß des Hauptvorstandes gestellt zu haben, weil eine Teuerungszulage nicht von der ÖTV gefordert wurde. Weiter wird noch die Kritik an Personalräten und ÖTV-Funktionären als Hetze gegen die ÖTV bezeichnet. Hinzu kommt der Verkauf der Kommunistischen Volkszeitung und die Teilnahme an der Demonstration der Ortsaufbaugruppe gegen die Fahrpreiserhöhungen bei den Stadtwerken, denen die ÖTV-Kreisvorstandsmitglieder Schulze und Wolpert im Aufsichtsrat der Stadtwerke zugestimmt hatten. Sehr deutlich ist also, warum die SPD-Gewerkschaftsführung zu den Ausschlüssen greift und wozu die Unvereinbarkeitsbeschlüsse da sind, nämlich aus den Einheitsgewerkschaften SPD-Richtungsgewerkschaften zu machen und jede fortschrittliche Bewegung zu unterdrücken.

Eins ist klar: Der Kampf gegen diese Maßnahmen muß zugleich ein Kampf für kampfstarke und klassenbewußte Gewerkschaften sein.

Zelle Stadtverwaltung
Ortsaufbaugruppe Wiesbaden

JUGENDARBEITSSCHUTZGESETZ DER BUNDESREGIERUNG

Gummiparagraphen und Ausnahmebestimmungen

"Wesentliche Verbesserungen für die im Arbeitsprozess stehenden Jugendlichen!" so lautet die Ankündigung, mit der die Bundesregierung Ende Februar einen Entwurf für ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz veröffentlicht hat, der bald im Bundestag verabschiedet werden soll. Er entspricht weitgehend dem Referentenentwurf des Arbeits- und Sozialministerium vom letzten Sommer. Auch der Entwurf der CDU unterscheidet sich nicht groß davon.

Was bringt der Entwurf der SPD/FDP-Regierung? Er hält nicht, was versprochen wird:

All die GUMMIPARAGRAPHEN und AUSNAHMEBESTIMMUNGEN im alten Gesetz von 1960 sollen wenig verändert bleiben. Zum Beispiel das VERBOT DER NACHT-, SONNTAGS-, FEIERTAGS-, AKKORD- und FLIESSBANDARBEIT soll erneut durch Einschränkungen wirkungslos gemacht werden. Beispiel: NACHTARBEIT: Nach dem Entwurf dürfen Jugendliche nur von 7 Uhr bis 20 Uhr beschäftigt werden. Jugendliche über 16 dürfen aber doch nachts arbeiten. Wo? In Gaststätten, Konditoreien, Bäckereien, bei der Post, in der Landwirtschaft u. a. Genau dort also, wo die Kapitalisten ein ausgeprägtes Interesse an Nachtarbeit von Jugendlichen haben.

Bei dem ständigen steigenden Arbeitstempo und dem besonderen Schutzbedürfnis der jugendlichen Arbeitskraft ist schon längst eine Verkürzung des ARBEITSTAGES und eine erhebliche Verlängerung des URLAUBS notwendig. Die Regierung dagegen plant die Beibehaltung des 8-Stundentages. Lediglich die bisher 44 Stunden wöchentlich sollen auf 40 verkürzt werden, in der Landwirtschaft darf bei der Ernte 42 Stunden gearbeitet werden. Der JAHRESURLAUB soll für 17-Jährige ganze 25 Tage betragen. Wer 16 ist, soll 27 Tage kriegen und nur für 15-Jährige erhöht sich nach dem Entwurf der Urlaub von bisher 24 Tage auf 30 Tage.

BERUFSSCHULTAGE sind nach dem Willen der Regierung weiterhin keine arbeitsfreien Tage. Nur soll die Freistellung von der Arbeit statt bisher ab 6 Stunden Schule nun ab 5 Stunden gelten!

Selbst Verschlechterungen gegenüber dem Gesetz von 1960 sind vorgesehen, so bei der AKKORDARBEIT! Bisher hieß es: Akkordarbeit ist möglich, wenn sie nicht gesundheitsschädigend ist. Als ob es eine solche Akkordarbeit geben würde. Jetzt soll noch hinzukommen: Akkordarbeit ist auch dann nicht verboten, "wenn es die Berufsausbildung erfordert".

Man kann diesen Entwurf drehen und wenden wie man will. Überall kleine Tropfen, Schönheitskorrekturen, ein bürgerliches Gesetz: Gesetze für den Arbeiter, die sind streng und ihre Übertretung wird unnachgiebig bestraft, Gesetze, die die Kapitalisten zu etwas verpflichten, sind dagegen großzügig und lassen viel Spielraum. Daran wird auch die geplante Ausweitung der JUGENDARBEITSSCHUTZGESETZAUSSCHÜSSE, die nun auf örtlicher Ebene eingerichtet werden sollen und die Ausweitung des BUSSGELDRAHMENS von 5 000 auf 20 000 DM nichts ändern. In den Ausschüssen sitzen Vertreter der Gewerkschaft und der Kapitalisten, dazu Ärzte, Lehrer usw. auch ein paar Lehrlinge, die nur nach den Gummiparagraphen urteilen dürfen und darüber folgenlose Streitereien austragen werden.

WAS MUSS DEMGEGENÜBER GESCHEHEN?

Der 5. Entwurf des DGB zum Jugendarbeitsschutz, der seit etwa einem Jahr vorliegt, geht mit Forderungen, daß Berufsschultage arbeitsfreie Tage sein sollen, daß die Ausnahmebestimmungen wegfallen sollen u. a. über den Regierungsentwurf hinaus. Doch nicht bloß einmal, sondern immer häufiger ist Kritik an diesem Entwurf aufgekommen. So heißt es z. B. in einer Entschließung, die von einer Ortsjugendversammlung der IG DruPa in Mannheim verabschiedet wurde: "Uns ist ... unverständlich, warum nicht der Wegfall der Notfallparagraphen gefordert wird, mit dem viele Schutzregelungen außer Kraft gesetzt werden können. Uns ist unverständlich, warum lediglich eine Arbeitszeitverkürzung auf 8 Stunden und 40 Stunden in der Woche gefordert werden, wo erwiesen ist, daß 8 Stunden auch bei Anrechnung der Ruhepausen nicht spurlos an der Gesundheit vorbeigehen. Ebenfalls ungenügend ist die Forderung nach 6 Wochen Urlaub, wenn man bedenkt, daß man für Schüler 12 Wochen im Jahr für nötig hält. Nicht zu akzeptieren ist auch, warum ausgerechnet durch eine bessere Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber und Mitbestimmung in Ausschüssen eine wirksamere Kontrolle der Bestimmungen möglich sein soll, wo das Bestreben der Arbeitgeber doch nur auf den Gewinn ausgerichtet ist."

Als 1960 die bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterjugend das reaktionäre Jugendarbeitsschutzgesetz durchsetzten, verließ ein Bundestagsabgeordneter ein öffentliches Forum des Bundesjugendringes mit den Worten: "Diskutiert doch allein – der Bundestag wird das Gesetz verabschieden". Aber dennoch 2 Tage vor der Verabschiedung gingen Tausende von Jugendlichen gegen das geplante Gesetz auf die Straße, in Duisburg z. B. allein 8 000. Nichts anderes ist auch heute das Richtige. An einigen Orten sind solche Kampfaktionen bereits ins Auge gefaßt. Regionale und zentrale Demonstrationen der Gewerkschaftsjugend zum Zeitpunkt der Verabschiedung werden z. B. auch in Anträgen an die Bundesjugendkongresse der IG DruPa und der IG Metall gefordert. Wo man auf diesen Gedanken noch nicht gekommen ist, muß man ihn aufnehmen und verbreiten.

Wir Kommunisten lehnen solche Reformpläne, die auf eine Forderung der Zusammenarbeit mit den Ausbeutern hinauslaufen, ab. Dagegen kämpfen wir nur für solche Reformen, für eine solche Besserung der Lage der Arbeiterklasse wie es im Programm des KBW heißt, "die ihre Fähigkeit, den Klassenkampf zu führen, (erhöhen)." Deshalb vertritt der KOMMUNISTISCHE BUND WESTDEUTSCHLAND im Kampf gegen das reaktionäre Jugendarbeiterschutzgesetz von 1960 und seine Neuauflage folgende Forderungen:

Generelles Verbot von Kinderarbeit!
Verbot der Nacht- und Schichtarbeit für Jugendliche!
Verbot der Sonntags- und Feiertagsarbeit!
Verbot der Akkord- und Fließbandarbeit!
Weg mit dem Notfallparagraphen aus dem Jugendarbeitsschutzgesetz!
7-Stunden-Tag!
6-Stunden-Tag und 5-Tage-Woche für Jugendliche!
8 Wochen bezahlter Urlaub im Jahr!
Berufsschultage sind generell arbeitsfreie Tage!
Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen in gesundheitsschädlichen Gewerben!
Verbot von Arbeiten, die für die Jugend gesundheitsschädigend und zu schwer sind!
Formulierung eines eindeutigen Katalogs!
Umfassender und arbeitsbegleitender Gesundheitsschutz!
Gesundheitsuntersuchungen mindestens alle 6 Monate, Finanzierung des Gesundheitsschutzes durch die Kapitalisten bzw. durch den Staat!
Kontrolle über die Sicherheit der Jugendlichen und die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch den Betriebs- und Personalrat sowie die Jugendvertretung!
Überbetriebliche Überwachung des Jugendarbeitsschutzgesetzes ausschließlich durch die Gewerkschaften!
Auswahl und Einstellung des gesamten Sicherheits-, Ärzte- und Sanitätspersonals durch den Betriebsrat, Personalrat und die Jugendvertretung!

Jugendzentrum nimmt am Fastnachtsumzug teil

FORCHHEIMER JUGENDLICHE FORDERN WEITERE RÄUME



Die Jugendlichen bei dem Fastnachtsumzug

Forchheim. Das Jugendzentrum Forchheim beteiligte sich am diesjährigen Fastnachtsumzug nicht nur wegen des "Vergnügens", sondern auch um die Zuschauer zu informieren, denn es gibt noch immer Leute in Forchheim (Gemeinde mit 8 000 Einwohnern), die nicht wissen, daß es dort ein provisorisches Jugendzentrum in Selbstverwaltung gibt.

Die Jugendlichen haben seit einem Jahr ein Klassenzimmer einer unbenutzten alten Schule zur Verfügung gestellt bekommen. Gerade Fastnacht bietet eine gute Gelegenheit, den Kontakt zur Bevölkerung aufzunehmen, denn viele politische Gruppen, das Jugendzentrum versteht sich als eine solche, haben es schwer, mit der Bevölkerung in Kontakt zu kommen. Da die Forderung des Jugendzentrums nach weiteren Räumen in der alten Schule abgelehnt wurde, wollten die Jugendlichen für den Umzug symbolisch das Verhältnis der Gemeindeverwaltung zu den Jugendlichen, und somit deren Situation, aufzeigen.

Ihre Parole war: "Für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung". Die Gemeinderäte mit Frack und Zylinder stürmten auf die Jugendlichen und schlugen mit Schaumgummihämmer auf sie ein.

Das Thema kam bei der Bevölkerung gut an und dieses Beispiel zeigt, daß man Fastnacht als Möglichkeit nutzen soll, um seine Ziele in der Bevölkerung darzustellen.

Gerade um demokratische Forderungen durchzusetzen, muß man in besseren Kontakt mit der Bevölkerung treten.

–Kb, Forchheim–

300 DM Rente

Die Kollegin ist 64 Jahre alt und arbeitet als Näherin in einer großen Schneiderei. Im Januar dieses Jahres hat sie einen Rentenantrag gestellt.

Wovon leben Sie zur Zeit?
Ich arbeite noch 20 Stunden in der Woche und verdiene damit 312 DM monatlich (!). Zusätzlich erhalte ich Unterstützung vom Sozialamt.

Wie lange haben Sie gearbeitet?
Ich arbeite seit 20 Jahren als Näherin im Akkord.

Welche gesundheitlichen Folgen haben Sie dadurch erlitten?
Vom Sitzen hinter der Maschine habe ich ein Rückenleiden bekommen. Auch die Augen wollen nicht mehr und schmerzen.

Wie sah Ihre Tätigkeit aus?
Ich habe entweder Knopflöcher genäht, Ärmel eingenäht oder andere Teilarbeiten verrichtet.

Wie wird diese Arbeit bezahlt?
Für einen Rock bekomme ich 4,50 DM. Wenn man ohne Pause näht und sich nicht ablenken läßt, sechs bis sieben Stück am Tag.

Das sind ja nicht einmal 4 DM pro Stunde. Verdienen die anderen Kolleginnen etwa mehr?
Nein, der Akkordsatz liegt ja fest, und mehr als arbeiten kann niemand.

Wie hoch wird Ihre Rente sein?
Ich glaube, daß ich 300 DM monatlich bekommen werde.

Heißt das, daß Sie lebenslänglich auf die Fürsorge angewiesen sind?
Ja.

Dieses zufällig zustandegekommene Gespräch enthält an sich nichts Besonderes. Es enthält nur die alltägliche Ausbeutung der Arbeiterklasse und besonders die Auspressung der arbeitenden Frauen.
20 Jahre für einen Hungerlohn unter Akkordhetze. Schwere gesundheitliche Folgen durch einen menschenfeindlichen Arbeitsplatz.
Die Kapitalisten sind an der Arbeit dieser Kollegin fett geworden. Der Dank ist und bleibt, solange wir es nicht ändern, die lebenslängliche Abhängigkeit vom Sozialamt. Aus der Abhängigkeit vom einzelnen Kapitalisten kommt die Kollegin zur Abhängigkeit von den Launen des Sachbearbeiters des Sozialamtes.

—ds, Bremen—

Kinder im Krankenhaus

EINE KINDERKRANKENSCHWESTER BERICHTET AUS DEM KINDERKRANKENHAUS FRANKFURT 60

Nachfolgender Bericht wurde aufgrund eigener Erlebnisse verfaßt; die geschilderten Situationen sind Tatsachen, die ich während meiner langjährigen Berufspraxis als Kinderkrankenschwester in ähnlicher Form in verschiedenen Kinderkliniken der BRD erlebt habe.

Was geschieht, wenn ein Säugling, ein Kleinkind im Laufe des Abends auffällt durch Appetitlosigkeit, evtl. Erbrechen, Durchfall, Fieber oder ähnliches?
Die Kinderärzte haben keine Sprechstunde mehr, der ärztliche Notdienst, den man telefonisch befragt, hat von Kinderkrankheiten wenig Ahnung. Er weiß meistens nur einen Behandlungsvorschlag: Kommen Sie vorbei, ich gebe Ihnen eine Überweisung fürs Kinderkrankenhaus. Hier werden nun die Kinder vorgestellt, und da der Einweisungsschein in der Regel vorliegt, werden die Kinder auch hierbehalten.
Umgekehrt kommt es häufig vor, daß sehr schwer erkrankte Kinder in das städtische Kinderkrankenhaus in diesem Stadtteil gebracht werden, weil sie in akuter Lebensgefahr sind. Diese wiederum müssen einen Weitertransport in die Universitätsklinik in Kauf nehmen, weil das städtische Kinderkrankenhaus nur über sehr begrenzte Behandlungsmöglichkeiten verfügt.
Kommen ausländische Stadtteilbewohner mit ihren Kindern direkt zum Kinderkrankenhaus, weil es ihnen vom Vorbeigehen bekannt ist und sie in Sorge um ihr Kind sind, gibt es zweierlei Möglichkeiten:
Entweder werden diese ahnungslosen Menschen recht heftig darüber aufgeklärt, daß sie mit ihren kranken Kindern zum niedergelassenen Kinderarzt müssen – der allerdings um 18.30 Uhr keine Sprechstunde mehr hat – in diesem Falle wird den Angehörigen klar gemacht, daß sie halt in Zukunft eher bemerken müßten, ob den Kindern etwas fehlt (man bedenke, daß es sich um Berufstätige handelt!).
Oder aber werden Eltern, die nur einen Rat beim Kinderarzt holen wollen, regelrecht gezwungen, ihr Kind zur Behandlung im Krankenhaus zu lassen (nämlich dann, wenn nur wenige Betten belegt sind und die Stadt Frankfurt Geld durch belegte Krankenbetten einnehmen muß).
Den größten Teil der Patienten in diesem Kinderkrankenhaus machen die Kinder aus, die durch Berufstätigkeit der Eltern in Kinderkrippen und Kindertagesstätten untergebracht sind. Diese Einrichtungen verfügen nicht über die Möglichkeit, Kinder mit relativ harmlosen Krankheiten über einige Tage zu betreuen! Somit bleibt der einzige Ausweg, das Kind ins Krankenhaus zu bringen. Durch Krankheit sowieso schon gestört, unsicher und in seinen Gewohnheiten irritiert, erleidet jedes Kind, das in einem solchen Moment aus seiner gewohnten Umgebung herausgenommen wird, einen Schock. Gerade jetzt verlangt das Kind nach vertrauten und bekannten Personen, die ihm helfen, die es kennen.
Wenn Eltern dann in der Besucherzeit die Verzweiflung der Kinder miterleben und den Entschluß fassen, ihr Kind wieder mit nach Hause zu nehmen, wird dies von Seiten der Ärzte massiv behindert, denn jedes belegte Bett im Krankenhaus bringt Geld.

Wenn die Bevölkerung mehr darüber wüßte oder erleben könnte, wie die Kinder im Krankenhaus leiden, wie wenn kein Arzt zur Verfügung steht, der das kranke Kind regelmäßig besucht, weil er mehr verdient, wenn das stundenlange Schreien mancher Kinder am Abend hören könnte, sie würde sich bestimmt mehr Gedanken hierüber machen.
Diese grausame Situation ist nur zu ändern, wenn wir Freistellung eines berufstätigen Elternteils während der Krankheitszeit ihrer Kinder fordern, selbstverständlich bei Lohnfortzahlung. Denn die neue Regelung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes in Hessen, nach der der Vater oder die Mutter gegen Zahlung von täglich 100 DM zusätzlich ans Krankenhaus mit ihrem Kind zusammenbleiben können, ist eine Unverschämtheit der Kapitalisten und der bürgerlichen Landesregierung, die schon geradezu wehtut!
Ebenso müssen wir fordern und dafür kämpfen, daß das Gesundheitswesen generell in die Hände des Volkes gehört. Denn es hilft uns nicht weiter, daß ein Elternteil beurlaubt wird bei Krankheit des Kindes, wenn kein Arzt zur Verfügung steht, der das kranke Kinde regelmäßig besucht, weil er mehr verdient, wenn die Patienten zu ihm kommen, als wenn er zu ihnen hinfahren muß!

H.N., Frankfurt

LESERBRIEF ZUM ARTIKEL ÜBER DAS SCHWER–BESCHÄDIGTENGESETZ

Hamburg. *Ich finde es gut und überaus notwendig, daß Ihr Euch der Probleme auch von Schwerbeschädigten annehmt: man darf sie der Reaktion nicht überlassen.*
Ihr schreibt zu den "Verbesserungen" des Gesetzes: "1. Betriebe mit mehr als 15 Beschäftigten müssen in Zukunft 6 % der Arbeitsplätze für Schwerbeschädigte bereitstellen. Doch das ist keine zwingende Verpflichtung: Mit einer "Ausgleichsabgabe" von lächerlichen 100 DM (bisher 50 DM) pro Nichtbeschäftigten können sich die Kapitalisten um diese Regelung drücken. . ."
Es war bisher schon so, daß diese Betriebe ca. 5 % der Arbeitsplätze für Schwerbeschädigte bereitstellen mußten. Theoretisch! Bei meiner Tätigkeit in einem Arbeitsamt vor einigen Jahren mußte ich auch mehrere Hundert Betriebe daraufhin überprüfen. Fast kein Betrieb hatte die Bedingungen erfüllt (die überdies nur alle 2 Jahre überprüft werden), aber nicht ein Betrieb mußte die 'Ausgleichsabgabe' zahlen! Hinweise, wie man um die Zahlung herumkommt, wurden vom Arbeitsamt gleich mitgeliefert. Es konnte sich dann auch kein Kollege daran erinnern, daß eine Firma jemals hätte zahlen müssen.

A.F., Hamburg

Gott und Christentum ignorieren

DAS IST DER GRUND FÜR EINE ENTLASSUNG

Als ein Beispiel für die Richtigkeit der Forderung unseres Programms nach Trennung von Staat und Kirche möchte ich folgendes berichten:
Ich arbeitete bis Ende Januar in einem katholischen Kindergarten in Koblenz als Erzieherin. Dort wurde mir in der Probezeit gekündigt, weil ich, so die mündliche Begründung des Pfarrers, Gott und Christentum ignorieren würde und weil die Kinder in meiner Gruppe nicht diszipliniert arbeiten würden. Von diesem Pfarrer war wenig später in der Rhein-Zeitung zu lesen, daß die Christen "Licht für die Welt" seien. Daß Christen seines Schlages für die Welt nur die Farbe eines Pfaffengewandes bedeuten können, wurde mir bei meiner weiteren Arbeitssuche klar. Bei einem ersten Bewerbungsgespräch in einem anderen Kindergarten zeigte sich der Pfarrer sehr erfreut und bestätigte mehrmals, daß er unbedingt Erzieherinnen sucht. Doch als ich an dem nächsten Tag zu einem weiteren Einstellungsgespräch erschien, sagte er mir, daß er nicht bereit sei, mich einzustellen, weil ich "den Gekreuzigten nicht in mir tragen würde". Offensichtlich funktionieren die Telefonverbindungen zwischen den Pfarrämtern ausgezeichnet.
Der betreffende Kindergarten besteht zur Zeit aus vier Gruppen, für die viel zu wenig Personal da ist (zwei Kinderpflegerinnen und zwei Helferinnen). Ende März wird noch eine Kinderpflegerin gehen, so daß der Kindergarten voraussichtlich geschlossen wird.
Hier wird deutlich, wie schäbig die Kirche ihre Machtposition ausnutzt, die sie durch vom Staat zugesicherte Privilegien und ergatterte Steuergelder noch hält.
Offenbar verfährt die Kirche nach dem Motto: Lieber gar keine Kindergärten, als solche, in denen wir auf die Verbreitung der Stillhalte- und Dulderideologie verzichten müssen.

Dagegen fordert der Kommunistische Bund Westdeutschland richtig:
Vollständige Trennung von Staat und Kirche. Alle religiösen Vereinigungen ohne Ausnahme werden vom Staat als private Vereinigungen behandelt. Sie verlieren jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln und jeden Einfluß auf Schulen und sonstige öffentliche Einrichtungen.

—I.H.,Koblenz—

MEHR KRICHENAUSTRITTE

Hannover. Wie ein Sprecher des niedersächsischen Justizministeriums am Freitag, den 22.2. in Hannover mitteilen mußte, betrug die Zahl der Kirchenaustritte im letzten Jahr 30 354. Diese Zahl übersteigt bei weitem die 26 291 Kirchenaustritte im Jahr 1972. Seit 1970 sind damit schon über 120 000 Niedersachsen aus der Kirche ausgetreten.

Grössere Aufmerksamkeit für die Sozialwahlen

DIE SELBSTVERWALTUNG DER VERSICHERTEN IN DEN KRANKENKASSEN MUSS ERST ERKÄMPFT WERDEN

Krank sogar nach bürgerlichen Maßstäben war der größte Teil von 32 000 berufstätigen Mitgliedern von Ortskrankenkassen in Baden-Württemberg. 64 % der Männer und 71 % der Frauen aus dieser Gruppe waren bei einer Kontrolle behandlungsbedürftig. 21 % Männer und 18 % Frauen waren sanatoriumsreif! Bei 14 % Männern und 13 % Frauen wurden Krankheiten überhaupt neu entdeckt. Kein einziger von ihnen war krank geschrieben.

PRO JAHR EIN MONATSLOHN

Allein um die Krankenversicherung zu bezahlen, mußten die Arbeiter 1973 im Durchschnitt einen geschlagenen Monat schuften. Wegen der unverschämten Erhöhung der Pflegesätze der Krankenhäuser wird es noch 1974 mehr werden. Einen Einfluß aber darauf, was mit ihrer Gesundheit und mit ihrem Geld für die Gesundheitsversorgung geschieht, haben die Versicherten nicht. Die bürgerlichen Machthaber im DGB sehen das anders: "Die Versicherten entscheiden selbst, wie es in ihrer Sozialversicherung aussieht", liest man in einer Werbung für DGB-Kandidaten zu den Sozialwahlen. (ÖTV-Magazin 2/74)

SOZIALWAHLEN – WAS IST DAS?

"Ganz einfach: Die sozialen Drei, Krankenversicherung, Rentenversicherung und Unfallversicherung werden durch demokratisch gewählte Parlamente 'regiert'. Gewählt wird alle 6 Jahre. Deshalb Sozialwahlen. DGB." So steht es in der Werbung. Doch alle 6 Jahre spielt sich in den Sozialversicherungen eine Schmierenkomödie ab, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen muß.

DIE SOZIALVERSICHERUNGEN BILDEN SOGENANNTE SELBSTVERWALTUNGSORGANE. GEWÄHLT WIRD EINE VERTRETERVERSAMMLUNG

Wer sind diese Vertreter? In den Betriebs-, Innungs- und Ortskrankenkassen haben die Kapitalisten die Hälfte aller Sitze und Stimmen! Was haben ausgerechnet die darin verloren? Sie sind gar nicht Mitglieder der Kassen. Ihre Begründung: Sie würden schließlich die Hälfte der Beiträge zahlen ("Arbeitgeberanteil"). Aber jeder weiß doch, daß deren "Beiträge" nichts weiter sind als vorenthaltene Lohnanteile der Arbeiter und Angestellten. Mit 50 % der Stimmen können sie jede Entscheidung gegen ihre Interessen blockieren.

Die andere Hälfte der Sitze wird von "Arbeitnehmervertretern" besetzt. Vorschlagslisten können eingereicht werden von Gewerkschaften und Arbeitnehmervereinigungen mit "sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung". Auch freie Listen von Versicherten sind möglich, wenn sie Unterschriften von Versicherten in einer bestimmten Anzahl – zum Beispiel AOK Heidelberg 250 – zusammenbringen. Wann gewählt wird, wie die Fristen für die Kandidatenaufstellung und die Wahlausschreibung sind, regeln nicht etwa die Versicherten, sondern der Bundesbeauftragte in der Regierung.
Die Termine dazu sind längst verstrichen, ohne daß die Versicherten davon viel mitbekommen hätten.

Längst festgelegt sind aber vor allem die wirklich wichtigen Fragen. Was die Kassen für Leistungen erbringen, was Krankheit ist, wieviel an die Versicherten bezahlt wird, hat die Reichsversicherungsordnung (RVO) von 1911 festgeschrieben. Ob Leistungen erhöht oder abgebaut werden, beschließt die Regierung. Wer Mitglied werden und wieviel er verdienen darf, ebenfalls. Ob Krankenhäuser ihre Pflegesätze mehr als verdoppeln wie zum Beispiel die Unikliniken in Heidelberg seit dem 1.1.74 von 80 DM auf 170 DM oder ob sie abgerissen werden ohne Ersatz, beschließt der Staat oder ein anderer Krankenhausträger.

Was können dann überhaupt diese Selbstverwaltungsorgane entscheiden? Nichts! – außer Beitragsänderungen und kosmetischen Korrekturen, die aber die Bestimmungen dieser RVO nicht ankratzen dürfen. Jeder Kollege weiß, wie sich die Beiträge entwickelt haben: immer mehr nach oben. Falls das mal nicht durchgesetzt werden sollte, kann der Staat mit Hilfe sogenannter Versicherungsaufsichtsämter die Selbstverwaltungsorgane außer Kraft setzen.

Fragt weiter Kollegen, wann und ob sie schon mal an einer Wahl teilgenommen haben. Es gibt kaum welche. 1968, bei der letzten Sozialwahl, sind bei 2 100 Wahlkreisen nur in 53 Wahlen ausgeschrieben worden! Auch dieser Trick ist kapitalistisches Gesetz. Man nennt das Friedenswahl. Wenn nämlich Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften nur soviel Kandidaten aufstellen, wie Listenplätze vorgesehen sind, gilt das als durchgeführte Wahl der Versicherten. Auch in diesem Jahr hat die Gewerkschaftsführung zusammen mit Kapitalisten und Kassenverwaltungen alles daran gesetzt, daß keiner über die Wahlen ausreichend informiert ist und daß nur soviel Kandidaten aufgestellt werden, daß eine Wahl nicht stattfinden muß.

Da viele Gewerkschaftsfunktionäre wegen ihres Einkommens nicht mehr in Orts- oder Betriebskrankenkassen versichert sind, wurde durch eine Gesetzesänderung erreicht, daß die Gewerkschaften jetzt auch Kandidaten aufstellen dürfen, die selbst nicht Kassenmitglieder sind. Damit ist es also möglich, daß in den Selbstverwaltungsorganen nicht ein einziges Kassenmitglied sitzt! Die Posten in den Verwaltungsorganen bringen den Gewerkschaftsführern fette Pfründen.

Mit Zustimmung solcher Selbstverwalter ist es dem kapitalistischen Staat 1973 gelungen, über 40 Milliarden DM Krankenkassenbeiträge aus den Knochen der Sozialversicherten herauszupressen. Wem es aber vor allem zugute kommt, war schon in der KVZ Nr.4/74 gezeigt worden: Krankenhausträgern, Ärzten und Arzneimittelindustrie, während der Versicherte für jeden Pfennig Krankengeld einen mühsamen und erniedrigenden Kampf gegen die Bürokratie führen muß.

WAS IST ZU TUN?

Je mehr wir im Betrieb, in den Gewerkschaften, auf Versammlungen und Veranstaltungen, in unseren Zeitungen, durch Zuschriften an die bürgerliche Presse breit die Diskussion über die Gesundheitslage der Sozialversicherten führen und zeigen, wie sie durch die jetzigen Arbeitsbedingungen ruiniert werden, können wir diesen Kampf vereinheitlichen.
Ein ausgezeichnetes Mittel dazu sind öffentliche Befragungen der von den Gewerkschaften für die Sozialwahlen aufgestellten Kandidaten. Wir können sie fragen, welchen Einfluß sie auf die Gesundheitsversorgung haben. Wenn wir fragen, warum der durchschnittliche Beitrag 1973 bei über 9 % des Bruttolohnes lag, obwohl er gesetzlich auf höchstens 8 % festgelegt ist, und ob sie einer weiteren Erhöhung Widerstand entgegensetzen werden, ist das zugleich eine gute Gelegenheit, mit den Kollegen zu diskutieren, warum es notwendig und richtig ist, daß die Kapitalisten die Kosten für die Sozialversicherung bezahlen müssen. Wir können fragen, was dagegen getan werden muß, daß Krankenhäuser, Ärzte und Pharmaindustrie zum Schaden der Versicherten die Kassen ausplündern, und es wird in der Diskussion leicht möglich sein, einleuchtend klar zu machen, daß nur eine von den Versicherten selbst verwaltete Krankenkasse, der die Einrichtungen des Gesundheitswesens unterstellt sind, eine Verbesserung der Versorgung erzwingen kann. Deshalb müssen die Kapitalisten aus den Krankenkassen verjagt werden. Deshalb müssen zum Beispiel Ärzte Angestellte der Kassen werden.

In kampfstarken Betrieben wird zuerst die Forderung durchgesetzt werden nach Einrichtung von betrieblichen Gesundheits- und Arbeitssicherheitseinrichtungen unter der Kontrolle der Betriebsräte bzw. der selbstverwalteten Kassen.

In der gegenwärtigen Phase der Klassenkämpfe kommt es darauf an, die Forderungen zum Schutz der Arbeiter und damit auch zur Selbstverwaltung der Sozialversicherungen und Bezahlung durch die Kapitalisten überall verständlich zu machen und zu vereinheitlichen. Der Kampf um ihre Durchsetzung ist umso eher möglich, je breiter die öffentliche Meinung dazu hergestellt ist. Die Bedingungen dafür sind äußerst günstig, unabhängig vom Termin der Sozialwahlen.

(Die Untersuchungsgruppe Sozialwahlen der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Heidelberg bereitet eine Broschüre zu den Sozialversicherungen vor.)

—W.B., Heidelberg—

Helmut Palmer-Ein bürgerlicher Volkstribun

BÜRGERMEISTERWAHL IN SCHWÄBISCH HALL: DIE BÜRGERLICHEN PARTEIEN HABEN ABGEWIRTSCHAFTET

Eine vernichtende Niederlage mußten die bürgerlichen Parteien im 1. Wahlgang der Oberbürgermeisterwahl in Schwäbisch Hall einstecken. Nur 10 % der Stimmen erreichte der CDU-Kandidat (Hall ist sonst ein sicherer CDU-Wahlkreis gewesen), 17 % der Kandidat der SPD.

6 000 Menschen versammelten sich am Abend des Wahltags, am 17. Februar, auf dem Haller Marktplatz, um dem Mann zuzujubeln, der 41 % der Stimmen gewinnen konnte und damit den bürgerlichen Parteien eine schwere Niederlage bereitete, Helmut Palmer. Im zweiten Wahlgang, bei dem er noch Stimmen dazugewinnen konnte, konnte er nur dadurch geschlagen werden, daß sich alle bürgerlichen Parteien auf einen parteilosen Gegenkandidaten einigten.

WER IST HELMUT PALMER?

Palmer ist ein bürgerlicher Volkstribun. Er problematisiert in seiner Person das totale Ausgeliefertsein gegen die da oben und den Staatsapparat. In der ungekünstelten Sprache des Volkes geißelt er die Parteien, spricht von Parteien- und Schubladendemokratie, bezeichnet die Regierung Filbinger als Zwangsregierung ... spricht von der Justiz als Zwei-Klassen-Justiz und sagt von sich, er sei ein Rebell mit Geist und Mundwerk ... Genüßlich hält er sich an der Brandt'schen Aussage auf, "Wir wollen mehr Demokratie wagen". Es sei also bei uns ein Wagnis, Demokrat zu sein, um dann die Schweiz als Vorbild hinzustellen und pathetisch zu schließen: "Ich bin Idealist und Patriot für dieses Land geblieben".

Aus einer Korrespondenz von G., Schwäbisch Hall

Helmut Palmer ist ein Obstgroßhändler aus dem Remstal. Er selbst nennt sich "Rebell vom Remstal" oder auch "Bürgerrechtler aus dem Remstal". Er gehört keiner Partei an. Seit Jahren schon zieht er durch Baden-Württemberg, um gegen "Behördenwillkür" und "Beamtenschläfrigkeit" – so sagt er – zu kämpfen. In vielen Städten des Landes hat er schon bei den Bürgermeisterwahlen kandidiert. Die 41 % in Schäbisch Hall sind sein bisher größter Erfolg. Damit, so tönte er vor den 6 000 Menschen am Abend seines Wahltags, seien "vierzig Jahre der Unterdrückung vorüber. Einer vom Volk ist gegen den Standesdünkel emporgetragen worden". Und er versprach: "Ich werde diesen Wahlkampf bis zum Sieg des Volkes fortführen."

Ist Helmut Palmer wirklich ein Mann des Volkes – eine echte Alternative zu den volksfeindlichen bürgerlichen Parteien?

Zunächst hat es den Anschein: Seine Wahlveranstaltungen, zu denen er 2 DM Eintritt verlangt, sind im Gegensatz zu denen von CDU und SPD gerammelt voll. Unter großem Beifall greift Palmer die Mauscheleien und die Korruption der Parteien und der städtischen Verwaltung an. Damit verspricht er aufzuräumen: "Schluß mit der Parteienwirtschaft" "CDU und SPD huren zusammen in einem Bett – der Saustall muß endlich ausgemistet werden" – das sind einige seiner Hauptparolen. Und er wird auch konkret: Er nennt die Namen von Mitgliedern der Schwäbisch Haller Bourgeoisie, die tief im Sumpf der Korruption und Mauschelei stecken. Das bringt ihm laufend Strafanzeigen wegen Beleidigung und übler Nachrede ein, was aber seine Beliebtheit nur noch steigert.

Auch, daß er selber Hand anlegt, scheint ihn als Mann des Volkes auszuweisen: so, wenn er eigenhändig verkehrsgefährdende Bäume an Straßen abholzt, das Ende aller Leitplanken in Schwäbisch Hall in den Erdboden versenkt, oder Bretterzäune baut, damit kleine Kinder nicht ins Wasser fallen!

Als Mann des Volkes wird Palmer zweifellos von Vielen gewählt, die sich von den bürgerlichen Parteien abgewandt haben. So sagte ein Stanzer aus einem Elektrobetrieb: "Ich bin für Palmer, denn ich wähl keine Herre. Der Palmer ischt einer von uns und wird den Sauladen aufräumen". Oder eine junge Frau: "In Schwäbisch Hall wird überall nur gebuckelt, wird gemauschelt und geschoben. Palmer gefällt mir, weil er vor niemand Angst hat, weil er offen und ehrlich das sagt, was ihm nicht paßt. Er ist der richtige Mann, um diese muffige Kleinstadt endlich auszumisten".

Das Bild vom selbstlosen Volksvertreter beginnt allerdings schon zu wanken, wenn man sieht, wie Palmer den Wahlkampf mit einer geschickten Werbung für seinen Obsthandel verknüpft. Auf der einen Seitenwand seines Lautsprecherwagens ist seine politische Propaganda, auf der anderen seine Werbung für sein Unternehmen. Auch daß er von einem Schwäbisch Haller Kapitalisten mit bisher 150 000 DM unterstützt wurde, paßt nicht so recht in dieses Bild vom selbstlosen Volksvertreter: Dieser Kapitalist, ein Dr. Gerlaoh, hat in einer Zeitungsanzeige erklärt, er unterstütze Palmer, weil dieser gegen die Gewerkschaften sei. Palmer hatte erklärt, daß er im Falle seiner Wahl zum Oberbürgermeister als öffentlicher Arbeitgeber sich über die Tarifverträge hinwegzusetzen gedenke. Eine ausgeprägte Gewerkschaftsfeindlichkeit ist ein Hauptpunkt seines Programms: er wettert gegen den "Schwachen Staat", der der ÖTV jetzt 11 % zugestanden hätte: "In einem halben Jahr fordern die 20 %, und in zwei Jahren werden die Gewerkschaften alles verstaatlichen, wenn das so weitergeht!"

Für ihn sind die Gewerkschaften "Gangstersyndikate", und er meint, daß die Privatunternehmer "abqualifiziert" werden, was dazu führe, daß die Arbeiter "immer mehr Lohn und weniger Arbeit wollen". Auf einer Wahlveranstaltungdiffamiert er einen arabischen Kollegen als "Kameltreiber" und hetzte so lange gegen ihn, daß der nur noch mit knapper Not aus dem Saal entfliehen konnte, um nicht verprügelt zu werden. Den Haller Jugendclub Alpha und den angeschlossenen Kinderladen wollte er schließen, weil die Jugend dort von Linken verhetzt würde.

Ein politisches Programm hat er nicht, seine Wähler wählten deshalb kein Programm, sondern den Einzelkämpfer Palmer. Dementsprechend organisierte er auch nicht die Unzufriedenheit im Volk, sondern nutzte sie nur für sich, um sich als Heilmittel anzubieten. Er konnte keine andere Perspektive aufzeigen als daß man ihn wählt.

Das Volk sucht nach Alternativen und das ist eine ausgezeichnete Sache. In Schwäbisch Hall aber war es den Kommunisten nicht möglich, einzugreifen, und so spielte sich die Auseinandersetzung lediglich zwischen verschiedenen Fraktionen und Personen des bürgerlichen Lagers ab. Zu diesem zählt auch Palmer, auch wenn er sich gegen "Parteien und Obrigkeit" stellt, so stellt er sich doch nicht gegen das Kapital und seinen Staat.

Aus einer Korrespondenz von U.M., Waiblingen

Daß er gleichzeitig gegen das große Kapital, gegen die "Überfremdung" des deutschen durch ausländisches Kapital und für die "Stärkung des kleinen und mittleren Unternehmertums" ist, steht dazu nicht im Widerspruch. Das ist auch nichts Neues.

Beim Nationalsozialismus war, als er sich zu einer Massenbewegung entwickelte, die Demagogie gegen das große "jüdische" Kapital und der Kampf gegen die Gewerkschaften ein wichtiger Programmpunkt.

Palmer will mit seiner Demagogie gegen Großkapital und Gewerkschaften das in Schwäbisch Hall zahlenmäßig stärkste Wählerpotential einfangen: das Kleinbürgertum und die Bauern. Auch, daß er verspricht, nach seiner Wahl den "linken Sumpf" in Schwäbisch Hall, den Club Alpha (ein Club fortschrittlicher Menschen) "trockenzulegen", paßt in das Bild eines Demagogen, der versucht, die Empörung vieler Menschen gegen die bürgerlichen Parteien in eine falsche, letztlich faschistische Richtung, zu lenken.

Die örtliche SPD und die Gewerkschaftsführung reagieren auf den Wahlerfolg Palmers hilflos. Die SPD warnt vor dem "Antidemokraten", die Jusos jammern über das "geringe Demokratieverständnis" der Haller Bevölkerung. Daß sich ein großer Teil der Bevölkerung von den bürgerlichen Parteien wegen ihrer Volksfeindlichkeit und Kapitalistenhörigkeit abwendet, sehen diese Menschen nicht. Auch die Argumente der IG Metall sind lächerlich und hilflos: auf einer Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz ließ die IG-Metall-Führung eine Resolution gegen Palmer verabschieden mit dem Hauptargument: Wenn Palmer Oberbürgermeister würde, würden die Schwäbisch Haller Kapitalisten nicht mehr investieren und damit würden viele Arbeitsplätze gefährdet!

Die Vorgänge in Schwäbisch Hall zeigen deutlich, daß die bürgerlichen Parteien bei weiten Teilen des Volkes abgewirtschaftet haben. Deshalb auch das einhellige Entsetzen der bürgerlichen Parteien über den Wahlsieg Palmers. Daß diese Parteien aber Palmer heute so lautstark bekämpfen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kapitalistenklasse mit allen Mitteln versucht, und wenn es nicht anders geht, auch mit politischen Abenteurern wie Palmer, das Volk vom Kampf für seine Interessen abzuhalten und ihm falsche Gegner aufzubauen.

Der einzige Weg, um den Zorn des Volkes gegen diesen kapitalistischen Sumpf und den Kampf für ihre Rechte und ihre materiellen Interessen auf das revolutionäre Ziel hin zu orientieren, ist die Verankerung der Kommunisten überall in der Bundesrepublik, der Aufbau der Kommunistischen Partei.

Im Gegensatz zu Palmer, machen die Kommunisten dem Volk nicht vor, daß ihnen ein Held die Arbeit der Befreiung abnehmen könnte, sondern zeigen auf der Grundlage des politischen Programms der Kommunisten, wie es seine Befreiung selbst in die Hand nehmen kann. – C.S., Hall –



Abordnungen verschiedener Gemeinden Baden-Württembergs auf der zentralen Demonstration gegen Eingemeinung Ende Februar in Stuttgart.

Unbeugsamer Widerstand gegen Eingemeindung!

Obersulmetingen (Kreis Biberach). In einem kleinen schwäbischen Ort haben alle Einwohner den Kampf gegen die geplante Gemeindereform aufgenommen, die ihnen nur Nachteile bringt. Sie boykottierten geschlossen die erneut für den 10. März angesetzte sogenannte Anhörung über die Eingliederung ihrer Gemeinde in die Stadt Laupheim, ohne die der Landtag von Baden-Württemberg die Gemeindegrenzen nicht ändern darf. An diesem Tag ließ das Landratsamt 600 Polizisten aufmarschieren, die die 925 Einwohner starke Gemeinde in ein Militärlager verwandelten. Den ersten Termin der Anhörung am 20. Januar und den zweiten am 10. Februar hatten die Obersulmetinger ebenfalls boykottiert.

Auch diesmal warf niemand einen Stimmzettel in die Wahlurnen. Stattdessen postierten die Bürger einen Papierkorb vor dem Wahllokal. Die vom Landratsamt verschickten Wahlbriefunterlagen – vom Biberacher Landrat Wilfried Steuer unterzeichnet – flogen in ein Feuerchen vor dem Rathaus, wo ein Obersulmetinger reimte:

"Der Liebesbrief vom Onkel Steuer, der gehöret hier ins Feuer." Schon zuvor hatte eine "Interessengemeinschaft zur Erhaltung von Obersulmetingen" gleichzeitig mit den Wahlbriefunterlagen einen Aufruf zur Altpapiersammlung in die Briefkästen gelegt und anschließend die Wahlzettel als "Altpapier" abgeholt. "Stimmen wir dagegen, machen sie , was sie wollen. Stimmen wir dafür, machen sie, was sie wollen." Das war die einhellige Meinung der Bürger über die als demokratisch ausgegebenen Praktiken der Landesregierung. Recht haben sie. Denn der Landtag darf zwar die Gemeindegrenzen nicht ohne Anhörung ändern; aber andererseits ist er nicht an das Votum der Bürger gebunden. Aber solange die Abstimmung nicht stattgefunden hat, sagten sich die Obersulmetinger, kann uns der Landtag auch nicht nach Laupheim eingliedern! Sie schmissen die Landratsbeamten, die zum zweiten Anhörungstermin gekommen waren, einfach raus.

Zur dritten Anhörung sperrten die 600 Polizisten alle drei Ausfahrten zum Ort und terrorisierten die Bevölkerung. Sie kontrollierten die Autos, notierten die Kennzeichen und wiesen sogar Autofahrer mit der Begründung zurück: "Hier ist heute gesperrt". Vor dem Wahlamt patroullierte die Kripo, in den Straßen Polizeispitzel mit Kameras.

"Isch denn Obersulmetingen so a kriminelles Nescht? " empörten sich die Einwohner. Nichts konnte sie von ihrem gesteckten Ziel abhalten. Keine einzige Stimme wurde abgegeben, weder öffentlich an der Urne noch in anonymer Briefwahl.

Das Landratsamt geht jetzt davon aus, daß die Anhörung rechtsgültig stattgefunden habe!

– R.K., Heidelberg –

Keine Mieterhöhungen!

800 MENSCHEN DEMONSTRIEREN IN DORTMUND

Dortmund. Am Samstag, den 16. März, demonstrierten etwa 800 Mieter der Dortmunder Neubausiedlung Neuscharnhorst gegen die bevorstehenden Mieterhöhungen durch die Wohnungsbaugesellschaften des sozialen Wohnungsbaus. Seit den Einzugsterminen vor 5 Jahren haben Mieterhöhungen zwischen 70 und 100 % stattgefunden. Obwohl Vertreter der DKP maßgeblichen Einfluß in den Mietbeiräten, Mieterinitiativen und in der Vorbereitungsgruppe der Demonstration haben, konnten sich die DKP-Trostpflasterparolen nach Mietermitbestimmung im Demonstrationszug nicht durchsetzen. Der Kommunistische Bund Westdeutschland unterstützte die Demonstration und rief in seiner Stadtteilzeitung selbständig dazu auf. Die Demonstration war ein klarer Ausdruck dafür, daß sich die Mieter den Angriff auf ihren Lebensstandard nicht weiter gefallen lassen, und statt auf Bewilligungsbehörden und sogenannte Volksvertreter im Rat der Stadt auf ihre eigene Kampfkraft vertrauen. Der Demonstrationszug wurde beherrscht von den Parolen "Weg mit den Mieterhöhungen in Scharnhorst", "Scharnhorster Mieter, sei nicht still, wenn man an deinen Geldbeutel will".

Gegen Stillegung der Bahn!

DIE BEVÖLKERUNG IM HARZ BRAUCHT DIE BAHNLINIE

Altenau/Harz. Wieder einmal wird von Bundesbahn und Regierung geplant, die Bahnstrecke Langelsheim-Altenau im Harz stillzulegen. Schon 1966 und 1971 wollte man die Strecke stillegen, doch diese Stillegung stieß schon damals auf eine breite Protestbewegung, so daß Regierung und Bahn von der Stillegung absehen mußten. Die Bundesbahndirektion Hannover gibt als Grund für die Stillegung der Bahnstrecke an, sie sei nicht wirtschaftlich genug. "Rentabilität" – so heißt die Devise. Es wird nicht gefragt: "Braucht die Bevölkerung eine Bahnlinie? ", sondern nur "Schmeißt die Bahnlinie Profit ab oder muß sie bezuschußt werden? ".

Für die Bevölkerung in Clausthal, Altenau und Wildemann ist die Stillegung der Bahnlinie untragbar. Da es z.B. in Clausthal keine Industrie gibt (die Ansiedlung neuer Betriebe in Clausthal und Umgebung wird nach jüngster Planung auch nicht mehr gefördert), sind viele Arbeiter und Angestellte gezwungen, ihre Arbeitskraft in den größeren Städten im Harzvorland zu verkaufen. Für viele ist die Bahn die einzige, zeitlich tragbare Verbindung zwischen Wohn- und Arbeitsplatz. Schon heute sind Wartezeiten um eineinhalb Stunden keine Seltenheit, wie es aber erst nach einer Bahnstillegung aussehen dürfte, kann sich jeder vorstellen. Eine Fahrt z.B. von Wildemann nach Goslar mit dem Bus kann man schon als halbe Weltreise bezeichnen. Ein Großteil der Schüler und Studenten ist außerdem auf die Bahn angewiesen, um überhaupt zum Schul- bzw. Studienort kommen zu können. In Clausthal, Wildemann und Altenau sind die Einkaufsmöglichkeiten so schlecht, daß man auf Goslar und Bad Harzburg angewiesen ist.

Die CDU kämpft scheinbar mit allen Mitteln gegen die Stillegung und erklärt sich zum alleinigen Interessenvertreter der Oberharzer Bevölkerung. Doch sehen wir einmal hinter die Kulissen: Einen Tag, nachdem die Ortsaufbaugruppe Clausthal/Seesen eine Unterschriftensammlung startete, rief die CDU auf, sofort Unterschriften zu sammeln. Was sie mit ihrer Unterschriftensammlung bezweckt, ist klar: Sie will die breite Bewegung – innerhalb von 3 Tagen trugen sich 1 200 Menschen in die Listen der Ortsaufbaugruppe ein – spalten und Stimmen für die bevorstehende Kommunalwahl einheimsen.

Ortsaufbaugruppe Clausthal/Seesen

Dortmark / Lüneburger Heide. Am 5. März schritten rund 300 Einwohner von Dorfmark, Jettebruch, Mengebostel und Riepe in der Lüneburger Heide zur Tat: Nachdem sie die Sirene gehört hatten, verließen sie ihre Arbeitsplätze und eilten nach Dorfmark. Dort umstellten sie mit ca. 100 Autos das Rathaus und besetzten die Eingänge. Sie wollten den Abzug der Verwaltung nach Fallingbostel verhindern.

Die Solidarität gegen die Verfolgung im Schuldienst tritt offen auf

VIELE LEHRER UND ANDERE BESCHÄFTIGTE IM ÖFFENTLICHEN DIENST HABEN OFFEN STELLUNG GENOMMEN / VERFAHREN GEGEN F. GÜDE AUSGEDEHNT

Das Oberschulamt Karlsruhe hat gegen den Studienrat Fritz Güde, Humboldt-Gymnasium Karlsruhe, ein Disziplinarverfahren eingeleitet. F. Güde war für freie politische Betätigung eingetreten, hatte die Kommunistische Volkszeitung verkauft und sich offen gegen die zunehmende Entrechtung und die Berufsverbote im Öffentlichen Dienst gewandt. In einem öffentlichen Brief hatte er sich gegen die Verfolgungsmaßnahmen des Oberschulamtes gewehrt. Jetzt hat das Oberschulamt das Verfahren ausgedehnt. Es wirft dem Lehrer Güde vor, daß er die Verfolgungsmaßnahmen gegen ihn veröffentlicht hat und Presseorgane unterrichtet hat.

In der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 4/74 haben wir die Stellungnahme des Lehrers Fritz Güde abgedruckt, weil wir meinen, daß diese Stellungnahme zeigt, wie man gegen die Bespitzelung, Ausforschung und politische Unterdrückung an der Schule vorgehen muß. Heute können wir sagen, daß dieses Beispiel eine kräftige Resonanz gefunden hat. Viele Lehrer, aber auch Angehörige anderer Berufsgruppen des Öffentlichen Dienstes sind diesem Beispiel gefolgt und haben offen und öffentlich gegen die Zustände im Schulwesen Stellung genommen. Viele dieser Zuschriften haben wir in der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 5/74 abgedruckt, weitere finden sich auf dieser Seite. Außerdem hat es natürlich in verschiedenen Lehrerkollegien Diskussionen gegeben und ist die Sache auf Gewerkschaftsversammlungen zur Sprache gekommen. In Karlsruhe, wo der Lehrer Güde unterrichtet, hat eine Versammlung von 300 Personen, meist Lehrern, Schülern und Eltern, stattgefunden, über die wir in der unten abgedruckten Korrespondenz berichten.

Daß es ziemlich viele Lehrer waren, die sich entschlossen haben, den Weg von Fritz Güde zu gehen und sich an die Öffentlichkeit zu wenden, ist unserer Meinung nach ein wesentlicher Grund dafür, daß die ministeriellen Aktenwölfe bis jetzt noch darüber brüten, was sie nun zu machen hätten. Die breite Unterstützung durch viele Lehrer und andere Beschäftigte im Öffentlichen Dienst hat dazu geführt, daß die Schulbehörde zwar ständig an kleinen Maßnahmen und Schikanen schmiedet, aber gehindert wird, zu einem großen Schlag auszuholen.

Wenn man bedenkt, daß es bislang meist andersherum gegangen ist, daß das Oberschulamt gepfiffen hat und die meisten Lehrer haben sich dann der Beamtenarroganz zähneknirschend unterworfen, dann kann man jetzt schon sagen: Zweifellos hat es einen Zweck gehabt, daß sich der Lehrer Güde offen gegen die Verfolgung zur Wehr gesetzt hat.

Die gespannte Lage im Schulwesen ist damit natürlich nicht bereinigt. Es ist gelungen, für kommende und weit schärfere Auseinandersetzungen eine günstigere Ausgangsbasis zu schaffen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Warum sagen wir, daß es im Schulwesen noch zu weitaus schärferen Auseinandersetzungen kommen wird? Wir sagen das, weil wir wissen, daß in einer Gesellschaft, die auf der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten beruht, überall Unterdrückung herrschen muß. Die bürgerliche Klasse hat sich den Staat geschaffen und alle öffentlichen Angelegenheiten in ihrer Hand zentralisiert. Es ist für sie eine große Notwendigkeit, daß die Volksmassen keinen direkten Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten nehmen. Eine Klasse, die selber nicht arbeitet, muß danach trachten, dem Volk den Einblick in die öffentlichen Angelegenheiten zu vermauern. Das Schulwesen ist eine öffentliche Angelegenheit, von der sozusagen jeder betroffen ist und bekanntlich hat in unserer Gesellschaft das Volk im Schulwesen nichts zu sagen.

Ein Schulwesen aber, das unter dem Gesichtspunkt der Dressur der Kinder und der Entmündigung der Eltern organisiert ist, kann sich keiner großen Zustimmung im Volk erfreuen und ist auch einigermaßen verhaßt. Unvermeidlich kommt es zu Zusammenstößen zwischen dem Staat, der die Schulgewalt ausübt, und den Eltern, die von den Zuständen im Schulwesen nicht viel halten.

In dieser Lage wird der Staatsmacht daran liegen, sicherzustellen, daß die Außenwand des Schultempels fugenlos glatt bleibt, so daß niemand eine Brechstange ansetzen kann. Lehrer wie Fritz Güde sind aber eine regelrechte Bresche in dieser Mauer und die Volksmassen können durch so eine Bresche ins Innere des Gebäudes blicken. Da kommt ihnen dann die Lust, das auszuräumen und die bürgerliche Klasse hat davor eine ganz berechtigte Furcht. Daher sind Lehrer wie Fritz Güde der Staatsmacht ein Dorn im Auge und deswegen können wir im Schulwesen mit gehörigem Aufruhr rechnen.

Aber: ist dieser Aufruhr schlecht für das Volk oder schlecht für die Lehrer? Unserer Meinung nach ist dieser Aufruhr gut für das Volk und gut für alle Lehrer, die auf der Seite des Volkes stehen. Schlecht ist er für die Staatsmacht und schlecht für alle Lehrer, die vor dem Dienstherren auf dem Bauch liegen und sich um die Interessen des Volkes einen Dreck scheren.

Warum ist ein solcher Aufruhr gut für das Volk und gut für die fortschrittlichen Lehrer? Das sehen wir gleich, wenn wir bedenken, wie die Lage ist, wenn die Dinge an der Schule ihren gewöhnlichen Gang nehmen. Da kuschen dann die Kollegien gegenüber ihren Dienstherren, und weil sie ein schlechtes Gewissen haben, halten sie gegenüber Schülern und Eltern zusammen wie Pech und Schwefel. Die Kinder lehren sie, was im Lehrplan steht und was der bürgerlichen Klasse nützt. Daß der Streik schlecht ist und die freiheitlich-demokratische Grundordnung gut usw. Neuerdings ist es in Baden-Württemberg schon so weit, daß die Lehrer mit der Note 6 benoten müssen, was immer die Kinder gegen die herrschenden Zustände Grundsätzliches vorbringen (siehe den Artikel über den Notenerlaß in KVZ Nr. 5/74). Man könnte die Liste bestimmt noch verlängern, und wir denken auch, daß es die Aufgabe der fortschrittlichen Lehrer ist, all das ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen.

Wenn es an der Schule Aufruhr gibt, dann geraten die Verhältnisse aus den Fugen und die geschlossene Phalanx beamtlicher Rohrstockarroganz zerbröckelt. Plötzlich kann das Volk erfahren, was wirklich los ist an der Schule. Das sind Bedingungen, die Spielraum schaffen gegenüber der erdrückenden Schulbürokratie. Das stille Lehrerzimmer gerät in den Blick der Öffentlichkeit. Das ist nur schlecht für diejenigen, die etwas zu verbergen und zu verlieren haben. Das ist sehr gut für alle, die nichts zu verbergen haben und keinen Wert auf die warme Beamtenjacke legen. Wir erleben, wo immer es Aufruhr und Bewegung an der Schule gibt, daß die Reaktionäre vorsichtig werden und rückständige Lehrer schwanken. Im Falle der Ruhe ist es bekanntlich genau andersherum. Da kuschen die fortschrittlichen Lehrer und die Reaktionäre trampeln mit der ganzen Schulbürokratie im Rücken jede fortschrittliche Regung nieder.

Wie kann es gelingen, die Verhältnisse an der Schule zum Tanzen zu bringen? Das kann einem einzelnen Lehrer nicht gelingen. Das kann auch einem einzelnen Menschen, der an der Schule Kinder hat, nicht gelingen. Was der einzelne Lehrer tun kann und heute schon tun muß, ist folgendes. Er muß von den Interessen des Volkes ausgehen und darf sich vor der Staatsmacht nicht fürchten. Das bedeutet, daß er es wagt, mit seinem guten Namen aufzutreten gegen die Zustände an der Schule. Das ist wichtig, weil das offene Auftreten mit dem eigenen Namen tatsächlich die einzige Gewähr ist dafür, daß das Volk weiß, auf wen es sich verlassen kann. Es kommt jetzt in erster Linie darauf an, die Zustände an den Schulen breit zu enthüllen. Es ist nötig, daß sich die fortschrittlichen Lehrer an die bestehenden Zustände keineswegs gewöhnen, es ist nötig, daß sie sich empören, wo sie Ungerechtigkeit und Unterdrückung sehen, und daß sie diese Empörung nicht hinunterwürgen, sondern die Fakten den Betroffenen mitteilen.

Die richtige Einstellung zu diesen Fragen werden die Lehrer gewinnen, wenn sie sich an der Forderung ausrichten, daß die Lehrer vom Volk gewählt werden müssen. Das ist die entscheidende Linie dafür, wie die Lehrer gegen die Unterdrückung kämpfen müssen. Indem sie sich stets vor Augen halten, daß die Kinder weder der Staatsmacht gehören noch den Lehrern. Die Kinder gehören zum Volk, und das Volk muß entscheiden, wem es seine Kinder anvertraut. Das ist die Richtlinie, entlang derer man die Lehrer überprüfen muß, ob sie es ernst meinen mit der Verantwortung gegenüber dem Volk, oder ob sie der staatlichen Futterkrippe den Vorzug geben.

Wir denken, daß es jetzt darauf ankommt, daß die Lehrer, die gegen die Unterdrückung sich geäußert haben, sich weiterhin und weitergehend äußern über die Zustände an den Schulen. Dafür steht ihnen auch diese Zeitung offen. —Red.—

Wir können hier nur einen kleinen Teil der Zuschriften abdrucken

"Herr Güde hat meine Tochter unterrichtet"

Von meiner Tochter erfuhr ich von dem drohenden Rausschmiß des Lehrers Güde. Herr Güde hat in der Klasse meiner Tochter drei Jahre lang unterrichtet. Sie selbst und auch befreundete Mitschüler äußerten sich stets sehr zufrieden mit seinem Unterricht. Mir selbst ist Herr Güde als ein Lehrer bekannt, der sich sehr engagiert für seine Schüler einsetzte, in schulischen Angelegenheiten ebenso, wie wenn es um ihre Rechte ging. Er hat seine Meinung auch hier in der Lokalpresse stets offen vertreten, auch wenn ihm das selbst Nachteile (wie seine Versetzung aus Wertheim) einbrachte.

Obwohl ich damals wie auch jetzt keineswegs mit allem übereinstimme, was Herr Güde vertritt, so meine ich doch, daß es das Recht eines Lehrers wie das jedes Menschen überhaupt ist, seine Meinung frei sagen zu dürfen. Ich kenne nicht alle Vorwürfe, die das Oberschulamt gegen Herrn Güde erhebt, ich meine aber, daß es richtig wäre, wenn die unmittelbar Betroffenen, Eltern, Schüler und Kollegen umfassend darüber informiert würden, und sie dann selbst, nach Anhörung von Herrn Güde entscheiden würden, ob sie Herrn Güde als Lehrer haben wollen oder nicht. Das wäre meiner Meinung nach demokratisch.

Ilse Erbacher, Verkäuferin
aus Wertheim am Main

Als ehemalige Schülerin des Gymnasiums in Wertheim/Main habe ich den jetzigen Kollegen Güde als ausgezeichneten Lehrer kennengelernt. Ich bin empört über die Maßnahmen, die das Oberschulamt Karlsruhe gegen ihn eingeleitet hat. Was sind diese Maßnahmen anderes als der Versuch, den Angehörigen des öffentlichen Dienstes elementare demokratische Rechte wie Meinungs- und Koalitionsfreiheit zu nehmen? Ich begrüße es, daß sich der Kollege Güde gegen diese Maßnahmen der vorgesetzten Dienstbehörde öffentlich zur Wehr gesetzt hat. Nur so ist es möglich, derartige Angriffe abzuwehren, die ja nicht nur dem einzelnen Kollegen gelten, sondern allen, die sich trotz ihrer Tätigkeit im öffentlichen Dienst ihre demokratischen Rechte nicht nehmen lassen wollen.

Monika Meier
Lehrerin in Bruchsal

"Wir verkaufen die Kommunistische Volkszeitung"

... An meiner Schule (Gerhard-Rohlfs-Gymnasium Bremen-Vegesack) wurde mir die Verteilung eines Flugblattes der Aktion Demokratischer Lehrer (ADL) zum 1. Mai 1973 durch den Schulrat verboten. Begründung: die Verteilung dieses Flugblattes im Lehrerzimmer verstoße gegen RV 32/59: "Verbot der politischen Werbung in Schulen". Ein daraufhin gefaßter Gesamtkonferenzbeschluß beweist jedoch, daß die Kollegen sich nicht ihr Recht auf Informationsfreiheit durch ein Behördenverbot nehmen lassen wollen. Sie forderten den Zugang zu allen politischen Informationen im Lehrerzimmer, auch durch Verteilung von Flugblättern. So verkaufte ich in meinem Kollegium alle erschienenen ADL-INFOS und seit Oktober 1973 die KVZ an interessierte Kollegen, bis zu 10 Exemplaren pro KVZ-Nummer. Der Disziplinierungsversuch gegenüber Fritz Güde ist scharf zu verurteilen.
Siegfried Faulstich, Stud.Ass., GRG Bremen-Vegesack

Wolfsburg. Wir begrüßen das Vorgehen des Lehrers F. Güde und unterstützen ihn in seinen Forderungen. Wir meinen, daß man demokratische Rechte nur erhalten und erweitern kann, wenn man sie nutzt und für ihre Erweiterung kämpft. Deshalb verkaufen wir, Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, auch die Kommunistische Volkszeitung.
I. Rose, H. Bosse, P. Eggert.

Das offene Auftreten ist richtig!

Der Brief von Fritz Güde in der vorletzten Kommunistischen Volkszeitung hat mich stark beeindruckt. Seitdem wird auch in Berlin unter den Lehrern immer häufiger diskutiert, ob ein offenes politisches Auftreten zum jetzigen Zeitpunkt richtig oder falsch ist. Daß sich so viele Kollegen auch mit Namen für Güde in der letzten Kommunistischen Volkszeitung eingesetzt haben, gab bei mir den Anstoß, einen Brief, den ich am 7. März vom Schulsenat erhielt, ... zusammen mit meiner Antwort zu veröffentlichen. ...
Bertold Marohl, Studienreferendar, Berlin.
(Gegen B. Marohl wird vom Schulsenat ermittelt, weil er ein Flugblatt gegen das Berufsverbot von 5 Bewerbern zum Schuldienst verteilte).

Veranstaltung trotz Verbot

Waiblingen. Nachdem eine Veranstaltung gegen die Berufsverbote vom Rektor des Salier-Gymnasiums in den Räumen der Schule zunächst erlaubt worden war, wurde sie vom Oberschulamt verboten. Die Schülerkommission der Ortsgruppe Waiblingen beschloß, die Veranstaltung an einem anderen Ort durchzuführen. Ungefähr 20 fortschrittliche Lehrer und Schüler waren der Einladung am 8. März gefolgt. Sie solidarisierten sich einstimmig mit dem Lehrer Güde durch ihre Unterschrift.

AjLE Kreis Oldenburg

Ungeachtet unterschiedlicher politischer Auffassungen begrüßen die Teilnehmer der Sitzung des AjLE Kreis Oldenburg, daß Kollege Güde durch öffentliches und klares Auftreten gegen den politischen Einschüchterungsversuch durch die Schulbehörde in Karlsruhe kämpft.
Uneingeschränkte gewerkschaftliche und politische Betätigung auch für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst!
I.A.: W.-D. Börner (AjLE-Sprecher)

Karlsruher Sozialarbeiter gegen Repressalien

Berufsverbote richten sich nicht nur gegen Lehrer, sondern in verstärktem Maß auch gegen Sozialarbeiter. ... Versuchen wir unsere Arbeit in den Dienst des Volkes zu stellen, sind wir von Repressalien bis hin zum Berufsverbot bedroht. Dies zeigt sich anschaulich bei unseren Kollegen vom Georg-von-Rauch-Haus in Berlin: Als diese sich weigerten, Kontrollberichte über die Jugendlichen für die Behörde anzufertigen, griff der Staat in Form von Disziplinarmaßnahmen (Versetzungen, Nichteinstellungen, Entlassungen) ein. Wir dürfen uns nicht davon abhalten lassen, für die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes einzustehen! Daher begrüßen wir das offensive Vorgehen von Fritz Güde. ...
E. Bermer, Sozialarbeiter / C. Berner-Greiner, Sozialarbeiterin / B. Nagel, Praktikantin / W. Schüler, Sozialarbeiter (Praktikant) / B. Uhrig, Sozialarbeiterin (Praktikantin) / W. Uhrig, Sozialarbeiter (Praktikant); alle aus Karlsruhe.

Sollte das Oberschulamt Karlsruhe fortfahren, unseren Kollegen Güde zu bespitzeln und zu versuchen, ihn einzuschüchtern, so schlage ich eine Aktion vor, bei der demokratische Lehrer aller politischen Richtungen gemeinsam die KVZ verkaufen.
Für freie politische Betätigung!
G.Dannenfeldt, Oberstudienrat, Darmstadt

KVZ-Verkauf für Gewerkschaftsführung Ausschlußgrund

... Ich selbst bin Beamter bei der Stadtverwaltung Wiesbaden und Mitglied im Personalrat. Ich verkaufe in der Stadt und vor Versammlungen die Kommunistische Volkszeitung, weil diese Zeitung wahrheitsgemäß über die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes berichtet.
Für den ÖTV-Kreisvorstand war dies mit ein Grund, meinen Ausschluß und den vier weiterer Kollegen aus der ÖTV beim Hauptvorstand zu beantragen. Ich werde mir aber das Recht, die Kommunistische Volkszeitung öffentlich zu lesen und zu verkaufen, nicht nehmen lassen.

Jürgen Zettlitz

Lehrerstudenten verkaufen die KVZ

In der Kommunistischen Volkszeitung Nr.4/74 habe ich den Brief von Fritz Güde gelesen. Ich selbst mache im Augenblick mein Lehrerexamen und verkaufe die Kommunistische Volkszeitung schon seit der ersten Nummer und habe auch nicht vor, damit aufzuhören, wenn ich im Schuldienst bin.
B.Labs, Hamburg. In ähnlichem Sinn äußerte sich D.Müller, Mannheim.

Die Eltern müssen sich am Kampf beteiligen

Als Mutter eines schulpflichtigen Kindes ist dieser Fall auch für mich von besonderem Interesse.
Es ist nicht das erste Mal, daß ein Lehrer verfolgt wird, weil er sich das Recht nimmt, sich gegen die politische Entrechtung zu wehren und seine Meinung frei äußert, indem er die Kommunistische Volkszeitung liest und verkauft, deren Inhalt er für richtig hält. Dieser Lehrer ist auch im Stande, seine Schüler zu befähigen, eine eigene Meinung zu haben und sie auch zu äußern.
Auch die Eltern müssen sich am Kampf um eine Schule, die den Interessen des Volkes und nicht denen der Behörde gerecht wird, beteiligen und dürfen nicht geschehen lassen, daß Lehrer wie Fritz Güde wegen KVZ-Verkaufs vom Schuldienst entfernt werden.

Ortrud Vatter, Hausfrau
Heidelberg

Lehrer — keine Vertreter des Staates!

... Die Zustände z.B. an den Schulen lassen sich nicht länger verheimlichen, und die Kritik an diesen Zuständen läßt die Eltern, Schüler und auch Lehrer nach Möglichkeiten der Veränderung suchen. Aber diese Diskussion fürchtet der Staat. Das zeigt ein Beispiel der letzten Tage: Die Schulleiter des Schulkreises Hamburg-Wilhelmsburg haben vor zwei Wochen festgelegt, in ihren Kollegien die Lehrer nochmals darauf hinzuweisen, "daß Lehrer sich auf Elternversammlungen als Vertreter des Staates zu verhalten haben." Damit sollen die Lehrer gezwungen werden, die Mißstände an den Schulen vor den Eltern zu verheimlichen oder zu beschönigen. Sie sollen dazu beitragen, daß die Eltern vom Kampf für ihre Interessen nach einer Ausbildung, die den Kindern nützt, abgehalten werden. ...
Hanne Hillermann, Lehrerstudentin, Hamburg.

Ich möchte die Erklärung des Lehrers Fritz Güde unterstützen, der durch seine mutige Aktion gezeigt hat, wie man gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst angeht.
Ich selbst bewarb mich beim Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks in Braunschweig um eine Anstellung als Lehrer. Am 7.9.73 wurde ich von Reg.-Dir. Urbach, Reg. Dir. Lasius und Dr. Meyer verhört. Im Protokoll dieses Verhörs wurde geschrieben: "Ihm (dem Bewerber) wurde erklärt, daß nach wie vor Zweifel bestünden, ob er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten werde." Eine Anstellung bekam ich nicht.

Jürgen Meier, Hildesheim

300 auf Veranstaltung zum Fall Güde

KARLSRUHE: KOMITEE AUF VERANSTALTUNG GEGRÜNDET

Nachdem der Fall Fritz Güde in Karlsruhe bekannt geworden war, setzten sich einige fortschrittliche Angehörige des öffentlichen Dienstes, Schüler und Studenten zusammen und bereiteten eine Veranstaltung vor, während der zur Gründung eines "Komitees für freie politische Betätigung im öffentlichen Dienst" aufgerufen werden sollte.

Diese Veranstaltung fand am Donnerstag, 7.3.74, in einem Hörsaal der Universtität Karlsruhe statt. Über 300 Personen waren anwesend, Vertreter verschiedener Organisationen und Unabhängige. Im Hauptredebeitrag der Veranstaltung schilderte Fritz Güde noch einmal seinen Fall und erläuterte genauer seine Antwort an das Oberschulamt. Er zeigte auf, daß sein Fall kein Einzelfall ist, sondern daß der bürgerliche Staat die Rechte aller Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst einschränkt. Die Beamten der Staatsmaschinerie müssen funktionieren, um zu gewährleisten, daß die Masse des Volkes durch den Staatsapparat beaufsichtigt werden kann. Der Forderung nach der Wahl und Kontrolle der Lehrer und der höheren Beamten durch das Volk wurden die Disziplinierungsmaßnahmen des Oberschulamtes gegen die Interessen des Volkes gegenübergestellt. Der zweite Redebeitrag konnte die Ausführungen von Fritz Güde nur bestätigen.

Es gab während und nach der Veranstaltung einige Kritik an den Beiträgen, die berechtigt war. Wir sind zu sehr an den Einzelfällen der Entrechtung im öffentlichen Dienst stehengeblieben. Die Beschreibung der Fälle, das besondere Dienstrecht im öffentlichen Dienst und die Forderung nach offensivem Eintreten für die demokratischen Rechte sind wichtige Einzelaspekte. Wir müssen aber zeigen, wessen Staat es ist, der gegen fortschrittliche Kräfte zuschlägt und warum der Staat gerade jetzt Maßnahmen gegen Kollegen ergreifen will, die ihre demokratischen Rechte verteidigen.

Die Stoßrichtung der Diskussion war eindeutig. Wir dürfen die Fehler des alten Berufsverbotekomitees nicht wiederholen und die Maßnahmen der Behörden abwarten, sondern offensiv vorgehen und dokumentieren, daß wir uns nicht einschüchtern lassen. Man war sich auch darüber einig, daß das Komitee nicht auf Fritz Güde beschränkt sein dürfe, sondern die Perspektive auf den Abbau demokratischer Rechte ausweiten muß. 68 Anwesende waren bereit, ständig mitzuarbeiten, und traten dem Komitee bei. Ein 7-köpfiges Komitee wurde gewählt, das die weiteren Aktionen des Komitees koordinieren sollte.

Am Donnerstag, 14.3., fand die erste Mitgliederversammlung des Komitees statt. Es wurde berichtet, daß das Oberschulamt Fritz Güde inzwischen vorwirft, daß er sich an die Öffentlichkeit gewandt hat. Außerdem berichtete ein Lehrerkollege, der aus dem Schuldienst entlassen worden war, weil er untragbare Zustände in Jugendheimen angezeigt hatte.

Die Aktionseinheit der verschiedenen Mitglieder zeigte eine Einheit im Vorgehen und in der Planung von Aktionen. Nur in der Frage, ob Lehrer besonders gefährdet seien, gab es verschiedene Auffassungen. Wir vertraten die Ansicht, daß sich alle Mitglieder des Komitees der gleichen Gefährdung aussetzen und Lehrer keinen besonderen Stand einnehmen können.

Insgesamt läuft eine relativ breite Solidarisierungskampagne in Karlsruhe für Fritz Güde. In verschiedenen Gremien des öffentlichen Dienstes und der GEW wurden Resolutionen verabschiedet. Die Unterschriftensammlung ist im vollen Gange.

—b—, Karlsruhe

LEHRER STELLEN SICH GEGEN DIE VERFOLGUNG:

Frankfurt:
Gegen den Maßregelungsversuch und die politische Unterdrückung gegenüber F. Güde und die Entlassungsabsicht des bayerischen Kultusministeriums gegenüber dem Lehrer Rüdiger Offergeld wandten sich in Frankfurt zahlreiche GEW-Mitglieder. Außerdem wurde die Rücknahme des Gewerkschaftsausschlusses gegen 7 Kollegen durch den GEW-Vorstand Nordbaden gefordert. Folgende Unterschriften wurden bis jetzt in GEW-Versammlungen im Rahmen der GEW Frankfurt gesammelt. Die Unterzeichneten sind alle als Lehrer, Referendare, Studienräte, Sonderschullehrer usw. tätig.
B. Lederer / M. Durk / D. v. Freyberg / U. Schwarze / R. Claus / G. Müller / A. Harnischfeger / J. Fey / K. Kullmann / W. Onnen / M. Meyse / W. Saalfeld / P. Schmitt / G. Köpf / W. Roeb / C. May / U. Loiero / A. Krause / A. Bill / E. Wiens / A.-M. Frick / A. Drawert / H. Keßler / H. Dietrich / H. Stemmler / J. Wiederhold / B. Wiederhold / K. Riehl / H. Fecher / C. Mannigel / B. Vincent /W. Petermann / P. Henschel / H. Schöbel / W. Schmidt / H. Liewald / H. Klüh / E. Penner / H. Rieger / A. Küchler / I. Kunz / K. Hafner / A. Baginski / B. Schuchardt / B. Fischer / B. Arenhövel / G. Dotzauer/H. van der Smissen / S. Creischer / E. Enderwitz / E. Wimmer / K. Knöss / U. Turk / Klausenitzer / I. Hauck / S. Richter-Rauch / A. Klausenitzer-Stadtaus / H. Jordt / W. Lange / J. Langer / R. Theiß / M. Koch / B. Rumpel / G. Gauff / R. Luther / E. Freyer / M. Köhler / K. Didszun / M. Dörfel / W. Walden / C. Schäfer / B. Zirkel / M. Mohr / K. Hergenhahn / K.-H. Burke / G. Weber / U. Stern / K. Weidenmüller / E. Maier-Thomas / M. Luley / R. Hefter / M. Zirkel / U. Dreysse / P. Steinberg / G. Wagner / E. Glas / K. Tramer / H. Wiese / R. Heussner / F. Hensel / L. Schneider / I. Ide / F. Bergerhoff / C. Hölzel / M. Münker / R. Behm / R. Schmelz-Rohde / W. Haas / P. Dietz / H. Schmelz / J. Hinske / P. Bachmann / W. Hafer / B. Hafer / G. Schubert / J. Meusch / J. Schlehuber / H. Maß / J. Schomberg / G. Burbach / G. Turk / E. Skesallek.
Studentische GEW-Mitglieder:
K. Schubert / C. Rüdiger / B. Lilling / H.J. Schenk / M. Oeser / F. Ecklingmann / B. Wegener / D. Höfer.
Dozenten der Fachhochschule Frankfurt:
H. Gumpert / R. Bleymehl / S. Castles / M. Bode / B. Weber / Barabas / B. Laubach / M. Erler.

Darmstadt.
Aus Darmstadt unterschrieben folgende Lehrer, Fachhochschullehrer, Lehrbeauftragte, Studienräte und -referendare:
H.Bachmann, B.Mayer, H.Bausch, U.Roland, A.Weitzsäcker, B.Wolf, H.-J.Weitzsäcker, H.Schreiber, G.Stöcker, H. Brune, H. Eigenbrod, D. Lindworsky, G. Plath, P. Schmidt, L. Radtke, R. Steinmann, V. Pfaff, A. Lichtenfeld U.Brune, H.Robitzsch-Klee, L.Evers, I.Griem, Ch.Sumer, K.Zweysol, S.Unger, J.Beck, L.Schof, H.Blanke
außerdem die Studenten D.Wolf, V.Hölig, W.Hotz
Wir protestieren aufs schärfste gegen die einschüchternden Maßnahmen von Seiten des Kultusministeriums im Fall des Kollegen Güde.
Frankfurter Lehrer: B.Tesche-Turk, J.Landszuweit, H.Pfeil, E.Becker, H.Kellerstrass, K.Heynold, Chr.Kleemann, H.Olbrich, A.Brandl, J.J.Bachmann, I.Schwalm, B.Vollmers, U.Hallier

Göttinger Solidaritätserklärung:

Auf der Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Göttingen/Duderstadt der GEW am 13. März wurden Unterschriften für folgende Solidaritätserklärung gesammelt:
"Wir versichern hiermit dem Kollegen Güde unsere Solidarität und fordern die sofortige Einstellung der Ermittlungen gegen ihn. Wir sind der Meinung, daß die Maßnahmen gegen den Kollegen Güde, der von jedermann zustehenden demokratischen Rechten Gebrauch gemacht hat, den Zweck verfolgen, alle fortschrittlichen Beamten einzuschüchtern. Indem wir diese Erklärung abgeben, fordern wir alle Kollegen auf, diese Absicht der Behörde zu durchkreuzen, indem sie sich ebenfalls in unserem Sinne äußern. ...
Der Erklärung schlossen sich an:

W. Wedekind, W. Jordan, Hartmann, F. Harmasen, D. Seifert, F. Othzen, H. Beland, H. Schmidt, G. Deppe, G. Beuse, U. Köhler, W. Rinn, S. Sökefeld, N. Vogt (alles Lehrer oder Referendare); V. Welzbacher, Diplom-Chemiker / J. Körner, Diplom-Psychologe / H. Noormann, Wiss. Assistent / J. Schlumbohm, Angestellter / P. Riechmann, Redakteur / I. Puder, Wiss. Assistent / S. Elze, Hilfsassistent / N. Marahrens, Wiss. Angestellter / B. Nicolai, Bauingenieur.
6 weitere Angestellte und Beamte, deren Unterschrift unleserlich ist, sowie 56 studentische GEW-Mitglieder, vorwiegend Lehramtskandidaten, unterschrieben ebenfalls.

Eine gleichlautende Solidaritätserklärung unterschrieben:
M. Geffert, I. Dressler, S. Bunger, E. Müller, A. Kieser, A. Stenger, E. Brunkenhövers, I. Schwarz (alles Lehrer oder Referendare); F. Peters, H.-C. Nothdurft, H. Lüpkes, K. Kuckuk (alles Studenten); B. Pelte-Markard, C. Körner, H. Helwig, W. Beuse (alles Diplom-Psychologen); W. Motzkau, R. Weber, B. Dressler (alles Doktoranden); A. Gerdum, G. Beck, V. Mellert (alles Wiss. Assistenten); D. Hundrieser, M. Garbers (beide Diplom-Bibliothekarin); A. Barthy, Ersatzdienstleistender / A. Heiner, Akademischer Rat / D. Schott, Mediziner.

Köln. Sein Schritt in die Öffentlichkeit, die Zuschriften vieler Lehrer beweisen, daß Duckmäusertum und Untertanengeist auch unter den Beamten schwinden.
Lehrer aus Köln, Neuss, Wuppertal, Mönchengladbach und Bergneustadt: H.Dillinger, U.Berlet, M.Kraus, E.Wetzel, E.Hochheimer, G.Keßeler, B.Kühn, G.Böttcher, B.Reiffers, P.Schwers, Ch.Fuchsberger, M.Tietz, Ch.Graetsch, Dr. H.G.Koll,
außerdem die Lehrerstudenten: O Fischer, V.Berten, H.Kraus aus Köln

Emden.
I.Dröhmer, Lehrerin z.A., Grundschule Loppersum / S.Laub, Lehrerin, Hauptschule Marienhafen / G.Lorenz, Lehrer, Volksschule Emden-Larrell / U.Böhm, Lehrerin, Volksschule Emden-Larrell / W.Kühl, Lehrer, Realschule Emden / U.Braune, Lehrerin, Hauptschule Marienhafen.

Weitere Lehrer wandten sich in Zuschriften gegen die Verfolgungsmaßnahmen

Bielefeld: K. Eisele / A. Höving.
Heidelberg: ... Wir schließen uns der Meinung unserer AjLE-Kollegen aus Bremen und Delmenhorst an und protestieren schärfstens gegen das Vorgehen des Oberschulamts, da wir meinen, daß auch Beamten das Grundrecht auf freie politische Betätigung zusteht. H. Berbner, T. Schleeweiß, R. Neumann und 4 weitere Kollegen.
Darmstadt: P. Bosse.
Braunschweig: T. Ernsting.
Freiburg: G. Buchwald / G. Rauthe / H. Caspers.
Hamburg: H. Heiland / B. Meyer / S. Felgendreher / K. Knoche.
Offenbach: H. Gaffga.
Frankfurt: B. Brauer / M. Kelly-Denis.
Göttingen: C. Seidel / M. Helms.
Hannover: A. Bernhardi / E. Ennker / M. Leykum.

Lehrerstudenten:
Gegen die Verfolgungsmaßnahmen gegen den Lehrer F. Güde sprachen sich zahlreiche Lehrerstudenten aus:
Hamburg: R. Gessert, R. Schwandt, H. Schachner, M. Kaufmann, H.-G. Gerdum, H. Wimmer und weitere 9 Studenten aus der Examensgruppe am Pädagogischen Institut der Universität Hamburg; C.-M. Dirksen / K. Poeck / I. Christiansen; W. Burkhardt, Doktorand.
Aachen: U. Schmidt / D. Frickemeier / F. Frickemeier / A. Krafft.
Braunschweig: D. Pape / B. Meyer / H. Bredehöft / H. Franke / H. Geisler / N. Hörrman / A. Dicke / R. M. Schaffarczyk / R. Mügel / K. Stade / R. Armgart / R. Friedrich / C. Wichelmann / P. Klein / J. Berger / J. Fuhrmann / W. Heinemann / H.-J. Klappe / W. Knauer / B.J. Krage / A. Matthis / P. Rosenbaum / R. Schulz / A. Schroeder / E. Rust / H. Ruge / R. Stude / H. Obloch / F. Marx / J. Gester.
Heidelberg: B. Köninger / U. Hoppe.

H.G.Abt, M.Anishänsel, D.Berger, G.Eisele, J.Jaeger, U.Schulz, D.Wolf, SStudenten für Psychologie, Philosophie und Erziehungswissenschaften an der Universität Mannheim.

H. Jakobs, B. Kinter, I. Hinzmann (alle Studenten an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg) unterstützten in einem Leserbrief an die Stuttgarter Zeitung Fritz Güde.

Gerichtsreferendare für freie politische Betätigung:

Die Unterzeichnenden, zur Zeit Gerichtsreferendare in Bremen und ÖTV-Mitglieder, unterstützen den Lehrer Güde in seinem Protest gegen die Verletzung elementarer Rechte jedes Menschen.
N. Schopp, Sprecherin der ÖTV-Gruppe Gerichtsreferendare / W. Nolting / H. Sämisch / C. Ebert, Mitglied des Ausbildungspersonalrats (APR) / H. Siburg / F. Korzus, Mitglied des APR / R. Burchardt / B. Asbrock, Mitglied des APR / W. Müller, Vorsitzender des APR / H.-J. Borowsky / D. Mellin / G. Werner / H.H. Hartmann / H.P. Füssel / C. Ross / J. Klomp.

In ähnlicher Weise äußerten sich in Zuschriften:
Die Gerichtsreferendare: M. Moos, D. Fritzenschaft, W. Trittin, R. Schmid (alle aus Freiburg); Th. Bach, Mosbach; G. Benoit, J. Krüger, R. Lummert, H. Plähn, E. Reinecke (alle aus Hamburg).

Südwestdeutscher Referendarverband, Vorstand: M. Peiseler, I. Sailer, M. Schumann.

... Ich verkaufe seit einigen Monaten die Kommunistische Volkszeitung, weil sie auch den Intellektuellen einen Weg weist, wie sie von den Handlangerdiensten für den Staat fortkommen können.
B. Laubach, Gerichtsreferendarin, Frankfurt.

Braunschweig
Wissenschaftliche Mitarbeiter und Dozenten der Technischen Universität und der Pädagogischen Hochschule Braunschweig:
Dr. D.Dross, Prof.; H.H. Wilke, wiss. Ass.; G.Gomall, Hochschullektor; R.Meinhard, wiss. Ass.; G.Himmelmann, wiss. Ass.

Darmstadt. ...Wir Angehörigen und Anwärter des öffentlichen Dienstes werden es nicht zulassen, daß man mit Beamtenrecht, Disziplinarordnung und Kontrolle durch die staatlichen Behörden unsere elementaren politischen Rechte einschränkt oder wegnimmt...
B.Schader / F.Roth / P.Brause / M.Schweitzer / B.Metscher / D.Schroth / B.Ahlkrimm / A.Fack / U.Falkien (Erzieher, Sozialpädagogen, Ersatzdienstleistende im öffentlichen Dienst, Lehramtskandidat, Jura-Student)

Kiel. Die unterzeichnenden öffentlichen Angestellten und Beamten in Kiel unterstützen das Vorgehen des Lehrers Fritz Güde gegen die Verfolgungsmaßnahmen seitens des Oberschulamtes Karlsruhe ...
H.Schmidt / H.Hudar / H.Otten / K.Spickermann / A.Kasparek / J.Liebe / K.Kersebaum / H.Reibisch / G.Benecke / St.Keller / I.Hurlin / E.Ernst / R.Kasparek / J.Meier / W.Gottschalk / B.Hirsch
A.Nevermann, Diplomsoziologin, Bremen / M.Klink, Postbeamtin, Bremen / R.Heiland, Erzieherin, Hamburg J.Tempel, Assistenzarzt Hamburg

Die Kommunistische Hochschulgruppe **Köln/Mönchengladbach** führte eine Unterschriftensammlung durch, ungefähr 300 Studenten solidarisierten sich mit Güde. Die Unterschriften liegen der Redaktion vor.

Friedrichshafen/Bodensee. Kommunistische Schüler sammelten hier Unterschriften dafür, daß der Lehrer Güde weiterhin im Schuldienst bleibt. Von 80 Unterzeichnenden insgesamt waren 63 Schüler, 7 Studenten, 10 Werktätige.

RESOLUTIONEN U. UNTERSCHRIFTENSAMMLUNGEN

In einer Entschließung wandte sich der Kreisjugendausschuß der ÖTV **Mannheim** gegen die Verfolgung des Kollegen Güde und forderte: **Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Öffentlichen Dienst!**

Aufs schärfste gegen die Verfolgungsaktionen im öffentlichen Dienst protestierte die Personalversammlung des Studienseminars II in **Frankfurt** am 16. März.

Der Verein Jugendzentrum **Darmstadt e.V.** beschloß am 6. März eine Resolution, die sich gegen die Verfolgungsmaßnahmen des Staates gegen Fritz Güde und den Lehrer Rüdiger Offergeld wandte. Die Erklärung wurde mit 51 Stimmen bei 21 Enthaltungen angenommen, keine Gegenstimme.

In **Kassel** wurde im politischen Buchladen eine Unterschriftenliste zu F.Güde ausgelegt. 54 Personen unterschrieben

Das **Freiburger** Komitee gegen die Berufsverbote und gegen die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst führt ihm Rahmen seiner Solidaritätskampagne für den Kollegen Fritz Güde eine Unterschriftensammlung durch. Bis jetzt erreichten die KVZ 94 Unterschriften, dabei unterschrieben neben Schülern und Studenten viele Werktätige mit den verschiendensten Berufen, zum Beispiel Krankenschwestern, Buchhändler, Medizinisch-Teschnische Assistenten, Schneiderin, Sozialarbeiterin, Telefonist, Journalist, Goldschmied,

In **Münster** unterschrieben 40 Menschen eine Resolution, in der die Einstellung der Ermittlungen gegen F.Güde gefordert wird. In Münster wurden 6 Referendare wegen ihrer politischen Arbeit nicht in den Schuldienst übernommen. Die sofortige Übernahme der 6 in den Schuldienst wurde ebenfalls gefordert.

In **Düsseldorf/Neuß** unterschrieben 119 eine Solidaritätserklärung zu Güde. Darunter 9 Lehrer, viele Lehrerstudenten und Schüler, Kaufleute, Redakteure, Maschinenschlosser, Chemielaborant.

In **Heidelberg** wurden am Institut für Soziologie und Ethnologie Unterschriften gesammelt, darunter die der Wiss. Assistenten: G. Hauck / U. Luig / A. Asamoa / Spielmann. Weiterhin: A. Loßseck, Lehrbeauftragte / D. Haude, Wiss. Angestellter / B. Rimpler, R. Gramm, K. Wegener (Studenten und von der Vollversammlung gewählte Tutoren; außerdem 10 Studenten.

Technische Universität Hannover
C. Ahlzweig, Wiss. Assistent / W. Sauer, Akad. Rat / J. Gessinger, Wiss. Assistent / W. Rohde, Akad. Rat / A. Grewenig / U.G. Hölsken / K.J. Mitschke, Lehrbeauftragter / J. Haupt Akad. Rat / Prof. Gisela Bezzel-Dischner / R. Schnell, Wiss. Assistent / F. Vaßen, Akad. Rat / A. Weihs, Wiss. Tutor.

Außerdem:
F.P. Hesse, Student, Kassel / C. Draffin, Kindergärtnerin, Heidelberg / J. Meissner, Heidelberg / E. Lunnebach.
In **Göttingen** unterschrieben weitere 132 die Solidaritätsresolution, darunter 3 Lehrerinnen, Buchhändler, Drucker, Krankenpfleger und Krankenschwestern, Lagerarbeiter, in der Mehrzahl Studenten.

GEW-Führung gegen Kommunistischen Bund Westdeutschland

GEW-VORSTAND BESCHLIESST UNVEREINBARKEIT VON GEW UND KOMMUNISTISCHEM BUND WESTDEUTSCHLAND

Auf Betreiben von GEW-Vorsitzendem Frister hat jetzt auch der Vorstand der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) einen Unvereinbarkeitsbeschluß in bezug auf die Mitgliedschaft in der GEW und die Mitgliedschaft in kommunistischen Organisationen gefaßt. War bei den Unvereinbarkeitsbeschlüssen der IG Druck und Papier noch die Frage der RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) im Mittelpunkt gestanden, eine Taktik, die von verschiedenen Organisationen, die in den Gewerkschaften keine Rolle spielen, vertreten wird, vom Kommunistischen Bund Westdeutschland jedoch stets als schädliche Taktik bekämpft wurde, so steht im Mittelpunkt des Unvereinbarkeitsbeschlusses des DGB und jetzt auch der GEW die Verpflichtung der Mitglieder auf die "freiheitlich-demokratische Grundordnung".
Seit Monaten rennnen GEW-Funktionäre mit dem Programm und den Gewerkschaftsleitsätzen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland unterm Arm herum und erbringen den Nachweis, daß das Programm des KBW nicht auf dem Boden der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" stehe. Als ob es für eine Gewerkschaft darauf ankäme, daß ihre Mitglieder auf der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" stehen! Was ist denn das überhaupt anderes als ein Knüppel gegenüber allen, die die herrschenden Verhältnisse für ungerecht halten und sie ändern wollen? Und muß es nicht gerade das Ziel jeder Gewerkschaft sein, diese herrschenden Verhältnisse zu ändern, wenn sie eine Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten sein will, statt eine Organisation des bürgerlichen Staates und der Kapitalisten zwecks weiterer Unterdrückung der Arbeiter, Angestellten und Beamten?

Für Frister wie die anderen Gewerkschaftsfürsten ist die Sache klar. Die Gewerkschaften sollen Organisationen zwecks Verteidigung der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" sein, und wenn diese "freiheitlich-demokratische Grundordnung" hundertmal nur ein Unterdrückungsinstrument in den Händen der herrschenden Klasse ist. Mit einer solchen Politik kann Frister natürlich immer weniger bei den Gewerkschaftsmitgliedern landen, die ja täglich von Seiten der vorgesetzten Behörde mit den gleichen Argumenten konfrontiert werden und dagegen im Kampf stehen. Es ist also verständlich, daß Frister die Kommunisten aus der Gewerkschaft hinaushaben will, denn diese organisieren den Unmut der Gewerkschaftsmitglieder gegen die derzeitige Gewerkschaftsführung. Da der Kommunistische Bund Westdeutschland immer für die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes eingetreten ist und unmöglich als Spalter diffamiert werden kann, bekämpft Frister den Kommunistischen Bund Westdeutschland besonders nachdrücklich.
"Beim Kommunistischen Bund Westdeutschland ist der Fall klar," sagt Frister. Da werde offen die Abschaffung der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" propagiert, und das KBW-Programm fordere außerdem die Errichtung der Diktatur des Proletariats, auch mit Waffengewalt. Frister: "Hier ist die Trennung deutlich gezogen, da das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung Vorbedingung ist für eine Mitgliedschaft in der GEW." (Mannheimer Morgen, 14.3.74) Von einer Propagierung der Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in unserem Programm kann gar keine Rede sein. Denn wie soll man etwas abschaffen wollen, was es gar nicht gibt? Was laut KBW-Programm abgeschafft werden soll, ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Da die Kapitalisten dazu kaum bereit sein werden, stellt das Programm fest, daß nur die Herrschaft der Arbeiterklasse das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufheben und damit die Grundlage aller Ausbeutung und Unterdrückung beseitigen kann. Außerdem stellt das Programm fest, daß die Herrschaft der Arbeiterklasse nur mit Waffengewalt errichtet werden kann, solange die Kapitalistenklasse über bewaffnete Formationen verfügt und diese auch gegen die Arbeiterklasse einsetzt. Außerdem wird gesagt, daß die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, überhaupt erst eine umfassende Demokratie für das Volk verwirklichen wird. Dementsprechend tritt unser Programm nicht gegen die Demokratie auf, sondern im Gegenteil tritt es für umfassende Demokratie ein, für soviel Demokratie, daß es einem Frister schon viel zuviel ist: nämlich für die Wahl der Lehrer durch das Volk, für die jederzeitige Abwählbarkeit der Volksvertreter durch das Volk, für die allgemeine Volksbewaffnung und andere demokratische Forderungen, die Frister zweifellos zu weit gehen und für die in seiner "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" kein Platz ist.

Frister will die Kommunisten nicht deshalb loswerden, weil sie angeblich keine Demokraten sind. Er will sie loswerden, weil sie ihm zu sehr Demokraten sind. Tatsächlich können ja auch nur die Kommunisten bis zum Ende Demokraten sein, denn sie allein treten für die klassenlose Gesellschaft ein, die mit der Ausbeutung und Unterdrückung Schluß macht.

Frister behauptet, daß die Kommunisten in der GEW der Zahl nach eine so geringe Rolle spielen, "daß man darauf achten muß, daß sie nicht durch Manipulationen zu Funktionen kommen." Das mag verstehen, wer will. Wenn die Kommunisten der Zahl nach eine so geringe Rolle spielen, warum will er sie dann hinauswerfen? Und wie können sie denn dann in demokratischen Wahlen Funktionen erlangen? So gering kann die Zahl der Kommunisten in der GEW offensichtlich nicht sein. Oder wie sonst ist zu erklären, daß in den letzten Wochen mehrere KBW-Mitglieder oder Mitglieder seiner Massenorganisationen, als sie bei Beendigung ihrer Studien und Aufnahme ihres Lehrerberufes in die GEW eintraten, ausdrücklich vor dem schädlichen Einfluß des KBW gewarnt wurden und ihnen empfohlen wurde, sich durch diesen Einfluß nicht abschrecken zu lassen? Sie ließen sich nicht abschrecken. Woher kommt es denn, daß Pressereferenten von Bezirksvorständen angsterfüllte Artikel in die Zeitungen setzen lassen, in denen es unter anderem heißt:
Es sei "eine deutliche Abgrenzung gegenüber dem Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) notwendig, der seine Mitglieder satzungsmäßig verpflichte, in den Gewerkschaften zu arbeiten, um die legitimierten Gewerkschaftsführer durch klassenbewußte Gewerkschafter und Kommunisten zu ersetzen." (Nord-West-Zeitung, Oldenburg, 8.4.74)

Wir verpflichten unsere Mitglieder, in den Gewerkschaften aktiv zu arbeiten, weil wir die Gewerkschaften für elementare und lebensnotwendige Organisationen halten. Gegen die gegenwärtigen Gewerkschaftsführer treten wir auf, weil sie in ihrer Politik darauf aus sind, diese elementaren und lebensnotwendigen Organisationen an die Kette des bürgerlichen Staates zu legen und damit kaputt zu machen. Einen gewissen Einfluß in den Gewerkschaften haben unsere Mitglieder, weil viele Gewerkschafter in dieser Sache denken wie wir. Verfolgt werden unsere Mitglieder in den Gewerkschaften von Frister und seinen Leuten, weil sie aus den Gewerkschaften Verfassungsschutzorgane machen wollen, während unsere Mitglieder aus den Gewerkschaften Kampforganisationen der Arbeiterklasse und aller Lohnabhängigen machen wollen. Das wollen auch viele andere Mitglieder der Gewerkschaften, und deshalb werden Frister und seine Leute letzten Endes scheitern. Denn so wie sie die Gewerkschaften haben wollen, nützen sie den Lohnabhängigen nichts. Die Arbeiter und alle Lohnabhängigen **brauchen** aber klassenbewußte und kampfstarke Gewerkschaften.

–J.S.–

Gesinnungsschnüffelei

EMPÖRUNG BEI BREMER KOLLEGEN

Bremen. Der Bildungssenator Thape läßt seinen volksfeindlichen Charakter in letzter Zeit verstärkt auch die Beschäftigten in seiner Behörde spüren: **In kurzer Zeit ist gegen zwei fortschrittliche Kollegen die Einleitung eines Disziplinarverfahrens eröffnet worden.**

Gründe: Klaus Spradau hatte in der behördeneigenen Druckerei ein kommunistisches Schriftstück für den Privatgebrauch fotokopiert. Ihm wurde mitgeteilt, daß dies nach dem Beamtenrecht eine unzulässige "Eigennützigkeit" sei. Außerdem wurde angefragt, wie er es mit dem Inhalt des Schriftstückes halte: Falls er sich damit identifiziere, liege der Verdacht nahe, er habe bei politischer Betätigung nicht die für einen Beamten gebotene Zurückhaltung gewahrt; außerdem sei sein Verhältnis zum Grundgesetz fragwürdig. In seiner Stellungnahme, die er öffentlich an alle Kollegen der Behörde verteilt hat, hat Klaus Spradau den undemokratischen Charakter von Thapes Maßnahme entlarvt und die Gesinnungsschnüffelei scharf zurückgewiesen. Alle Kollegen waren empört über das Vorgehen der Behördenleitung.

Die Beamtin Antje Linder (Regierungsrätin und seit vier Wochen Beamtin auf Lebenszeit) hat am Mittwoch, 6.3., vor dem Betrieb VFW-Fokker an die streikenden Metaller Flugblätter des KBW verteilt, in denen zur Einheitlichkeit im Streik aufgerufen wurde. Dieser "unerhörte" Vorgang wurde noch am selben Tage von dem VFW-Betriebsrat und SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Lüneburg an die Behördenleitung gemeldet. Diese will nun feststellen, ob die Beamtin Linder ein Verfassungsfeind ist und aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden muß.

Gegen diese fortschreitende Entrechtung müssen wir den Kampf aufnehmen. Wie man das richtig macht, hat uns beispielhaft der Lehrer Fritz Güde gezeigt, und die Kollegen beim Bildungssenator Thape werden sich an dieser Linie ausrichten.

—Betriebszelle Bildungssenator der Ortsgruppe Bremen—

IN HESSEN:

Streiks an Hessenkollegs

MISSTÄNDE IN DER ERWACHSENENBILDUNG

Kassel. An allen Hessenkollegs richteten sich in den letzten Wochen die Aktivitäten der Kollegiaten gegen eine rückständige Kollegordnung, die das Kultusministerium gegen den Widerstand und wider die Forderungen der Betroffenen im zweiten Bildungsweg im Februar in Kraft setzte. Die Studierenden des zweiten Bildungsweges, die fast alle schon mehrere Jahre im Arbeitsprozeß gestanden haben, wehren sich in einer Streikresolution gegen Verschulung und Mißstände der Erwachsenenbildung. Wir fordern u. a.: Weg mit den verschärften Halbjahresversetzungen! Weg mit den politischen Disziplinierungsversuchen! Für gerechte Zulassungsbedingungen (besonders Arbeiter werden durch den Prüfungsmodus benachteiligt, da sie wenig Vorkenntnisse in Englisch oder Mathematik besitzen und wenig Zeit zum Lernen haben) sowie für Öffentlichkeit aller Konferenzen.
In Kassel stimmten 86 % aller Kollegiaten für Streik. Die Streiks an den Kollegs fanden ihren Höhepunkt in der Demonstration am 6. 3. in Wiesbaden vor dem Friedeburg-Ministerium. Aus ganz Hessen rückten die Kollegiaten an, um von der Kultusbürokratie Rechenschaft über deren Ignoranz gegenüber unseren Forderungen, die dort schon seit Monaten bekannt sind, zu fordern. Doch diese selbstgefälligen Bürokraten, die immer nur von "mehr Demokratie wagen" reden, aber Selbstbestimmung unterdrücken, sie verschanzten sich in ihrem Verordnungsbunker und hielten es als "Volksvertreter" nicht für notwendig, sich den Bürgern zu stellen. Unsere neue reaktionäre Kollegordnung zeigt, daß derartige Bürokratenwillkür im gesellschaftlichen Zusammenhang in einer Linie zu sehen ist mit dem reaktionären Hochschulrahmengesetz, mit dem bevorstehenden Ordnungsrecht für Universtiäten, mit dem verschärften Personalvertretungsrecht in der Verwaltung, mit der unterdrückten freien politischen und gewerkschaftlichen Betätigung in den Betrieben oder mit dem kriminellen Vorgehen der Unternehmer gegen Jugendvertreter.

—H.F., Kassel—

Der ASTA bleibt besetzt

ABSETZUNG DES ASTA PH FREIBURG VORLÄUFIG VERHINDERT

Freiburg. Am 4.3. hat der Rektor der Pädagogischen Hochschule (PH) Freiburg, Bauer, das Studentenparlament und den Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) der PH für abgesetzt erklärt und bekanntgegeben, er werde einen kommissarischen AStA einsetzen, der solange im Amt bleibt, bis er, Bauer, Neuwahlen für möglich halte.
Der Rektor will damit während der Semesterferien einen AStA aus der Welt schaffen, der ihm politisch nicht genehm ist. Der PH-AStA hat durch seine Arbeit die fortschrittliche Bewegung unter den Studenten unterstützt und vorangebracht. Unter anderem hat er die Studenten ständig unterrichtet über die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes sowie über den Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus. Er hat in allen Fragen das politische Mandat wahrgenommen.
Der Rektor gibt als Grund für seine Maßnahme an, das Wahlverfahren, nach dem das jetzige Studentenparlament und der AStA gewählt wurden, sei nicht demokratisch gewesen, weil sie nicht nach der Satzung von 1955 abliefen. Aber wenn's danach ginge, dann hätten seit Jahren alle Studentenparlamente und ASten abgesetzt werden müssen, denn sie wurden seit 1969 alle nach dem gleichen Wahlverfahren gewählt, wie im letzten Sommer. Und daß dieses Wahlverfahren nicht demokratisch sei, stimmt überhaupt nicht: Die Studenten wählen ihre Vertreter in das Studentenparlament auf Versammlungen, auf denen sie vorher ausführlich und offen die Wahlprogramme der verschiedenen Kandidaten diskutieren konnten. Sie können ihre Vertreter in dem Moment, wo sie sich nicht mehr an die Beschlüsse der Studenten halten, abwählen.
Das Rektorat nimmt sich hier politisch die Frechheit heraus, Vertretungskörperschaften der Studenten abzusetzen. Stützen kann es sich dabei auf die bürgerliche Justiz, die ihm diesen Eingriff rechtlich absicherte und ihm die Rechtsaufsicht über die Vertretungskörperschaften der Studenten zugestand, auf das Kultusministerium, das hier sowieso die Fäden in der Hand hat; die bürgerliche Presse liefert die Begleitmusik mit ihrer Hetze gegen die Studenten, die auf einer Pressekonferenz, wo Bauer seine Lügen und Verdrehungen klammheimlich zum Besten geben wollte, Öffentlichkeit herstellten: "Terroristen", "Schläger", "Politrocker".
Die Badische Zeitung sprach von einem Gerangel, die Süddeutsche Zeitung "berichtete" von einer Schlägerei, und in der Bild-Zeitung haben linksradikale Studenten den Rektor mit Handkantenschlägen zusammengeschlagen. Davon ist kein Wort wahr. Es war so, daß Bauer Studenten an den Mänteln festhielt und diese sich loszumachen versuchten. Kurz darauf ließ sich Bauer dann von einem seiner Hausmeister ins Krankenhaus fahren, mit einem Pflaster an seiner zarten Hand, unter dem sich angeblich eine Platzwunde verstecken sollte. Zwei Tage später hatten wieder mal ein paar Studenten Anzeigen wegen Körperverletzung.
Offensichtlich hat die Bourgeoisie hier ihre ganzen Mittel und Handlanger auf den Plan geholt, um an der Hochschule ihre reaktionären Interessen widerstandslos durchsetzen zu können.
Das wird ihr aber nicht gelingen. Obwohl Semesterferien sind, kamen zu einer Kundgebung zwei Tage nach der Absetzung des AStA über 200 Studenten, Schüler und Lehrlinge. Der AStA wird seitdem besetzt gehalten. In der Stadt wird eine breite Agitation und Propaganda entfaltet.

—KHG Freiburg, Sektion PH/Red.—



200 Lehrlinge, Schüler und Studenten protestierten gegen die Besetzung.

FACHHOCHSCHULE HILDESHEIM

Rektor sieht rot

POLIZEIEINSATZ GEGEN WANDZEITUNGEN

**Hildesheim. Mit Hausverboten und strafrechtlicher Verfolgung werden nach Presse- und Rundfunkmeldungen vom 15.3.1974 die Vertreter der Studentenschaft der Fachhochschule, der Allgemeine Studentenrat sowie Mitglieder der Kommunistischen Hochschulgruppe Hildesheim (KHG) zu rechnen haben.
Was ist an der Fachhochschule Hildesheim passiert?**

1. VERSCHÄRFUNG DER PRÜFUNGEN

Den Studenten wurde bisher die Wahl
Den Studenten wurde bisher die Wahl des Themas freigestellt und dementsprechend Ausarbeitungen und Vorbereitungen zu treffen. Nachdem die Kollegen ihre Vorbereitung nach ca. vier Wochen abgeschlossen hatten, wurde ihnen von der Fachbereichsleitung mitgeteilt: "Freie Wahl des Themas ist nicht" – zwei Themen wurden gestellt. Die Studenten fordern Fortsetzung der Prüfung nach den ersten Kriterien!

2. EINSCHRÄNKUNG DER POLITISCHEN RECHTE – DISZIPLINIERUNGSMASSNAHMEN VON DER FACHHOCHSCHULLEITUNG

Es wurden vom Hausherrn Berger regelmäßig und sehr schnell Plakate und Informationsblätter des studentischen Dachverbandes SVI, der KHG und des KBW entfernt. Bei einer politischen Veranstaltung des Studentenrats wurde eine Hundertschaft Polizei bereitgestellt. Hausverbote und Disziplinarverfahren wurden gegen fortschrittliche Studenten ausgesprochen und eingeleitet. Selbst entsprechende Räumlichkeiten für Vollversammlungen wurden den Studenten nicht zur Verfügung gestellt.

Über diese Situation wurden alle Studenten vom Studentenrat am 14.3. informiert und der Kampf gegen diese Maßnahmen unter der Parole: "Für freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf" aufgenommen.
Es wurden dementsprechend Wand-
Es wurden dementsprechend Wandzeitungen und Infos erstellt und in der Pausenhalle aufgehängt und verteilt. Weiterhin wurde auf die vom KBW durchgeführte "Kambodscha-Woche", auf das Berufsverbot für den Lehrer Fritz Güde und auf die KVZ hingewiesen und darüber diskutiert.

Nach mehrmaliger Aufforderung Bergers, die Plakate und Infoblätter zu entfernen, rief er um 9.30 Uhr die Polizei. Um 9.45 Uhr entschieden die Studenten mehrheitlich, daß alle Wandzeitungen und Plakate an Fenstern und Wänden hängenbleiben sollten. Unter Polizeischutz wurden von Berger etliche Informationsschriften entfernt und vernichtet.
Über Rundfunk und Presse wurde eine offene Hetze gegen Demokraten und Kommunisten eingeleitet, die nicht mehr wollen, als ihre demokratischen Rechte wahrnehmen.

—EN, Hildesheim—

Keinen Pfennig ans Studentenwerk

ÜBER 10 000 STUDENTEN BOYKOTTIEREN BEITRÄGE

Frankfurt. Bereits im Sommer 1973 wurden die Studenten der Fachhochschulen in Hessen per Erlaß des Kultusministeriums zur Eingliederung in die Studentenwerke gezwungen. In diesem Semester sollten wir nun zur Kasse gebeten werden und die Kosten für das Studentenwerk bezahlen. Doch an allen Fachhochschulen in Hessen haben sich über 10 000 Studenten in Urabstimmungen und auf Fachhochschulen-Vollversammlungen zum Boykott dieser Beiträge entschlossen.

Der Grund dafür liegt in der miserablen sozialen Lage vieler Studenten, die durch die Studentenwerk-Beiträge von DM 30 noch weiter verschärft wird. Im Rahmen der Verschlechterung der Lebensbedingungen des gesamten Volkes durch Preissteigerungen, höhere Steuern und Sozialabgaben, und durch die staatliche Inflationspolitik, hat sich auch die soziale Lage der Studenten rapide verschlechtert. Verstärkt wird dies noch durch die Abhängigkeit vieler Studenten von der staatlichen Ausbildungsförderung (Bafög), deren Hungersätze die Lebenshaltungskosten überhaupt nicht abdecken. Die Studenten gehen zum Kampf über und dadurch konnte die hessische Landesregierung bereits im letzten Semester gezwungen werden, die geplante Eingliederung von Fachhochschul–Studenten in die Studentische Krankenkasse mit DM 70 Beitrag zurückzunehmen.

Doch trotz dieser Zugeständnisse bekräftigen wir unsere Entschlossenheit, keinen Pfennig an das Studentenwerk zu bezahlen. In Frankfurt beteiligten sich über 700 Studenten an einer Fachhochschul-Vollversammlung und stimmten fast einstimmig für die aktive Weiterführung des Boykotts, sowie für eine erneute Urabstimmung, um noch mehr Kommilitonen für die Durchführung des Boykotts zu gewinnen. Obwohl das Kultusministerium mit gehässigen Repressalien versucht, die Studenten von ihrem berechtigten Kampf abzubringen, stehen die Studenten in Frankfurt fast geschlossen hinter ihren Forderungen: Keinen Pfennig an das Studentenwerk und Finanzierung des Studentenwerks aus staatlichen Mitteln! In dieser Auseinandersetzung erkennen immer mehr Studenten, daß der Boykott verbunden werden muß mit dem Kampf um die völlige Umgestaltung des Steuerwesens, denn der Staat unterhält auch die Hochschulen und deren Anhängsel aus Steuermitteln, welche hauptsächlich den Arbeitern sowie den übrigen Lohnabhängigen abgepreßt werden. Seine Hauptinstrumente sind dabei die indirekten Steuern auf Konsumgüter, die Mehrwertsteuern und die Lohnsteuer. Zunehmend treten auch die fortschrittlichen Studenten für die demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen nach Abschaffung dieser Steuern ein. Wir tun dies, indem wir die Forderungen des Programms des KBW zum Bestandteil unseres Kampfes gegen den bürgerlichen Staat machen!
ABSCHAFFUNG ALLER INDIREKTEN STEUERN UND BESTREITUNG DER ÖFFENTLICHEN AUSGABEN – SOWEIT DIESE DURCH STEUERN GEDECKT WERDEN – AUSSCHLIESSLICH DURCH DIE PROGRESSIVE BESTEUERUNG VON EINKOMMEN, VERMÖGEN UND ERBSCHAFT!

—R.J., KSB Frankfurt—

Spitzel entlarvt - Student vor Gericht

Tübingen. Dem Studenten Michael Latz wird gegenwärtig der Prozeß gemacht. Anklage wurde gegen ihn erhoben wegen "Verdacht auf gemeinschaftlich begangenen Raub".

Gemeint ist damit folgender Vorfall: Im Juni 1973 streikten die Tübinger Studenten gegen den Entwurf für ein neues Landeshochschulgesetz. Auf einer Demonstration wurde von Teilnehmern der Polizeispitzel Engelbert gestellt. Ein Koffer mit Aufzeichnungen über Studenten während des Streiks, eine Kamera mit Teleobjektiv, Pistole und Munition, Handschellen sowie Leichenscheine für alle Eventualitäten wurden ihm abgenommen.
Am 11. Juli führte die Polizei bei 12 Studenten Hausdurchsuchungen durch. Sie fand nichts. Michael Latz wurde verhaftet und mehrere Wochen in Untersuchungshaft gehalten. Eine breite Solidaritätsbewegung erreichte schließlich seine Freilassung.
Im September begann der Prozeß. Staatsanwaltschaft und Richter wollten den Studenten im Schnellgerichtsverfahren aburteilen. Das gelang jedoch nicht, das Gericht wurde wegen Befangenheit abgelehnt. Die Umstände, unter denen jetzt der Prozeß fortgeführt wird, zeigen jedoch, daß das Gericht nach wie vor an seiner Absicht festhält: Der Student soll verurteilt werden, über die Spitzeltätigkeit der Polizei soll nichts bekannt werden. Deswegen wurde inzwischen die Öffentlichkeit ausgeschlossen, deswegen läßt der Richter entweder keine Fragen zur Tätigkeit der Polizeispitzel und der politischen Polizei zu oder er gibt dem Antrag auf Verweigerung der Aussage statt. Gegen all diese Versuche stellt sich in Tübingen eine breite Solidaritätsbewegung. Immer mehr Menschen, besonders Studenten, beteiligen sich an der Arbeit des Solidaritätskomitees, das an jedem Prozeßtag die Öffentlichkeit mit Flugblättern unterrichtet.

—E.H., Tübingen/Red.—

WUPPERTAL

Jugendreferentin gefeuert

JUGENDZENTRUMS-VERANSTALTUNG DURCHGESETZT

**Wuppertal. Am 2. März fand in der Volkshochschule (CHS) im Rahmen des Jugendprogramms eine Diskussionsveranstaltung zum Thema "Selbstverwaltetes Jugendzentrum" statt. Die Veranstaltung knüpfte an den Kampf der Wuppertaler Jugend um ein eigenes Zentrum an, der seinen letzten Höhepunkt in einer durch massiven Polizeieinsatz vereitelten Hausbesetzung und einer nachfolgenden Demonstration hatte.
Die bürgerliche Presse hetzte, die SPD-Stadtregierung rief nach "Ruhe und Ordnung" und stempelte die Jugendlichen als Kriminelle ab.**

Aber trotz massiven Drucks konnten sie die VHS-Veranstaltung nicht verhindern. Ein Stadtverordneter, der auf der Veranstaltung erschienen war und groß daherreden wollte vom Parlament und von der Notwendigkeit, einen Verein für das Jugendzentrum zu gründen, damit es Verantwortliche gibt, ging sang- und klanglos den Bach runter. Die Jugendlichen entlarvten das Gerede dieses Vertreters des bürgerlichen Staates und der Bourgeoisie als übles Betrugsmanöver. Sie machten auf der Veranstaltung deutlich, daß ihr Kampfwille ungebrochen ist und daß sie an ihrer Forderung nach einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung festhalten. Das dürfte denn auch der Grund sein, daß die fortschrittliche Jugendreferentin, Ingrid Wawrzyniak, deren mutigem Eintreten überhaupt die Durchführung der Veranstaltung zu verdanken ist, zwei Tage nach der Veranstaltung gekündigt wurde von der Stadt! Die Forderung nach sofortiger Wiedereinstellung der Referentin haben die Jugendlichen jetzt mit aufgenommen. Die Maßnahme selber werten sie als Maulkorb für die Volkshochschule.

**Weg mit dem Maulkorb für die VHS!
Sofortige Wiedereinstellung der Jugendreferentin!
Freispruch für alle Jugendlichen!
Für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum!**

—Sympathisantengruppe des KBW Wuppertal/Red.—

Wie der MAD hetzt

GEGEN FORTSCHRITTLICHE SOLDATEN

In einer breit angelegten Aktion beim Luftwaffenversorgungsregiment 4 (Neckarelz) wird systematisch Meinungsmache gegen alle Arten fortschrittlicher Soldaten betrieben. Die vom MAD mit den dortigen Einheitsführern gesteuerte Aktion begann mit Plakaten, die in eindeutig antidemokratischer Weise das Recht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit kriminalisierten. In diesen Plakaten wird alles in einen Topf geworfen: "Agitation gegen Bundeswehr, Spionage, Zersetzung, Subversion, Verbreitung von Halbwahrheiten, Diffamierung, Aufruf zu gesetzeswidrigem Verhalten" usw.

Gleichzeitig wurden Taschenkalender herausgegeben mit dem Aufdruck: Spionage lohnt nicht! Wir helfen! MAD Köln, Tel., Postfach. Das dient selbstverständlich nicht zur Spionageabwehr, sondern es soll die gegenseitige Bespitzelung unter den Soldaten organisieren. Jeder mögliche Denunziant von fortschrittlichen Soldaten wird somit aufgefordert, rasch und "unbürokratisch" und womöglich anonym Meldung zu machen. Daß sich diese Kampagne vorrangig gegen fortschrittliche Soldaten richtet, wird klar, wenn man sich folgendes überlegt: Die wehrpflichtigen Soldaten kommen in der Regel niemals an wichtige Spionageobjekte heran. Das trifft nur auf längerdienende Soldaten zu.

Als nächster Schritt wurde von MAD-Leuten Unterricht über "Die Arbeitsweise des MAD" gehalten. Die Feinde, die es zu bekämpfen gelte, wurden klar benannt, von den Kriegsdienstverweigerern bis zu den Kommunisten, selbstverständlich alles im Namen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Höhepunkt der Aktion waren Flugblätter, die verschieden Soldaten an ihre Heimatadresse zugeschickt bekamen. Ihr Inhalt waren "linke" Phrasen, die wahllos aneinandergereiht wurden. Dieses plumpe und ganz offensichtlich gefälschte Flugblatt stammt von niemand anderem als vom MAD. Die betroffenen Soldaten merkten jedoch sehr bald, daß es sich bei dem Flugblatt um eine Fälschung handelte. Sie taten deshalb, was von ihnen erwartet wurde und was vorgeschrieben ist und gaben das Flugblatt an den Staffelfeldwebel ab. Wenn der MAD glaubt, mit seiner Gesinnungsschnüffelei einen zuverlässigen Test über die Einstellung der Wehrpflichtigen zu haben, dann täuscht er sich.

Wir sehen also: Angesichts der aufkeimenden antimilitaristischen Bewegung in der Bundeswehr sieht sich der MAD gezwungen, dagegen den Kampf planmäßig zu organisieren. Seine Hetze dagegen ist jedoch nicht erfolgreich. Die Wehrpflichtigen lassen sich nicht vor seinen Karren spannen. Im Gegenteil, die Aktion schärfte das Mißtrauen vieler Soldaten gegenüber dem MAD.

Mit solidarischen Grüßen
S.M., Waiblingen

SOLDATEN BERICHTEN:

„Wachdienst ist Ehrendienst"

BUNDESWEHR:ZIEHSTÄTTE FÜR BRAUCHBARE UND FUNKTIONIERENDE ARBEITER

Diesmal wurde ich zum stellvertretenden Wachhabenden gemacht. Bis um 2 Uhr durfte ich schlafen und habe nun Dienst. Mir obliegt die traurige Aufgabe, die Kameraden zu den jeweiligen Zeiten aus den "Betten" zu scheuchen. Ja, als Soldat wird man in solchen Dingen geübt. Da liegt System darin. Auch der Wachdienst hat wenig Pragmatisches an sich, wie so vieles in der Armee. Er dient zur Disziplinierung, d. h.: Der Soldat soll lernen (und nur dadurch wird er zum Soldat), persönliche Empfindungen und Regungen unterzuordnen, muß deutlich durch die Disziplinargewalt, die über ihm schwebt, erkennen, daß es zwecklos ist, sich aufzubäumen. Hunger, Kälte, Durst, Dreck, Emotionen, die einem zu schaffen machen, dafür ist kein Platz. Der Wunsch, der jedem irgendwann inne ist, sich auszuleben, seine Freiheit zu genießen, (bewußter oder unbewußter Anspruch, gleichgültig) muß auf unbestimmte Zeit zurückgestellt werden, oder, so wäre es am besten, gar nicht erst aufkommen. Ein Soldat darf nicht frei denken, darf nur im Rahmen seines Dienstes denken, computermäßig. Der beste Soldat ist durch und durch Maschine, Reaktion und Reflex. Und da es niemandem je gelingen wird, die immer wieder zum Ausbruch kommende menschliche Natur vollkommen zu unterdrücken, müssen die Verhaltensmechanismen, die uns zum brauchbaren Werkzeug der herrschenden Klasse machen sollen, immer und immer wieder eingeübt werden. Deshalb der Drill, die Formausbildung, das ständige Wiederholen von Stereotypen, sei es von Meldungen, Waffenhandhabung, von Sauberkeit und Ordnung. Zu den Meldungen zum Beispiel: Sie sind wie gesagt stereotyp. Es gibt ein ganzes Arsenal von diesen Formeln, für jede Situation, in die ein Soldat kommen kann, Schemata, die man mit Leichtigkeit der jeweiligen Lage anpassen kann. Ein Offizier sagte uns, es seien Hilfsmittel für uns, auch in extremen Situationen noch richtig handeln zu können, dies wäre nur zu unserem Besten. Dieser Heuchler versucht noch, für uns positiv darzustellen, was ihm die Handhabe gibt, uns, sei es notwendig, ohne Widerstand in den Tod zu schicken. All dies hat System und geht weit über die Aufgaben, die eine Armee haben könnte, hinaus.

Die Politik machen hier die Offiziere, die Schweinereien, die sie mit uns veranstalten, die Willkür, mit der sie Druck geben, scheint auf einen miesen Charakter zu deuten. Man fragt sich wirklich sehr oft, aber leider nicht konsequent genug, warum wir dies und das machen müssen, was ein bestimmter Befehl für einen Sinn hat. Die pauschale Formel: "Zu dienstlichen Zwecken" ist Gummi und läßt sich immer anwenden.

Die Schule der Nation, eine Schule im Sinne der herrschenden Klasse, der Kapitalisten, eine Ziehstätte für brauchbare und funktionierende Arbeiter. Eine Schule auch für Führungskräfte, für Lakaien der Kapitalisten. Dem jungen Gymnasiasten wird es leicht gemacht, Offizier oder Offiziersnachwuchs zu werden, er soll bald verstehen, daß er zu etwas Besserem geboren ist, soll das Gefühl kennenlernen, andere Menschen zu beherrschen und zu führen. Trugschluß wäre nun zu glauben, daß ein Fähnrich alle Freiheiten besäße. Auch er hat seine Vorgesetzten, auch er hat nur Freiheiten in dem Rahmen, den das Herrschaftskonzept dieses Systems zuläßt. Er ist nichts weiter als eine Hilfskraft der Unterdrückung und wird selbst unterdrückt. All dies ist systemstabilisierend und soll helfen, die Klassensituation zu erhalten. Und wirklich, der gediente Arbeiter ist der bessere Arbeiter, was die Kapitalisten ganz offen bestätigen.

Inzwischen ist halb acht geworden, das Früstück ist eingetroffen. Ich habe die Kameraden erst jetzt geweckt und nicht um halb sechs, wie es in der Wachanweisung steht. Gleich geht die erste Streife, der tägliche Trott beginnt von neuem.

übt werden. Deshalb der Drill, die Formausbildung, das ständige Wiederholen von Stereotypen, sei es von Meldungen, Waffenhandhabung, von Sauberkeit und Ordnung. Zu den Meldungen zum Beispiel: Sie sind wie

Für Krankmelden: Ausgangssperre

Für Krankmelden: Ausgangssperre

Die Militärs versuchen mit den verschiedensten Mitteln die Soldaten davon abzuhalten, zum Arzt zu gehen und sich krankzumelden. In unserer Batterie wurde im letzten November die Regelung getroffen, daß Soldaten, die sich krank melden, zum Spieß müssen und von diesem erst einmal zu Revierreinigungsarbeiten eingeteilt werden. "Damit wir nicht nutzlos im Sanitätsbereich rumsitzen, während wir auf den Arzt warten".

Unser Batallion war im Dezember 14 Tage im Biwak. Bei den Witterungsverhältnissen – einmal minus 15 Grad, dann Tauwetter, so daß in unseren Zelten zentimeterhoch das Wasser stand – holten sich natürlich viele Kameraden Erfrierungen und Erkältungen. Als sich daher die Krankmeldungen häuften, appellierte unser Batteriechef an unsere "Kameradschaft". Wir sollten doch die Zähne zusammenbeißen und nicht wegen jeder Kleinigkeit zum Arzt gehen und uns krankschreiben lassen (als ob jemals ein Militärarzt einen einfachen Soldaten wegen einer "Kleinigkeit" krankgeschrieben hätte). Dadurch müßten unsere Kameraden nur mehr arbeiten, denn die Übungsvorhaben würden auf keinen Fall eingeschränkt. Schließlich ging es damals darum, angesichts der "Erpressung durch die Araber" den "Wehrwillen und die Verteidigungsbereitschaft des deutschen Volkes" zu demonstrieren.

Wer dennoch zum Arzt ging und in die Kaserne, in den San-Bereich, gebracht wurde, bekam prompt die Rechnung für seine "Unkameradschaftlichkeit" präsentiert: Er fand sich (rein zufällig natürlich) am nächsten Wochenende auf dem Wachplan wieder.

Krankmeldungen im Offizierskorps wurden nicht bekannt. Das wundert auch nicht, saßen die Herren doch die ganze Zeit in gut beheizten Zelten.

Inzwischen haben sie sich was Neues einfallen lassen, um uns davon abzuhalten, uns "durch Krankmeldungen vor dem Dienst zu drücken". Wer jetzt wegen Blasen, die er sich auf einem Marsch gelaufen hat, oder wegen einer Erkältung zum Arzt geht, findet danach auf seinem Krankenmeldeschein einen Stempelaufdruck: Ausgang und Wochenendurlaub ärztlicherseits nicht angeraten. Kranksein wird also mit Ausgangssperre bestraft. Viele Soldaten getrauen sich jetzt nicht mehr zum Arzt zu gehen, denn wer will schon noch abends und am Wochenende in der Kaserne bleiben müssen.

–nn, Stadtoldendorf–

Leben und Gesundheit für die ‚Verteidigung des Vaterlandes'

Bremen. Die wehrpflichtigen Soldaten werden nicht nur im Falle eines imperialistischen Krieges gezwungen, Leben und Gesundheit für die "Verteidigung des Vaterlandes" zu opfern (d. h. im Klartext: für die Interessen der Bourgeoisie). In der KVZ Nr. 2/74 wurde von mindestens 14 Todesfällen beim großen Wintermanöver Bellende Meute berichtet. In einem Gespräch mit einem jungen Wehrpflichtigen bekam ich Einblick, wie auch im täglichen Dienst Vorgesetzte ohne Rücksicht auf Verluste vorgehen.

rialistischen Krieges gezwungen, Leben und Gesundheit für die "Verteidigung des Vaterlandes" zu opfern (d. h. im Klartext: für die Interessen der Bourgeoisie). In der KVZ Nr. 2/74 wurde von mindestens 14 Todesfällen beim großen Wintermanöver Bellende Meute berichtet. In einem Gespräch mit einem jungen Wehrpflichtigen bekam ich Einblick, wie auch im täglichen Dienst Vorgesetzte ohne Rücksicht auf Verluste vorgehen.

In der 5./323 Ausbildungskompanie in Schwanewede (Bremen) wurden die wehrpflichtigen Soldaten kurz nach der Einberufung über die Hindernisbahn gejagt. Wegen starkem Regen waren Bahn und Hindernisse sehr schmierig und glatt. Ein Soldat rutschte auf der Sprossenwand aus, stürzte runter und versank fast bis zu den Knien im Schlamm. Er konnte nicht wieder aufstehen, und als der Ausbilder, Stuffz. Schick, ihn deswegen anbrüllte, sagte der Soldat, daß wohl sein Bein oder Fuß gebrochen sei. Zynisch fragte der Ausbilder dann, woher er das denn wisse, ob er Sanitäter sei und verweigerte jede Hilfeleistung.

Als der Soldat im Sanitärbereich nach einer schmerzstillenden Spritze verlangte, gab man ihm nur Tabletten, weil der Schlüssel für den Medikamentenschrank nicht gleich aufzufinden war. Im Krankenhaus wurde dann ein mehrfacher Bruch festgestellt, das rechte Fußgelenk mußte geschraubt werden. Obwohl man ihm im Krankenhaus sagte, daß der Liegegips vier Wochen dran bleiben sollte, wurde bereits nach 12 Tagen nur noch Gehgips angelegt. Gehstöcke wurden allerdings von der Bundeswehreinheit oder vom Sanitärbereich nicht zur Verfügung gestellt. Die ersten Tage mußte er mit einem anderen Soldaten einen Stock teilen; jetzt ist es ihm gelungen, über die Bundeswehrfürsorge zwei Gehstöcke zu bekommen. Weder im Krankenhaus noch im Sanitärbereich erhielt der Soldat Besuch vom Vertrauensmann oder von einem offiziellen Vertreter der Kompanie. Das einzige Interesse, das die Vorgesetzten an Unfällen und Verletzungen haben, ist, die Sache zu vertuschen, damit sie nicht einen auf den Sack kriegen, falls die Sauerei an die Öffentlichkeit kommt. So "entschuldigte" sich der Stuffz Schick: "Ich dachte, der simuliert nur".

Aber das ist in diesem Zug kein Ausnahmefall. Ein weiterer Soldat zog sich in den ersten Wochen bei der Ausbildung einen dreifachen Leistenbruch zu. Zwei Soldaten waren wegen Kreislaufstörungen von Anfang an außendienstunfähig, d . h. sie hätten eigentlich erst gar nicht eingezogen werden dürfen.

Leben und Gesundheit der in Kapitalistendienste gepreßten Arbeiterjugendlichen gelten eben nichts für die Bourgeoisie, wenn es um die Verteidigung der Ausbeuterordnung geht.

B.R.,Bremen

Bundeswehr als Streikbrecher

Oldenburg. Von zuverlässigen Informationsquellen innerhalb der Firma Hüppe und der Bundeswehr (beide in Oldenburg) erfuhren wir folgendes:

Aufgrund des Streiks im öffentlichen Dienst kam es zu Verkehrsbehinderungen. Die Firma Hüppe Oldenburg war auch davon betroffen. In diesen Tagen wurde ein Produkt von Hüppe von einem "wichtigen" Kunden im Raume Flensburg dringend benötigt. Dieser Kunde ist der Firma Hüppe anscheinend so wichtig gewesen, daß sie sich zu folgendem Schritt entschloß: Um das Produkt möglichst schnell zu versenden, nahm man Kontakt mit der hier ansässigen Luftwaffe auf. Ergebnis: Das Produkt wurde mit einem Flugzeug der Luftwaffe nach Husum geflogen und von dort von dem Kunden abgeholt.

Wir meinen, daß dieses Beispiel sehr deutlich zeigt, wie eng Bundeswehr und Kapitalisten auf allen Gebieten zusammenarbeiten. Es zeigt, daß die Bundeswehr heute schon als Streikbrecher eingesetzt wird.

Schah-Regime: Stütze des BRD-Imperialismus

DER IRANISCHE MINISTERPRÄSIDENT HOREIDA VERHANDELTE IN BONN IRAN-GESCHÄFT VOR DEM ABSCHLUSS

Bonn. Auf Einladung der Bundesregierung besuchte der iranische Ministerpräsident Howeida an der Spitze einer Delegation von Wirtschafts- und Militärexperten vom 6. bis 10.März die Bundesrepublik. Während seines Aufenthaltes wurde die letzte Phase der Verhandlungen über zukünftige Investitionen des westdeutschen Kapitals abgeschlossen. Demnach soll mit dem BRD-Kapital zusammen ein Petrochemischer Industriekomplex und eine Raffinerie mit einer Jahreskapazität von 25 Millionen Tonnen (eine der größten der Welt) im Iran gebaut werden. In den Verhandlungen haben sich die beiden Partner darauf geeinigt, die Erzeugnisse dieser Industrieanlagen für die Dauer von mindestens 15 Jahren an die BRD-Monopole abzugeben. Außerdem wird die BRD nicht nur über den Absatz der Produkte verfügen, sondern auch die Produktion in eigene Regie nehmen (Etelaat Nr. 14350, iranische Regierungszeitung). Zusätzlich wurde eine Lieferung von 13 Milliarden Kubikmeter Erdgas jährlich aus dem Iran vereinbart. Ein wichtiger Verhandlungsgegenstand war auch "das größte Rüstungsexportgeschäft der deutschen Nachkriegsgeschichte" (Spiegel Nr.7/74). Der Iran wird von der BRD mit Militärfabriken, Leopardenpanzern und Rüstungsgütern beliefert und bekommt weitere deutsche Militärberater und Ausbilder für die iranische Armee. Hinzu kommt die Ausbildung von iranischen Offizieren in Westdeutschland: Demnächst werden 150 iranische Offiziere in Darmstadt an der 'Fachhochschule des Heeres für Maschinenbau' ausgebildet.

Für die endgültige Unterzeichnung der Verträge wird Wirtschaftsminister Friedrichs am 27.April dieses Jahres in den Iran reisen. Zu dieser Zeit wird, wie iranische Zeitungen berichten, eine Konferenz westdeutscher Kapitalisten in Persepolis stattfinden. Dort wollen die Vertreter verschiedener westdeutscher Konzerne über weitere Investitionen im Iran verhandeln. An dieser Konferenz wird auch Friedrichs teilnehmen.

Die neuen wirtschaftlichen und militärischen Verträge des BRD-Imperialismus mit dem Iran sind die größten ihrer Art, die die BRD mit einem Entwicklungsland bisher abgeschlossen hat. Diese Verträge bauen die Positionen des BRD-Imperialismus im Iran und am Golf aus. Zu diesem Zweck unterstützt und stützt sich die westdeutsche Regierung auf das faschistische iranische Regime. Dies verdeutlichte Willy Brandt in seiner Tischrede bei einem Abendessen zu Ehren Howeidas, als er sagte: "Als Partner und Freunde sind wir bereit, die Aufgaben, die sich uns gemeinsam stellen, auch künftig miteinander zu lösen." (Bulletin der Bundesregierung Nr. 32)

Weiterhin führte er aus: "Ihrem Land ist ein erstaunlicher wirtschaftlicher Aufstieg gelungen: Verbunden mit einer konsequenten Politik der Sicherung und des Ausgleiches in ihrer Region. . . .Wir beobachten die Ereignisse aufmerksam und mit Respekt."

WIE SEHEN DIE 'RESPEKTABLEN' VERHÄLTNISSE IM IRAN AUS?

Während die Schahfamilie, gefolgt von den Sachwaltern des ausländischen Kapitals, Feudalherren, den Spitzen der Bürokratie und des Militärapparates ein luxuriöses Leben führt, sind 45 % der arbeitsfähigen Bevölkerung im Iran arbeitslos. Während der Lebenshaltungsindex in den Städten mit dem der BRD annähernd vergleichbar ist (1 Kilo Fleisch kostet 10 DM), verdient ein Arbeiter für einen 10 bis 12 Stundentag 6 DM. Im Süden des Landes herrscht Hungersnot. Auf die Brot und Zuckerverknappung reagierte die iranische Regierung mit dem zynischen Aufruf, die iranischen Frauen könnten diese Gelegenheit zu einer Abmagerungskur benutzen, um ihren Männern besser zu gefallen (Eteaalat, November 1973)!

Um diese sozialen Widersprüche zu unterdrücken, greift das Schahregime zu faschistischen Methoden:

– täglich werden Menschen verhaftet und gefoltert. Die Zahl der politischen Gefangenen – Demokraten, fortschrittliche Geistliche und Kommunisten – beläuft sich nach Angaben von Amnesty International auf annähernd 40 000. In den letzten drei Jahren gab das iranische Regime offiziell 260 Hinrichtungen bekannt.

Nach Meldungen der französischen Tageszeitung Le Monde werden im Iran wöchentlich mindestens 2 Oppositionelle hingerichtet. Allein in den letzten 3 Wochen wurden 17 Revolutionäre erschossen. Eine Protestdemonstration gegen die Hinrichtungen im Iran Ende Februar 1974 wurde blutig niedergeschlagen. Es kam zu Schießereien. Das Regime verheimlicht noch bis heute die Zahl der Ermordeten. Lediglich erfuhr man, daß drei Polizeioffiziere bei der Auseinandersetzung ums Leben kamen. 6 Tage danach überfielen SAVAK (iranischer Geheimdienst) und Kommandoeinheiten die Universität Teheran. Seit dieser Zeit sind die gesamte Universität sowie einige Gymnasien geschlossen.

Das internationale Kapital ist an der Aufrechterhaltung dieses Regimes interessiert, da es eine notwendige Stütze zur Absicherung ihrer Interessen an Öl-, Kupfer- und Erdgasvorkommen ist. Ist es doch durch den Sturz des nationaldemokratischen Präsidenten Mossadegh vom CIA auf den Thron gehievt worden. Die amerikanischen und westdeutschen Waffenlieferungen haben nicht nur zur Unterdrückung des Widerstandes im eigenen Land, sondern insbesondere für den Einsatz in der Golfregion eine Bedeutung.

Bereits 30 000 iranische Söldner werden in Dhofar, einer Provinz des Sultanats Oman, eingesetzt. Dhofar, das unter der Führung der PFLOAG vom Volk befreit worden ist, soll wieder der imperialistischen Herrschaft unterworfen werden. Luftwaffeneinsätze werden gegen die Volksrepublik Yemen geflogen. Damit spielt der Iran die Rolle eines Wachhundes im Dienste des Imperialismus gegen die Völker am Golf.Ebendiese Rolle Irans, nämlich die Sicherung der Ausbeutungsverhältnisse im Innern und am Golf, macht das Schahregime für die BRD-Kapitalisten zu einem "guten Geschäftspartner".

Um die harmonische Atmosphäre zwischen den Geschäftspartnern nicht zu verderben, zieht die Bundesregierung mit den iranischen Faschisten am gleichen Strang. Fast sämtliche Demonstrationen der CISNU (iranische Studentenorganisation in der BRD), die sich gegen Unterdrückung und Ermordung der Revolutionäre richtet, wurden auf Anordnung des Innenministeriums verboten. Eine von der CISNU für den 8.3.74 geplante Protestdemonstration gegen den Howeida-Besuch in Köln wurde ebenfalls untersagt. Innenminister Weyer sprach für Nordrhein-Westfalen ein generelles Verbot für sämtliche Protestaktionen für die Zeit des Besuches von Howeida aus.

–R.Arasch–

Internationale Kambodscha-Solidaritätswoche ab 17. März

VERANSTALTUNGEN UND AUFKLÄRUNGSAKTIONEN IN MEHR ALS 70 STÄDTEN DER BRD – MEHRERE MIT EINEM VERTRETER DER GRUNK VON DER BOTSCHAFT IN PARIS

Auf Anregung der Nationalen Befreiungsfront FUNK riefen Anfang Dezember 1973 bei einem Solidaritätskongress in Paris über 300 Organisationen aus 54 Ländern auf zur Verstärkung der internationalen Unterstützung des Kampfes des kambodschanischen Volkes gegen den US-Imperialismus und gegen die Kräfte, die seine Aggression unterstützen. Sie beschlossen auch die Durchführung einer internationalen Kambodscha-Solidaritätswoche vom 17. bis 23. März.

Die Verstärkung der internationalen Anstrengungen ist gerade jetzt von entscheidender Bedeutung, wo der US-Imperialismus und seine Lakaien in wenigen Städten eingeschlossen und vom übrigen Land völlig isoliert sind. Durch die Verstärkung der internationalen Solidarität muß es der US-Regierung unmöglich gemacht werden, bei der Befreiung Phnom Penhs durch Flächenbombardements in der Stadt ein Massaker unter der Bevölkerung anzurichten, wie im Dezember 1972 in Nordvietnam in Hanoi und Haiphong. Daß sie dazu entschlossen sind, daran haben Nixon/Kissinger und Co. nie einen Zweifel gelassen.

Wir müssen fordern: Schluß mit der US-Aggression in Kambodscha – Weg mit den US-Marionetten!
Einstellung aller militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Hilfen zur Erhaltung des Lon-Nol-Regimes.
Abzug aller Söldner und US-Berater.

In der Bundesrepublik haben Indochina-Komitees in mehreren Städten zur verstärkten Solidarität aufgerufen. Mit Unterstützung des KBW konnten inzwischen schon in über 70 Städten mehr als 100 Veranstaltungen vorbereitet werden.
Ngo Hac Team, Angehöriger der Botschaft der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit (GRUNK) in Paris, hat sich auf Einladung der Komitees bereiterklärt, auf mehreren dieser Veranstaltungen vom 26. März an zu sprechen.
Wahrscheinlich wird die Bundesregierung, die ein enger Komplize des US-Imperialismus bei seiner Aggression gegen die Völker ist, auch diesmal wieder die Einreise eines Vertreters der rechtmäßigen Regierung des kambodschanischen Volkes zu verbieten versuchen, wie sie es auch gegenüber den legitimen Vertretern des vietnamesischen Volkes praktiziert.
Deshalb muß in allen unseren Aktivitäten und Veranstaltungen auch die Forderung nach sofortiger Anerkennung der GRUNK und freier Einreise für die Vertreter der GRUNK und insbesondere Ngo Hac Team gefordert werden.

Sofortige Anerkennung der GRUNK durch die Bundesregierung!
Freie Einreise für alle Vertreter der rechtmäßigen Regierung des kambodschanischen Volkes!




Gemeinsam kämpfen Männer und Frauen des kambodschanischen Volkes bis zum endgültigen Sieg

Die Arbeiterklasse führt den Befreiungskampf an

Zahlenmäßig ist die kambodschanische Arbeiterklasse klein. Kambodscha hat wenig eigene Industrie und entsprechend sehr wenig Fabrikarbeiter, – ein Ergebnis der Herrschaft des französischen Kolonialismus und des amerikanischen Imperialismus, die sich in Kambodscha einen konkurrenzfreien Absatzmarkt sichern wollten. Aber im langen Kampf gegen die imperialistischen Aggressoren erwies sie sich stets als der aktivste und entschlossenste Kern der nationalen Front des kambodschanischen Volkes.

Die stärkste proletarische Gruppe und die ersten, die den Kampf gegen die ausländischen Aggressoren aufnahmen, waren die Arbeiter der Gummiplantagen in der Provinz Cham.(Grenzgebiet zu Südvietnam) Von den 12 000 Plantagenarbeitern schlossen sich 1 500 der Widerstandsbewegung an. Sie stellten in den Fabriken der Widerstandsbewegung Granaten und andere Waffen her und formierten sich zu Guerillaeinheiten.
Nach dem von der US-Regierung organisierten Sturz Sihanouks, der den Interessen der amerikanischen Monopole im Wege stand, waren es wieder die Plantagenarbeiter in Kompong Cham, die als erste die Waffen ergriffen und innerhalb weniger Tage weite Gebiete von der Herrschaft der Lon Nol Clique befreiten.
In den Städten kämpften die Arbeiter von Anfang an auf der Seite der Nationalen Einheitsfront FUNK für die unmittelbare Verbesserung ihrer Lage und den Sturz des verhassten Lon Nol Regimes.
Ihre Lebensbedingungen sind verheerend. Ungeheure Arbeitslosigkeit, ständig steigende Preise und Nahrungsmittelknappheit, die völlige Entrechtung und Unterdrückung durch Lon Nols Militär- und Polizeiapparat sind die konkreten Folgen der Herrschaft der Marionetten des Imperialismus.

Heute sind in Phnom Penh 200 Riel (kambodschanische Währung) weniger wert als 4 Riel vor dem Putsch 1970. Während das monatliche Durchschnittseinkommen einer Arbeiterfamilie 5 000 Riel beträgt, kosten 100 kg Reis 20 000 Riel.

Als am 14.9.1972 die FUNK die Arbeiter in Phnom Penh aufforderte, die Kundgebungen, Streiks und Erhebungen zu verstärken, unterstützten sofort 2 473 Vertreter der Arbeiter Phnom Penhs begeistert den Aufruf! Sie forderten die königliche Regierung der Nationalen Einheit GRUNK und die Befreiungsfront FUNK auf, in Phnom Penh die Macht zu übernehmen.

Ab Januar 1973 standen 60 000 Arbeiter in Phnom Penh mehrere Monate im Streik und hielten eine Reihe von Fabriken besetzt, wie Sorakea Khmer, Pepsi Cola, Shell und ESSO. Sie verkauften ihre Produkte selbst, um sich den Lebensunterhalt zu bestreiten.
Die Arbeiter von Shell und ESSO hatten die Tankwagen auf die Straße gestellt und mit Plakaten versehen, auf denen stand:
- "das Verräterregime wünscht den Arbeitern einen leeren Magen wie eine Tonne",
- "die Arbeiter lehnen entschieden das Marionettenregime in Phnom Penh ab";
- "die Arbeiter sind entschlossen, das verfaulte Verräterregime zu bekämpfen" und "die Arbeiter sind entschlossen, bis zum endgültigen Sieg zu kämpfen"!

Viele Betriebe wurden monatelang geschlossen, die Dockarbeiter weigerten sich immer wieder, Schiffe zu entladen.

Dem Kampf der Arbeiter schließen sich die Kämpfe der anderen Bevölkerungsgruppen und Schichten an.
In Demonstrationen und militanten Streiks zeigen Schüler, Studenten und Intellektuelle Phnom Penhs beständig ihre Ablehnung des Lon Nol Regimes. Schulen und Universitäten sind die meiste Zeit geschlossen. Hunderte von Schülern, Studenten und Professoren wurden eingekerkert, als sie gegen die Ermordung von vier Studenten durch Folterknechte Lon Nols am 26. und 27. Januar protestierten. Offiziere und Soldaten der Marionettenarmee verweigern den Einsatz, wiederholt bombardierten Luftwaffenoffiziere den Palast Lon Nols und verweigerten den Einsatz gegen die befreiten Städte und Dörfer!
Am 22.2.74 richteten 144 Beamte und Angestellte der Marionettenverwaltung, darunter 66 Lehrer, die kurz zuvor die Stadt Kompong Cham verlassen hatten, einen Appell an ihre Kollegen, es ihnen gleichzutun und in die befreiten Gebiete zu kommen!

Bilanz des Kampfs

VOM 15.JANUAR BIS ZUM 15.FEBRUAR

11 769 Söldner wurden getötet, verwundet oder gefangengenommen, darunter 45 Offiziere
1 Bataillon (300 Mann) ergab sich geschlossen unter Führung eines Oberleutnants;

3 150 Waffen, darunter 48 Artillerie- und Mörsergeschosse vom Kaliber 82, 81, 80 und 60 mm, wurden erbeutet
44 Flugzeuge und Hubschrauber wurden in Flammen geschossen
82 Kriegs- oder Transportschiffe wurden versenkt oder leck geschossen
89 Geschütze M.113 wurden zerstört
über 15 000 weitere Kambodschaner wurden befreit.
Auch in den Gefängnissen geht der Widerstand weiter.
Am 20.2. führten die Gefangenen im Zentralgefängnis Phnom Penhs einen Hungerstreik durch, um damit ihre Solidarität mit dem Kampf der Studenten und Schüler in Phnom Penh auszudrücken.
(4 Studenten waren am 26. und 27. Januar ermordet, Hunderte gefangengenommen worden).
Ende Februar demonstrierten 1 500 Schüler der Tuol Kork Schule in Phnom Penh gegen die Zwangsrekrutierung in die Marionettenarmee. Sie erklärten, daß sie niemals für das Verräterregime kämpfen werden.

Spendenkonto Kambodscha
43 75 092
Bezirkssparkasse Heidelberg

IN WIESBADEN UND HEIDELBERG:

Sammelverbote

Wiesbaden. Das Ordnungsamt Wiesbaden verbot am 1. März eine geplante Geldsammlung des Indochinakomitees Wiesbaden für das kambodschanische Volk mit der fadenscheinigen Begründung, das Indochinakomitee sei kein eingetragener Verein und man wüßte nicht, wo das Geld hingehe. Gleichzeitig wurde gedroht, dem Komitee die Genehmigung für den Informationsstand auf dem Mauritiusplatz zu entziehen. Dem Indochinakomitee in Heidelberg wurde ebenfalls die Spendensammlung verboten, mit der Begründung, das sei "mit dem Grundgesetz und dem von der Bundesregierung praktizierten Gedanken der Völkerverständigung nicht zu vereinbaren".
Mit diesen Verboten zielt der bürgerliche Staat darauf ab, die Solidarität der westdeutschen Bevölkerung mit dem gerechten Kampf des kambodschanischen Volkes zu unterdrücken und die imperialistische Außenpolitik nach innen abzusichern. Diese Maßnahmen sind ein direkter Angriff auf die Existenz der Indochinakomitees, deren Aufgabe es ja gerade ist, die Völker Indochinas politisch und materiell zu unterstützen.
Wir werden unsere Unterstützung des kambodschanischen Volkes nicht von der Erlaubnis oder dem Verbot des bürgerlichen Staates abhängig machen, sondern unbeirrt auch weiterhin das kambodschanische Volk politisch und materiell unterstützen.
VORWÄRTS IN DER SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DER VÖLKER INDOCHINAS, VORWÄRTS IN DER SOLIDARITÄT MIT DEM KAMBODSCHANISCHEN VOLK!

KOMMT ZU DEN INFORMATIONSSTÄNDEN DES INDOCHINAKOMITEES WIESBADEN, JEDEN SAMSTAG AM MAURITIUSPLATZ UND IN BIEBRICH (POST)!

Der alte Dockarbeiter Chum berichtet über seinen ersten Beitrag zum Kampf

Ein Dockarbeiter berichtet, wie er das erste Mal zur Verteidigung der Freiheit des kambodschanischen Volkes beitrug. Je mehr Schichten und Klassen der Bevölkerung jeden Alters und auf verschiedenste Weise sich am nationalen Befreiungskampf beteiligen, desto breiter wird der Krieg des Volkes in Kambodscha. Große Panik und Unsicherheit verbreitet sich dadurch unter den Marionetten und Folterknechten.
Der alte Dockarbeiter Chum berichtet, wie er mitten in Phom Penh einen Polizisten erschlug.

"Eines Tages fand ich auf der Straße zum Hafen Flugblätter der FUNK (Nationale Befreiungsfront). Ich hob sie auf und versteckte sie sorgfältig in meiner Jacke. Abends um 6 Uhr machte ich mich, erschöpft von der Arbeit, auf den Heimweg, bekleidet mit einer schwarzen Turnhose und einem braunen Hemd (der Kleidung der Armen in Phnom Penh, d.Red.).
Ich trug ein Tragjoch zum Wassertragen auf den Schulter, weil ich unterwegs Wasser mit heim nehmen wollte. Vor dem Krankenhaus, neben einem Tümpel, blieb ich im Schatten eines Baumes stehen. Die Sonne ging gerade unter und niemand war in der Nähe. Deshalb holte ich die Flugblätter aus der Tasche und las sie aufmerksam. Was ich las, überzeugte und begeisterte mich! Ich sagte mir: Die Männer in der Verräterregierung geben vor, der Krieg in Kambodscha und Phnom Penh richte sich nur gegen den "Vietcong" und gegen "Eindringlinge aus Vietnam".
Aber wie ist das möglich: die Existenz der nationalen Befreiungsfront FUNK ist doch nicht zu übersehen! Es sind vielmehr unsere Landsleute, die Patrioten, die sich gegen die Volksverräter erhoben haben. Was in den Flugblättern der FUNK steht, ist sehr richtig!
Die Verräter Lon Nol, Son Ngoc Thanh, In Tam, Cheng Heng, die die Nation verkaufen, um sich die Taschen zu füllen, sind Mörder und Blutsauger des Volkes. Sie sind eifrige Diener der US-Imperialisten und ihrer Marionetten von Südvietnam und Thailand.
Ich sagte mir: auch ich, der Arbeiter, muß mich dieser Verbrecherclique widersetzen, ihre faschistische Diktatur bekämpfen, wie es viele meiner Landsleute tun – selbst wenn es mich das Leben kosten sollte!
Inzwischen dämmerte es. Plötzlich kam ein Polizist auf dem Motorrad angefahren und störte mich in meinen Überlegungen. Er sah mich etwas lesen, fuhr auf mich zu, sprang ab und riß mir das Flugblatt aus der Hand. Das machte mich wütend, aber gleichzeitig vorsichtig. Der Polizist fing beim Anblick des Flugblattes an zu zittern, als ob er jeden Augenblick einen Angriff der Volksbefreiungskräfte befürchtete. Ohne auf meine Erklärung zu warten, schrie er mich an: 'Du bist ein Kommunist, das Flugblatt beweist es! Du hast Granaten geworfen, Flugblätter verteilt und der FUNK Informationen geliefert! Du verdienst, daß man Dir den Kopf einschlägt!
Der Polizist schrie, aber niemand kam, denn die Straße war wie ausgestorben. Seine Drohungen und sein ungeduldiges Verhalten schüchterten mich nicht ein. Sie ließen meinen Haß gegen die Verräter und ihre Handlanger nur stärker wachsen, den ich schon lange mit mir herumtrug.
Ich antwortete: 'Ich habe keineswegs, wie Du behauptest, die Granaten geworfen und die Flugblätter verteilt, von denen Du redest. Dazu habe ich gar keine Zeit gehabt, weil ich von früh bis spät ohne Pause arbeiten muß. Aber Du sollst wissen, daß ich das gleiche tun werde, wie alle meine Landsleute, die das Land und das Volk lieben und ihm mit Herz und Seele dienen. Und ich werde solange damit fortfahren, bis alle antinationalen Elemente, alle Verräter des Volkes aus Kambodscha vertrieben sind.'
Als der Polizist die Worte 'antinational' und 'Verräter des Volkes' hörte, geriet er außer sich: 'Wo hast Du das her?' Ich antwortete ruhig: 'Dazu braucht man keine Bücher zu studieren, die Verbrechen der Verräter Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Thanh, In Tam, Cheng Heng und der anderen lehren uns das jeden Tag!'
Weil er dieser offensichtlichen Wahrheit nichts entgegensetzen konnte, zog der Polizist seine Pistole und bedrohte mich damit, um mich einzuschüchtern. Aber seine Manöver waren vergebens. Ich ließ mich nicht einschüchtern. Es sind nämlich genau solche Halunken, die die Bevölkerung ausplündern und massakrieren und unermeßliches Unglück und Leid bringen. Diese Verbrecher haben am 27. April 1972 Schüler und Studenten vor der juristischen Fakultät massakriert.
Der Polizist gehörte zu dieser Bande und ich mußte ihn um jeden Preis schwer bestrafen.
Ich lehnte mich an den Baum, faßte das Tragjoch fester und versuchte, den Polizisten abzulenken. Er meinte, mich eingeschüchtert und bezwungen zu haben und paßte einen Moment nicht auf. Da schlug ich ihm mit aller Kraft mit dem Tragjoch über den Schädel und er fiel sofort um. Sicherheitshalber schlug ich noch einige Male zu. Dann schleifte ich ihn zum Weiher und warf ihn hinein.
Stolz ging ich nach Hause, im Bewußtsein, daß ich noch als alter Mann meinen Beitrag zum Kampf des ganzen Volkes geleistet hatte, und dies sogar mitten im Lager der Feinde und Verräter des Volkes."

Infos, Plakate, Broschüren zum Kampf des kambodischanischen Volkes erhältlich über "Indochina-Komitee Heidelberg", c/o Buchhandlung Rupp-Grunow, 6900 Heidelberg, Friedrich-Ebert-Anlage 48.

Der Kampf gegen die alten Ideen festigt die Macht der Arbeiterklasse in der Volksrepublik China

Die gegenwärtige Kampagne in China zur revolutionären Massenkritik an Lin Biao und Konfuzius ist für die bürgerliche Presse nur erneuter Anlaß, Sensationsmeldungen zu verbreiten und wilde Spekulationen anzustellen. "Geht China einer neuen Kulturrevolution entgegen?", "Gegen wen richtet sich die Kampagne?" und: "Was führt der alternde Mao im Schilde?", das sind die Fragen, mit denen die Journalisten umgetrieben werden. Daß irgendetwas Geheimnisvolles und Unsinniges im Gange ist, steht für sie fest; denn was soll etwa der Marschall Lin Biao mit dem alten Konfuzius, der seit 2 000 Jahren tot ist, zu tun haben?

Aber auch viele westdeutsche Revolutionäre und viele Freunde Chinas können sich die neuesten Nachrichten aus China nur schlecht erklären. Das muß aber nicht sein. Daß die bürgerliche Presse die Vorgänge in China als aufeinanderfolgende Palastrevolution und Rivalitäten zwischen einzelnen Führern darstellen will, muß nicht verwundern.

Für jeden aber, der nur etwas unvoreingenommen urteilen kann, wird klar, daß in China wie schon früher, und wie auch in Zukunft, sich Auseinandersetzungen abspielen, in denen die Massen die Hauptrolle spielen, die die Erfolge der Revolution verteidigen und festigen wollen.

"MIT DEN ÜBERLIEFERTEN IDEEN BRECHEN"

In seinem Bericht an den X. Parteitag der KP Chinas hat Tschou En-lai festgestellt: "In der sozialistischen Revolution stehen noch schwierige Aufgaben vor uns. Die Aufgabe 'Kampf-Kritik-Umgestaltung' der Großen Proletarischen Kulturrevolution muß an allen Fronten noch tiefgehender durchgeführt werden."

Einige Ereignisse, von denen in der chinesischen Presse berichtet wurde, zeigen, daß diese Aufforderung in die Tat umgesetzt wird:

- Eine Schülerin kritisierte öffentlich ihren Lehrer, der mit autoritären Methoden den Unterricht leitete und die Kritik auf Wandzeitungen zu verhindern suchte. Ihre Kritik wurde in der 'Volkszeitung' veröffentlicht.
- Ein Schüler gab bei seinem Examen ein leeres Blatt ab und kritisierte auf der Rückseite, die sturen abstrakten Prüfungsmethoden. Er habe mehrere Jahre revolutionär auf dem Lande gearbeitet und sich auf eine solche Prüfung nicht vorbereiten können.
- Ein Student, Sohn eines altgedienten Revolutionärs, verließ auf eigenen Entschluß hin die Universität, auf die er nur durch die Beziehungen seines Vaters gekommen war. Seit der Kulturrevolution werden die Studenten in den Fabriken und in den landwirtschaftlichen Kommunen von den Arbeitskollegen ausgewählt und empfohlen. Nachdem der Schüler sich zunächst so einen Vorteil erschlichen hatte, kritisierte er dies Vorgehen jetzt öffentlich und kehrte zu seiner Arbeitsstelle zurück.
- Eine junge Frau mit Mittelschulabschluß, eine Rotgardistin, heiratete in dem Dorf, in das sie geschickt worden war, einen Bauern. In einer öffentlichen Erklärung wandte sie sich gegen die Herabsetzung der Bauern und gegen das Gerede von einer nicht standesgemäßen Heirat.
- In einer Fabrik in Lantschou kritisierten die Arbeiter die Aufblähung des Verwaltungsapparates und forderten seine Verminderung.

In allen Fällen unterstützte die Partei den Kampf gegen die alten Ideen und veralteten Strukturen. Alle diese Beispiele zeigen: Der Kampf gegen die bürgerliche Linie muß fortgesetzt werden. Eine erneute Verselbständigung der leitenden Kader darf nicht zugelassen werden. Niemand soll besondere Privilegien haben und sie gar noch auf seinen Sohn vererben. Es darf keine Spaltung der "Gebildeten" von den Arbeitern und Bauern, vom Volk geben. In China wird gegenwärtig die Kampagne verstärkt, die sich gegen die Beibehaltung und Verfestigung von bürgerlichen Herrschaftsstrukturen richtet. Jugendliche mit Schulausbildung sollen weiterhin aufs Land gehen, mit der Verachtung des Dorfes und der landwirtschaftlichen Arbeit Schluß machen; leitende Kader sollen weiterhin regelmäßig an der Produktion, an der körperlichen Arbeit teilnehmen; Arbeiter und Bauern sollen vermehrt Leitungsaufgaben übernehmen, die "rechte Strömung", die sich all dem widersetzt, soll kritisiert werden.

Die Weiterführung und Verstärkung dieser Bewegung dient ausgezeichnet dazu, die Macht der Arbeiterklasse zu festigen und den Sozialismus weiter siegreich aufzubauen.

KONFUZIUS MUSS KRITISIERT WERDEN

Wenn man eine Revolution durchführen will, muß man auch mit den alten Ideen brechen. Marx und Engels sagen im Kommunistischen Manifest: "Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, daß in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird."

Die überlieferten Ideen aber werden in China hauptsächlich durch die konfuzianische Lehre repräsentiert, die eine starke Tradition besitzt.

Konfuzius lebte von 551 bis 479 vor unserer Zeitrechnung. In dieser Zeit war die alte Sklavenhaltergesellschaft langsam in Verfall geraten und wurde von feudalistischen Produktionsverhältnissen abgelöst. In dem damaligen Klassenkampf zwischen der Sklavenhalteraristokratie und der neu aufkommenden Grundbesitzerklasse vertrat Konfuzius ideologisch den Standpunkt der Sklavenhalter. Seine Lehre hatte die Funktion, die alte Klassenherrschaft zu verteidigen. Und wie zu allen Zeiten, geschieht das mit einem System von Regeln, die die bestehende Herrschaft als gottgewollt, dem menschlichen Wesen entsprechend, natürlich hinstellen. Die Lehre des Konfuzius wurde die Jahrhunderte hindurch immer von der herrschenden Klasse benutzt, das Volk zur Anpassung und Unterwerfung zu erziehen. Auf seine Lehre gründete sich die Verachtung der herrschenden Klassen in China gegenüber der körperlichen Arbeit und die Verteidigung ihrer Privilegien. Konfuzius sagte: "Diejenigen, die mit dem Besitz des Wissens geboren sind, gehören zur obersten Klasse der Menschen" und rechtfertigte damit nur, daß die die oben sind, immer dort bleiben wollen. Er predigte "Menschlichkeit", die "Tugend des Gehorsams und der Zurückhaltung", "Maß und Mitte", während doch die Masse des Volkes grausam unterdrückt und ausgebeutet wurde, d. h. er predigte die Unterwerfung unter die Klassenherrschaft. In ihrer gesellschaftlichen Funktion ist die konfuzianische Lehre gut dem Christentum vergleichbar. Die Lehre von der Nächstenliebe hat die christlichen Herrscher und Regierungen nie davon abgehalten, Kriege zu entfesseln, hat die Pfaffen nie davon abgehalten, die Söhne des Volkes mit göttlichem Segen in die Schlacht zu schicken. Wohl aber haben sie immer Revolutionen, Gewalt gegen Obrigkeit und Unterdrückung verurteilt. Während die herrschende Klasse im Namen Jesu Christi raubte, mordete und zahllose Kriege entfesselte und die Massen ausbeutet, sollen die Arbeiter und das Volk im Namen Jesu Christi geduldig, liebevoll und gehorsam sein.

Mao Tse-tung sagt dazu: "Was die sogenannte Menschenliebe anbelangt, so hat es seit der Aufspaltung der Menschheit in Klassen keine solche allumfassende Liebe gegeben. Diese Liebe wurde von allen herrschenden Klassen der Vergangenheit gern gepredigt; viele sogenannte Weise taten es ebenfalls, aber keiner hat sie je wirklich praktiziert, denn in der Klassengesellschaft ist sie unmöglich."

Das Christentum ist eine 2 000 Jahre alte Religion, sie ist nicht im Kapitalismus entstanden, aber sie ist auch für die herrschende Klasse der Bourgeoisie immer noch äußerst nützlich. Auch die konfuzianische Lehre ist alt und erfüllt immer noch die Funktion, die Macht der alten herrschenden Klasse zu rechtfertigen. Es ist auch kein Wunder, daß die chinesische Bourgeoisie sich des Konfuzius bedient. Diese Bourgeoisie entstand in einem halbfeudalen, halbkolonialen Land. Die materielle Grundlage der Bourgeoisie der Kapitalismus, war wenig entwickelt. Deshalb bildete die chinesische Bourgeoisie keine eigene Philosophie aus, sondern griff auf die der alten herrschenden Klassen zurück. Und jeder, der heute das Rad der Geschichte zurückdrehen, den Sozialismus angreifen und den Kapitalismus wiederherstellen will, muß deshalb seine ideologischen Waffen bei der alten Philosophie und Religion, eben bei Konfuzius suchen. So ist es kein Wunder, daß die herrschenden Cliquen in Asien, Tschian Kai-chek auf Taiwan oder Thieu in Südvietnam, Trost bei Konfuzius suchen und seine glühenden Verehrer sind, um ihre Klassenherrschaft zu rechtfertigen. Das Proletariat aber will die Klassenherrschaft, die Einteilung der Gesellschaft in Klassen abschaffen und die klassenlose Gesellschaft errichten. Deshalb kämpft es gegen alle Religionen und alle Moral, die diese alte Klassengesellschaft verteidigen. Deshalb muß es auch die üblen Einflüsse dieser alten Ideologien aus seinen Köpfen vertreiben.

Deshalb kämpfen heute die Arbeiter und Bauern, die Volksmassen in China gegen die alte Sklavenhalterideologie und kritisieren Konfuzius. Die Kritik an Konfuzius ist kein akademischer Streit, hinter dem sich irgendetwas verbirgt, was man noch nicht sieht, sondern das ist eine Bewegung der Massenkritik, durchgeführt von den Massen selber, die Herr in ihrem Staat, die Herr über ihr eigenes Land sind, weil sie den Sozialismus erkämpft haben.

LIN BIAO – EIN VERTRETER DER BÜRGERLICHEN LINIE

Was aber hat das alles mit Lin Biao zu tun; so wird gefragt. Werden hier nicht doch einfach Machtkämpfe mit großen Worten ausgetragen?

Lin Biao war der stellvertretende Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas. Er wurde als nächster Kampfgefährte des Vorsitzenden Mao Tse-tung bezeichnet. Während der Kulturrevolution stand er auf Seiten derjenigen, die gegen das bürgerliche Hauptquartier unter Liu Schao-tschi kämpften und die Initiativen der Massen unterstützten.

Mit der siegreichen Beendigung der Kulturrevolution aber traten Differenzen auf, die vorher im Kampf gegen die rechte Linie Liu Schao-tschis nur verdeckt gewesen waren. Diese Differenzen entstanden zunächst in der Einschätzung der Klassenkampfsituation und der daraus abgeleiteten Aufgaben der Weiterführung und Konsolidierung der Kulturrevolution. Mit der unterschiedlichen Einschätzung der revolutionären Lage beginnt gewöhnlich immer der Kampf zweier Linien innerhalb der Partei. Als die Revolution sich reibungslos entwickelte, bzw. 1966/67 einen Aufschwung nahm, trat Lin Biao "links" auf und betrachtete alle Erfolge als seine eigenen, ein Mann, der "den 'Zitatenband' niemals aus der Hand legte, stets in Hochrufe ausbrach und ins Gesicht schön redete".

In Wirklichkeit hing Lin Biao dem bürgerlichen Idealismus an. Er vertrat die Ansicht, "Genies" machen die Geschichte, und betrieb einen Geniekult, in dem er sich als "Treuester der Treuen" auch ein bißchen sonnen wollte. Er wollte das Amt des Staatspräsidenten wieder einführen und selber Staatspräsident werden. Daß er im Grunde eine idealistische Auffassung von der Kulturrevolution hatte, zeigte sich nach deren Sieg.

Jetzt trat er gegen ihre Weiterführung und Konsolidierung auf, warnte vor "Überspitzungen' und davor, "das Maß zu überschreiten".

Lin Biao wandte sich gegen die Kaderschule des 7. Mai, wo Funktionäre körperliche Arbeit leisten müssen, er wandte sich gegen den Einsatz von Jugendlichen mit Schulbildung auf dem Land und nannte dies "versteckte Zwangsarbeit". Gegenüber der Fortführung des Klassenkampfes propagierte er "Menschlichkeit" und "Mäßigung". International suchte er nach einem Ausgleich mit dem Revisionismus und dem Sozialimperialismus. Das heißt, Lin Biao verstand ganz offensichtlich die Kulturrevolution nicht als eine Revolution, in der die Massen die Ideologie, die Institutionen, die Produktionsverhältnisse revolutionär umgestalten und ihre Macht festigen. Offensichtlich liefen seine Versuche darauf hinaus, seine persönliche Macht zu stärken. Nachdem er verständlicherweise unter den Massen keinen Anhang gefunden hatte, trieb ihn die Logik seines Kampfes in die Verschwörung und den Versuch eines Staatsstreiches, bei dem er endgültig scheiterte.

Ein Blick auf Lin Biaos Auffassungen zeigt deutlich, daß sie den gleichen Vorurteilen, der gleichen Ideologie wie die der konfuzianischen Moral entspringen. Deshalb sagte ein Soldat einer Schulungsgruppe der Volksbefreiungsarmee: "Kritik an Lin Biao ohne Kritik an Konfuzius ist wie Unkraut mähen, anstatt es mit der Wurzel auszureißen."

Es kann also gar nicht um die Beseitigung einzelner Personen gehen. Wenn die chinesischen Kommunisten, wie Tschou En-lai sagt, einen Prozeß durchzumachen hatten, um Leute wie Lin Biao zu durchschauen, dann kann es nur darum gehen, allen den Blick zu schärfen und durch eine breite Massenbewegung die Revolution fortzuführen.

Der Kampf innerhalb der Parteien zwischen zwei Linien ist unvermeidlich. Er spiegelt, solange es Klassen gibt, den Klassenkampf in der Gesellschaft wider. Was ist daher die Aufgabe der Revolutionäre, um Fehler zu vermeiden und die Revolution fortzuführen? Die Initiative der Massen selbst muß gestärkt werden, sie müssen immer besser in der Lage sein, ihre Angelegenheit selbst zu regeln und die falschen Führer zu durchschauen. Deshalb müssen sie ihre eigene Weltanschauung umgestalten und mit allen alten Ideen aufräumen.

Die Reaktion der Kommunistischen Partei Chinas auf den Verrat Lin Biaos war deshalb von ganz anderem Charakter als der Kampf Lin Biaos und seiner Vorläufer wie Liu Schaotschi: nicht Intrigen und Cliquenkampf, sondern breite Entfaltung der Initiative und Kritik der Massen. Lin Biao ist ein ausgezeichneter Lehrer durch negatives Beispiel. Deshalb wird die Kritik an Lin Biao vertieft durch die Kritik an alten Ideen. Die Kampagnen gegen Lin Biao und Konfuzius richten sich also gegen Lin Biao und Konfuzius. Schon immer haben die gelehrten Lakaien der herrschenden Klassen gesagt, die Massen verstünden nichts von Philosophie.

Das chinesische Volk aber will keinen Philosophen und Pfaffen, keinen Genies mehr Glauben schenken, es vertraut auf seine eigene Kraft und macht sich zum Herren seiner eigenen Geschichte. Es ist der Marxismus-Leninismus, die revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse, die es dazu befähigt.

W.D., Heidelberg

HÖRT RADIO TIRANA UND RADIO PEKING

RADIO TIRANA

Das 1. Programm	32 und 41 Meter
13.00 – 13.30	32 und 41 Meter
16.00 – 16.30	32 und 41 Meter
19.00 – 19.30	
Das 2. Programm	32 und 41 Meter
14.30 – 15.00	32 und 41 Meter
18.00 – 18.30	41 und 50 Meter
21.30 – 22.00	
	und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 – 6.30	41 und 50 Meter
	und 206 Meter Mittelwelle
23.00 – 23.30	41 und 50 Meter
	und 215 Meter Mittelwelle

32 Meterband entspricht 9,25 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1,400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1,456 khz.

RADIO PEKING

19.00 – 19.30	Immer: 43,7 – 42,8
21.00 – 22.00	und 26,2 Meter

„China: Neue Kulturrevolution?"

EIN FRANKFURTER ARBEITER SCHREIBT ÜBER DIE SPEKULATIONEN IN DER BÜRGERLICHEN PRESSE

Solche und ähnliche Überschriften sind jetzt massenhaft in den bürgerlichen Zeitungen zu lesen. Massenhaft wird sich über China ausgelassen, und Spekulationen angestellt. Kennzeichen all dieser Artikel ist, der Wirr Warr und ihre Konstruiererei, um Ereignisse zu erklären. Ein gutes Beispiel ist der Spiegel-Artikel in Nr. 11/74. Auch mir ist noch vieles nicht klar und verständlich, eines steht aber für mich fest: in China ist die Arbeiterklasse an der Macht, aber der Kommunismus ist und kann noch nicht verwirklicht sein. Das bedeutet aber, daß, solange es noch Klassen gibt, der Klassenkampf weitergeht. Solange also der Kommunismus auf der ganzen Welt nicht gesiegt hat, wird die Kapitalistenklasse immer wieder versuchen in den Ländern wie China, Albanien, Vietnam usw. die Macht zurückzuerobern. Um nichts weiter geht es in China und das ist der Dreh- und Angelpunkt der ganzen Geschichte, doch das können die reaktionären Tintenkullis nicht verstehen. Das beste Beispiel hierfür ist die UdSSR. Hier haben es die Kapitalisten wieder geschafft, an die Macht zu kommen. Dort wird nicht der offene Meinungskampf gegen falsche Ansichten und Praktiken geführt, sondern jede Kritik unterdrückt. Der Fall Solschenizyn spiegelt nur die Spitze eines Eisberges wieder. Er wird von der bürgerlichen Presse hochgespielt, um den Kommunismus durch den Dreck zu ziehen. Warum berichten diese Leute denn nichts von den Bewegungen im Volk, die vom Kommunismus her die bürgerlichen Machthaber vom Schlage Breschnjew bekämpfen? Nur weil sie nichts wissen? Sonst erfahren sie doch auch immer alles! Genau dieselben Schmierfinken können die Auseinandersetzung in China sich nicht anders erklären als nur als einen Machtkampf von Personen. Sie haben keine Erklärungen als die, daß das Volk deshalb Kritik per Wandzeitung, Presse und Funk übt, weil es angestiftet wird von Personen, die gerne Bonzen werden wollen. Sie begreifen nicht, daß die Geschichte vom Volk gemacht wird und nicht von Helden. Das ist auf der ganzen Welt so, auch in China. Wenn die Chinesen sagen, daß der Kampf zweier Linien überall geführt werden muß, so nicht zum Spaß. Dann müssen sie ihn auch führen: in der Fabrik, der Regierung, den Familien, in der Kommunistischen Partei, halt einfach überall und in allen Fragen des Lebens. Das ist kein Chaos, hinter dem irgendwelche dunklen Gestalten stecken, sondern die Realität, um zum Kommunismus zu kommen. Der fällt niemanden in den Sack und man hält ihn dann fest, sondern er muß hart erkämpft werden. Wenn dazu eine Kulturrevolution notwendig ist, macht man sie! Sind dazu 100 notwendig, wird man diese auch machen müssen. Ist es dazu notwendig, 10 Funktionäre auszuwechseln, wird man dies auch tun müssen! Eines ist aber ganz sicher: zum Kommunismus werden die chinesischen Massen nur kommen, wenn sie Politik machen, wenn sie in allen Fragen bestimmen, wo es lang geht.

Da die gut bezahlten Schreiberlinge das nicht verstehen, kommen sie auch zu solchen Spekulationen, die weder Hand noch Fuß haben. Ich habe zwar nicht so viel Bildung genossen, habe auch nicht so viel Zeit, geschweige denn das Geld, das die bekommen. Soviel kann aber selbst ich als Hilfsarbeiter verstehen. Jetzt kann man natürlich schnell bei der Hand sein und sagen, du hast deshalb diese Meinung, weil du auch für so ein Chaos bist, für die Diktatur des Proletariats. Ja, das stimmt, ich bin dafür, daß hier das Volk eine solche Gesellschaft erkämpft, denn die Pinzipien sind die einzig richtigen, die dazu führen werden, daß der Mensch zum Menschen werden kann. In China können die Arbeiter und Werktätigen sagen, was sie meinen; in China machen sie auch, was sie für richtig halten, z. B. Fabrikleiter absägen, Funktionäre in die Produktion schicken, Kinder können dort Lehrer kritisieren mit den entsprechenden Konsequenzen. In China ist das Volk bewaffnet und sie können ihre Offiziere wählen! Und bei uns in der BRD? Hier darfst du auch deine Meinung sagen, wenn es den Kapitalisten und dem Staat paßt, dann darfst du. Solange du deine Meinung nicht umsetzt, dann darfst du, selbst das wird aber heute schon gefährlich. Das ist der Unterschied ihr lieben Journalisten vom Spiegel, von der Bildzeitung oder vom Fernsehen. Und jetzt könnt ihr euch mal überlegen, wieso ihr für eure Meinungsverbreitung über China auch noch so gut bezahlt werdet. Eines sei euch noch und allen Menschen gesagt. Wir können es nicht verhindern, was ihr in den bürgerlichen Zeitungen schreibt, oder im Fernsehen sendet, noch nicht. Aber ihr tragt mit dazu bei, daß immer mehr Menschen sich mit China auseinandersetzen, und ihr tragt damit dazu bei, daß immer mehr Menschen darüber die Debatte führen. Diesen fruchtbaren Boden, den ihr mit schafft, werden wir auszunutzen wissen, um die Wahrheit über den Kampf des chinesischen Volkes um eine bessere Welt zu verbreiten. All die unterdrückten Menschen in der BRD, allen voran die Arbeiter, werden nicht nur sagen, wie schön das doch ist, sondern werden das, was sie daraus lernen können, in die Praxis umsetzen. Eine Lehre, die man heute schon ziehen kann, ist, Journalisten wie die, wird es dann nicht mehr geben. In Zeitungen schreiben werden all diejenigen, die auch arbeiten gehen, nicht diejenigen, die hier fürs Lügenverbreiten auch noch gute Gehälter bekommen.

–A.G.,Frankfurt–

Bundeswehr lehrt Bremer Kapitalisten

BUNDESWEHR UNTERRICHTET "FÜHRUNGSKRÄFTE DER BREMER WIRTSCHAFT"

Die wachsende Kampfkraft der Bremer Arbeiter und Angestellten läßt die Kapitalisten Schlimmes für die Zukunft fürchten. Während die streikenden Metaller die Produktion in ihren Betrieben lahmlegten, haben sich am Donnerstag (7. März) 25 "Repräsentanten und Führungskräfte von Industrie, Wirtschaft und Handel aus dem Land Bremen" (so der Weser-Kurier) über bessere Betriebsschutzmaßnahmen unterrichten lassen.

Lehrmeister ist der staatliche Unterdrückungsapparat: Der Chef des Bremer Bundeswehrkommandos, Oberstleutnant Frese, und Heinz Lübbe, Leiter des Katastrophenschutzes, gaben Unterricht in: "Ziele der zivilen Verteidigung" und "Selbstschutz an Wohn- und Arbeitsstätten".

"Zivile Verteidigung", "Selbstschutz": in Wahrheit Vorbereitung des Klassenkampfes von oben = Ausbau des Werksschutzes, Vorbereitung des Einsatzes von Polizei und Bundesgrenzschutz gegen streikende Arbeiter, Spitzeleien gegen konsequente Gewerkschafter, sozialistische und kommunistische Arbeiter und Angestellte.Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Krise der Bourgeois-Herrschaft in der BRD muß der Apparat zur massiven Unterdrückung aller Bewegungen in der Arbeiterklasse und im Volk auf allen Ebenen ausgebaut werden. Jetzt gilt es, bis in die einzelnen Betriebe hinein die Wirksamkeit dieses Apparates sicherzustellen. Der "Bundesverband für Selbstschutz", der die Tagung am Donnerstag durchführte und weitere plant, geht davon aus, "daß die beste Voraussetzung für Gefahrenabwehr in einer entsprechenden Ausbildung und in der Kenntnis der möglichen Gefahren liegt." (Weser-Kurier vom 8. März)

Gegen diese Krisen- und Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie müssen sich die Arbeiterklasse und die Volksmassen fest zusammenschließen, die "Selbstschützer" und "Zivilverteidiger" entlarven und aus ihren Reihen vertreiben und ihre Rechte auf freie politische Diskussion und Organisation behaupten und ausbauen, indem sie sie nutzen.

– d., Bremen –

Ehemaliger Willy-Wähler

'SPD-POLITIK IST GEGEN DIE INTERESSEN DER ARBEITER'

Als ehemaliger Willy-Wähler möchte ich Euch sagen, daß Ihr eine ganz ausgezeichnete Zeitung macht. Es gibt in der KVZ Nr. 4 nur einen Artikel, den ich nicht unterschreiben kann; aber darüber später mehr.

Zunächst: Darüber, daß die SPD die Sache der Arbeiter verraten hat, können wohl kaum noch Zweifel bestehen. Damals – als ich mein Kreuzchen "an der richtigen Stelle" machte – erwartete ich selbstverständlich nicht, daß sich von heute auf morgen alles ändern und besser werden würde. Aber ich erwartete doch, daß sich eine von der SPD geleitete Regierung für die Sache der Arbeiter einsetzen würde, wobei ich durchaus nicht übersah, daß dies auf erheblichen Widerstand der Wirtschaftsbosse stoßen würde und dadurch eine konsequent arbeiterfreundliche Politik von vornherein zum Scheitern verurteilt war, wodurch die Arbeiterbewegung neue Impulse erhalten hätte.

Was aber tat und tut die von der SPD geleitete Regierung?

Einerseits rät sie den Konzernen, ihre Gewinnspannen nicht zu veröffentlichen, weil dadurch in der Arbeiterschaft Unruhe entstehen könnte (Finanzminister Schmidt), andererseits versucht sie, dem Arbeiter ein "Vermögensbildungs"- und "Mitbestimmungs"-Modell anzudrehen, was in letzter Konsequenz nur als ein erneuter Versuch der Disziplinierung der Arbeiterschaft im Sinne der Unternehmer angesehen werden kann. Mit anderen Worten: Die von der SPD geleitete Regierung betreibt eine Abwiegelungspolitik im Sinne der Unternehmer und bemäntelt die Politik, die eindeutig gegen die Arbeiterinteressen gerichtet ist, mit dem schönen Wort "sozialdemokratisch", wobei den Jusos die ehrenvolle Aufgabe zufällt, Feigenblatt (für die, die zu zweifeln beginnen) und Buh-Mann (für das rechte Parteivolk) zugleich zu sein. Dies wird hoffentlich einen Denkprozeß bei den Anhängern der SPD einleiten, aber nun kommt das Dilemma:

Die nächsten Wahlen kommen bestimmt. Nicht zur Wahl gehen kommt einem Votum für Strauss & Co. gleich; DKP wählen kann man von keinem normalen Menschen verlangen, von der KPD/ML ganz zu schweigen; wieder SPD wählen käme einer Bestätigung der SPD-Unternehmer-Politik gleich.

Was also tun?

Nun noch der Artikel, den ich kritisieren muß (es handelt sich möglicherweise um einen Satzfehler): In "Chile – Die Volksmacht aufbauen" im Untertitel "Die Volksmacht aufbauen" heißt es:

"Das Stück handelt von der Entwicklung der Klassenkämpfe in Chile, in der Zeit von der Wahl der Unidad-Popular-Regierung bis zum illegalen Widerstand des Volkes gegen die Militärdiktatur." Ich muß sagen, daß ich den Widerstand des chilenischen Volkes gegen das illegale Militärregime für sehr legal halte!

Ansonsten: Es gibt zu Eurem Blatt keine Alternative (ich kenne sie zumindest nicht).

K.H.M., Köln

Zentralorgan der ungarischen KP:

"ZUSAMMENSTOSS VON WESTDEUTSCHEN ANARCHISTEN MIT DER POLIZEI IN FFM"

Dies ist der Titel des Berichts des Zentralorgans der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) über die Demonstration am Samstag, den 23. Februar.

"Es ist schwer festzustellen, ob die Veranstalter der Demonstration sich bewußt auf die Provokation vorbereitet haben. Auf jeden Fall ist es Tatsache, daß in der Studentischen Selbstverwaltung die Vertreter von maoistischen Gruppen Einfluß haben. Die Demonstration selbst startete in der Innenstadt. Ein Teil der Demonstranten zertrümmerte bereits hier Fensterscheiben. Die Hölle ging aber erst in der Nähe der Universität los, wo mehrere Hundertschaften Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas diese Minderheit der Demonstranten erwarteten, die offensichtlich nur die Gelegenheit zur Provokation der Polizeibehörde suchte. Eine Massenschlägerei spielte sich ab, mit Gummiknüppeln, Backsteinen, Schlagringen und Molotow-Cocktails. Bis in die frühen Morgenstunden am Sonntag fanden Brandstiftungen durch die Anarchisten und Maoisten an verschiedenen Punkten der Stadt statt."

Weiter heißt es in dem Artikel:

"Nicht nur in Frankfurt a.M., sondern in der ganzen Bundesrepublik wird es von Tag zu Tag auffälliger, daß die Polizeibehörde und die verschiedenen Organisationen der Maoisten und Anarchisten förmlich zusammenspielen."

Diese ungarischen Herren, die die Ausübung der demokratischen Rechte durch das Volk als Provokation der Polizeibehörde betrachten, haben selber alle demokratischen Rechte des ungarischen Volkes abgeschafft: Es besteht kein Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Demonstration oder Streik. Deswegen haben diese Machthaber eines angeblich sozialistischen Landes volles Verständnis dafür, wenn die westdeutsche Polizei mit Bürgerkriegsmanövern auf die berechtigten Forderungen der Bevölkerung antwortet, die sie – ganz in der Manier ihrer westdeutschen Kollegen – mit Vorliebe als Studenten bezeichnen.

in der Nähe der Universität los, wo mehrere Hundertschaften Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas diese
daß die Polizeibehörde und die verschiedenen Organisationen der Maoisten und Anarchisten förmlich zu-
Manier ihrer westdeutschen Kollegen – mit Vorliebe als Studenten bezeichnen.
Scheels Masche

Frankfurt. Das obenstehende Bild wurde letzte Woche der Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung mit einem Begleittext zugeschickt. In dem Text wird erklärt, daß die beiden Pistolen "während der Demonstration gegen den Abriß der besetzten Häuser Polizeibeamten abgenommen" worden seien. Nach der Beschreibung der Waffen folgt die Versicherung, daß sie inzwischen nicht mehr in der BRD wären, sondern in den Händen einer "Befreiungsorganisation". Über die näheren Umstände wird mitgeteilt, daß die Beamten die Pistolen in geladenem Zustand in einem sogenannten Schnellziehhalfter trugen!

Der Polizeipräsident Müller hat auf seiner Pressekonferenz nach dem Terroreinsatz der Polizei zur Zerschlagung der Demonstration gegen den Abriß der besetzten Häuser am 23. Februar erklärt, für den Gebrauch der Schußwaffe von Seiten der Polizei seien alle Voraussetzungen gegeben gewesen. (Süddeutsche Zeitung, 25.2.)

Aus beiden abgebildeten Pistolen wird großkalibrige Munition verschossen. Aus der oberen, einem Trommelrevolver Smith & Wesson Chief spec., Kaliber 38 und aus der unteren, einer Walther P 38, Kaliber 9 Millimeter. Während mit der Walther 9 Millimeter die kasernierte Bereitschaftspolizei der Länder ausgerüstet ist und die übrigen Polizeieinheiten Walther-Pistolen vom Kaliber 7,65 Millimeter tragen, gehört der Revolver Smith & Wesson nicht zur regulären Ausrüstung der Polizei. Diese Tatsache zeigt folgendes: Wie ein gewöhnlicher Bandit können Polizeibeamte Waffen nach ihrem Gutdünken verwenden. Das bringt für sie folgenden Vorteil: Wenn geschossen wird, dann weiß hinterher niemand, wer es war. Das ermöglicht der Polizeiführung, jeden Gebrauch von Schußwaffen von Seiten der Beamten abzuleugnen, es sei denn, der Polizist, der schießt, kann festgehalten werden.

Diese Verhältnisse sind eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die neugeschaffenen sogenannten Mobilen Einsatzkommandos (MEK), die nichts weiter sind als staatlich organisierte Banden, ihr Killerhandwerk ungestört verrichten können.

–Red.–

Verstärkter Polizeiterror

Wiesbaden. Nachdem vor wenigen Wochen ein Polizist vor dem Jugendzentrum Pub in Unwissenheit einen Polizeispitzel erschossen hat, häufen sich die Fälle von brutalen Übergriffen der Polizei auf die Bevölkerung.

Etwa 10 mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten holten am 4. März nachts einen Druckereiarbeiter in Delkenheim aus dem Bett, der eben erst von der Nachtschicht gekommen war. Als erstes bekam er Handschellen um, als er fragte, was eigentlich los sei, bekam er Prügel angedroht. Nachdem die Polizisten das ganze Haus verwüstet hatten bei einer erfolglosen Durchsuchung nach irgendwelchem Diebesgut, wurde der Arbeiter nach Wiesbaden verschleppt, wo sich schließlich herausstellte, daß die Polizisten einen völlig Unschuldigen terrorisiert hatten.

Nur zwei Tage vorher hatte sich ein Wiesbadener Autofahrer in einem Leserbrief an die Lokalzeitung gewandt und seine Empörung darüber ausgedrückt, daß er nachts von Polizisten angehalten worden war, die ihm mit der Maschinenpistole im Anschlag ein Strafmandat wegen abgefahrener Reifen verpaßten.

Das Gefährlichste indessen ist, von der Polizei festgenommen und auf die Wache verschleppt zu werden. Ein Arbeiter, der auf dem Mauritiusplatz vorübergehende Polizisten beschimpft hatte und daraufhin festgenommen wurde, wurde auf der Wache dermaßen mit dem Gummiknüppel bearbeitet , daß ein Arzt kurz darauf einen Nasenbeinbruch und eine Gehirnerschütterung attestierte. Er wurde wegen "Beamtenbeleidigung" zu 6 Wochen Knast ohne Bewährung verurteilt, die Polizisten blieben selbstverständlich straffrei.

Was dieser verstärkte Polizeiterror bewirken soll, ist völlig klar: Die Wiesbadener Bevölkerung, die sich zunehmend gegen die Maßnahmen des bürgerlichen Staates, besonders die vom Juso-Baudezernenten Jordan durchgeführte Stadtsanierung, wendet und sich in Bürgerinitiativen und anderen Komitees organisiert, soll eingeschüchtert und die allmächtige Staatsgewalt ihr vor Augen geführt werden. Das wird der bürgerlichen Staatsmacht jedoch keineswegs gelingen, denn ihre Maßnahmen rufen nur immer neue Empörung und neue Unruhen unter der Bevölkerung hervor.

Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung!

Wahl der Offiziere!

Die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten!

– W.G., Wiesbaden –

Scheels Masche

Hamburg. Ich bin Vertrauensmann auf der Hamburger HDW-Werft und lese mit Eifer und Interesse Eure Zeitung und verteile sie auch manchmal an einige Kollegen, wenn dort ein Artikel ist, der uns besonders betrifft. Der Grund, weshalb ich Euch schreibe ist eine Fernsehsendung, die ich vor kurzem sah. Außenminister Walter Scheel sang im Fernsehen ein deutsches Volkslied, nämlich "Hoch auf dem gelben Wagen". Neuerdings spukt er sogar in den sogenannten "Hitparaden" herum.

Natürlich ist das kein Arbeiterlied, aber doch ein Stück Kultur des deutschen Volkes und **nicht** seiner herrschenden Klasse. Daß so ein Volksfeind wie Scheel so ein Lied öffentlich singt, ist schon ein ziemliches Unding. Meine Kollegen waren sich auch fast alle einig: Der will sich nur volkstümlich machen, in der Politik verlieren diese "Herren" immer mehr das Vertrauen der Arbeiter und dann kommen sie einem so!

Ich meine, daß diese Masche, zu der diese Herren jetzt schon greifen, auch ihre zunehmende Schwäche gegenüber der Arbeiterschaft beweist. Das zeigt sich jetzt auch in den Tarifrunden.

x.y. (Namen der Redaktion bekannt)

BAHNPOLIZEI HATTE KEIN INTERESSE AN PERSONALIEN

Wegen schlechten Wetters verkauften wir die letzte KVZ nicht vor dem Bahnhof, sondern im Bahnhofsgelände. Wir wiesen offensiv auf die Lohnkämpfe im öffentlichen Dienst hin. Eine Genossin wurde von der Bahnpolizei angehalten und sollte ihre Personalien feststellen lassen. Begründung: Ein Reisender hätte sich beschwert, daß im Bahnhof "kommunistische Blätter" verteilt und verkauft würden, und außerdem brauche man eine Genehmigung.

Im Dienstzimmer diskutierten wir mit den vier anwesenden Bahnpolizisten über die Lohnkämpfe im öffentlichen Dienst. Ein Beamter meinte: "Die Preise sind im letzten Jahr wirklich unverschämt gestiegen, die Löhne müssen rauf. Aber wir dürfen ja leider nicht mitstreiken." Diese Aussage nahmen wir zum Anlaß, über das besondere Dienstrecht der Beamten und die Absicht der Bundesregierung zu sprechen, alle Angestellten des öffentlichen Dienstes in das Beamtenverhältnis zu pressen. Auch hier ernteten wir Zustimmung.

"Habt ihr noch ein Interesse, die Personalien dieser Leute festzustellen?" fragte ein Bahnpolizist seine Kollegen. Sie hatten keins.

Jetzt steht im Dienstbuch der Bahnpolizei: "Keine Verkäufer kommunistischer Zeitungen angetroffen." –M.

ZU "REDAKTION IN EIGENER SACHE" / KORRESPONDENZ

Liebe Genossen,

als ich in der KVZ Nr. 4/74 den Artikel "Die Redaktion in eigener Sache" las, wurde mir klar, daß ich bislang, was Korrespondenzen anbelangt, schlecht gearbeitet hatte.

Nächste Woche bekommt Ihr eine Korrespondenz aus dem Betrieb, wo ich von der KVZ Nr. 2/74 16 Stück, von der KVZ Nr. 3/74 12 Stück und von der KVZ Nr. 4/74 8 Stück (werden wohl noch mehr werden) an die Kollegen verkauft habe. Wir haben vor, gemeinsam unsere Kritik, unsere Verbesserungsvorschläge und das, was wir gut finden, an Euch zu schreiben. Das hat deshalb so lange gedauert, weil es für die Kollegen eine Sache ist, die sie noch nie gemacht haben und sie sich deshalb dabei sehr schwer tun.

Als ich einer Kollegin die KVZ gab und ihr sagte, sie solle mir mitteilen, welche Artikel sie gut und welche sie schlecht fände, ist sie am nächsten Tag gleich zu mir gekommen und ist richtig aufgeregt gewesen. Sie hat mir dann erzählt, daß ihr Mann sich gleich die KVZ genommen hat und selbst erstmal las. Er hätte gemeint, es ständen zu viele Parolen drin und manche Artikel seien zu oberflächlich geschrieben (welche Artikel das sind, werde ich noch erfahren). Jedenfalls hat ihr Mann die KVZ gleich mit in den Betrieb genommen, um sie mit seinen Kollegen zu diskutieren.

Alle diese Kollegen sind froh, daß es die KVZ gibt, denn vom BILD-Lesen haben sie die Schnauze gestrichen voll.

Also, ich schreibe nächste Woche

T.B., Hildesheim

SPENDENLISTE VOM 3. MÄRZ BIS ZUM 17. MÄRZ

H.Bor., Fürth	320,– DM
P.Pul, Tübingen	100,– DM
GUV, Sektion Sozialpolitik Heidelberg	2 840,– DM
Spendensammlung Buchladen Köln	140,50 DM
Spendensammlung Buchladen Kassel	50,– DM
IG-KSB, Kassel	150,– DM
Sympathisanten des KBW, Heilbronn	50,– DM
KHG (2. a.o. Delegiertenkonf.), Freiburg	72,– DM
K.F., Westberlin	50,– DM
Sammlung OG Göttingen	200,– DM
Sammlung OAG Delmenhorst	220,– DM
Spendensammlung Buchladen Hamm	30,– DM
Spende OG Braunschweig	600,– DM
K.-H.G., N.T., W.K., Kiel	345,70 DM
S.B., Bremen	350,– DM
KVZ-Leserkreis, Essen	130,– DM
ehemalg. KSB/J–Ruhrgebiet, Bochum	102,30 DM
Sympathisanten des KBW Friedrichshafen	230,– DM
Spendensammlung Buchladen Hamburg	340,– DM
Spendensammlung Buchladen Freiburg	150,– DM
K.N., Kassel	50,– DM